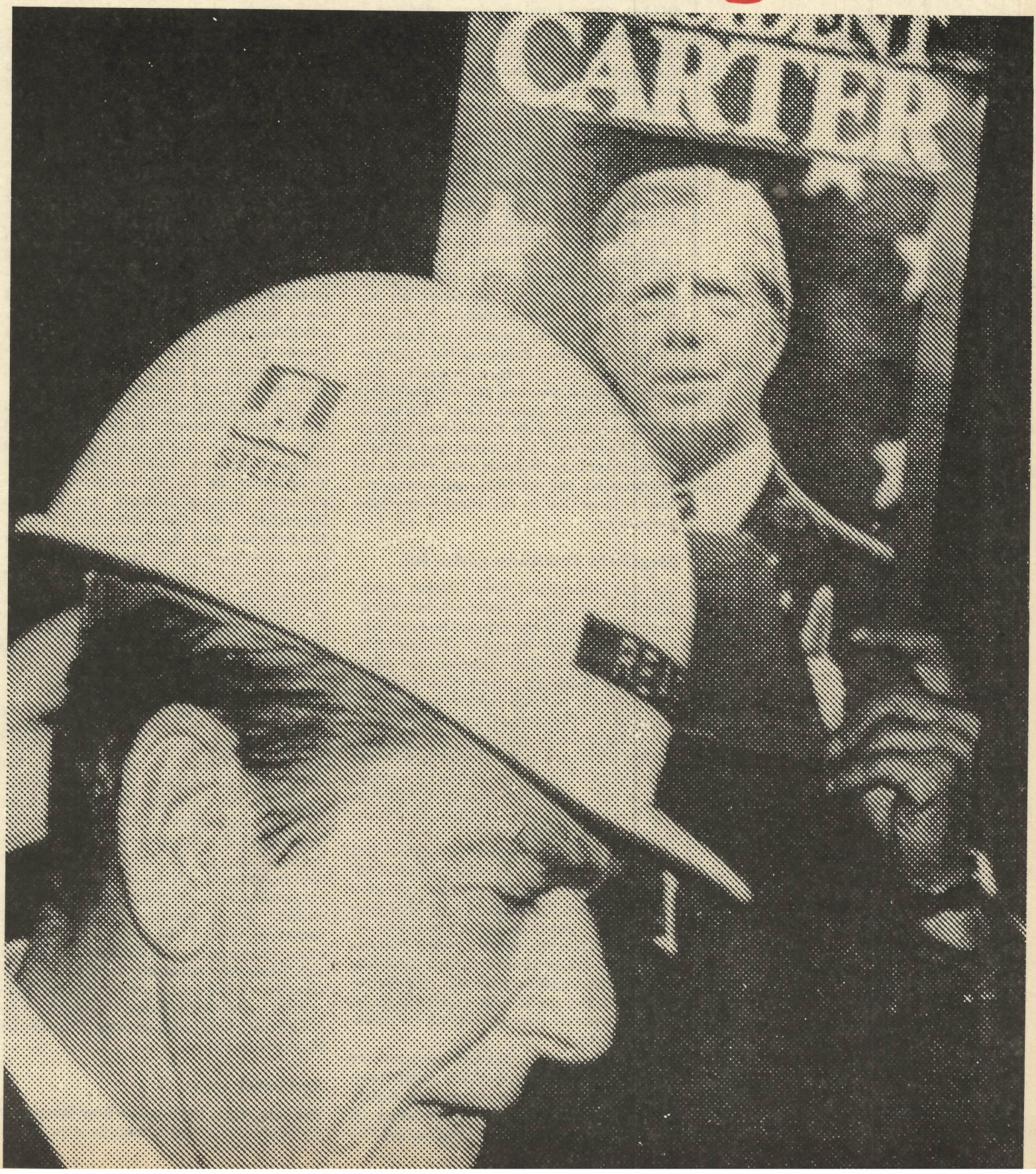
links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 128
November '80 DM 2,–
12. Jahrgang



Inhaltsverzeichnis

Gerhard Armanski:
Die Wahlen
in den USA 2

Jens Huhn:
Rat(d)los? – Wir nicht? 4

Natascha Apostolidou:
5. Sommeruniversität
der Frauen 6

Micha Brumlik:
Rechte Aktion und
linke Apathie 8

Josef Esser:
Mitbestimmungskonflikt
bei Mannesmann 10

Jürgen Stahlberg:
Datenschutz
im Sicherheitsbereich? 11

Eva Senghaas-Knobloch:
Sicherheitspolitik? 14

Reinhard Fenchel/
Hans-Willi Weiß:
Staat, Partei, Gewerkschaft:
Thesen zu Polen 17

Andras Hegedüs:
Der Messianismus ist ein
Verbrechen gegen
die Menschheit 19

Michael Winter:
Ein Jahr Bunte Liste
im Bielefelder Rat 21

Sebastian Scheerer:
Über die Erfindung des
helfenden Zwangs
2. Teil 22

Dan Diner:
Krieg zwischen
Irak und Iran 24

Amerikanischer Herbst 1980:

Die Wahlen in den USA

Vor vier Jahren war das alles noch ganz anders gewesen. Die Nation gab sich Hoffnungen hin, die schwerste Krise seit der Großen Depression überwunden zu haben, außenpolitisch pflegte man einen gemäßigten Entspannungskurs, innenpolitisch hefteten sich gewerkschaftliche Reformwünsche und die Erwartung einer demokratischen Reinigung des höchsten Regierungsamtes an die Fahnen des demokratischen Präsidentenkandidaten, der diese Trends auszudrücken verstand und mit einem religiösen Zuckerguß versah.

Aber die Emotionen des damaligen Wahlkampfes verhüllten bloß die Gebrechen des Vorganges selbst und des ihm zugrundeliegenden politischen Systems. Etwa 100 Millionen Wähler waren gar nicht zur Urne gegangen, prozentual mehr als in jeder Präsidentenwahl seit 50 Jahren. Darüber ist teilweise in Kreisen der US-Linken gejubelt worden, weil man darin ein Zeichen beginnender Abkehr der Massen von der bürgerlichen Demokratie erblickte. Zweifellos ist richtig, daß die amerikanischen politischen Institutionen, seit je her im Buchstaben und rauh in der Wirklichkeit, in eine Krise geraten sind. Im Volk herrscht ein tiefer Vertrauensverlust gegenüber der Regierung und den demokratischen Prodezuren, der vermutlich zwei traumatische Einbrüche der amerikanischen Zeitgeschichte widerspiegelt: den weithin als ungerecht empfundenen Krieg in Südostasien und den wirtschaftlichen Verfall in 'Gottes eigenem Land'. Das bedeutet aber keineswegs die Entwicklung progressiver Alternativen. Es kennzeichnet vielmehr die amerikanische Situation noch mehr als die westdeutsche, daß die Wahl- und sonstige politische Szene fest in der Hand bürgerlicher Akteure ist.

Bürgerliche Fraktionen spielen auf

Vor dem Hintergrund einer düsteren ökonomischen Lage, einer "pessimistischen Panikstimmung" (Markovits/Ertman) und der "Krise der kollektiven Identität" (Ferguson/Rogers) erleben wir einen lustlosen, bis zuletzt unsicheren Wahlgang. In den Augen der "Time" ist es ein "scharfes Rennen mit einer unzufriedenen Wählerschaft und einem großen unentschiedenen Block". In der Tat sind noch wenige Wochen vor der Wahl ca. 40% der potentiellen Wähler unentschieden, besonders in den volkreichen Staaten Kalifornien, New York, Pennsylviania, einigen Mittelweststaaten, Texas und Florida.

Die beiden größeren Wahlblöcke haben sich jedoch formiert, in den Grundstrukturen traditionell, aber weniger geschlossen als etwa vor vier Jahren. Die Rolle des unabhängigen Kandidaten Anderson drückt eben dies, die Unzufriedenheit mit beiden großen Parteien aus, hat aber nicht im entferntesten die gleiche ideologische Bedeutung wie die FDP hierzulande und darf im übrigen wegen des Mehrheitswahlsystems ('winner take all') vernachlässigt werden.

Demokraten wie Republikaner repräsentieren fraktionell und klassenpolitisch unterschiedliche Segmente der amerikanischen Gesellschaft. Anders als in der BRD, wo schon seit geraumer Zeit das exportorientierte, auf Modernisierungskurs liegende Kapital das Sagen hat, ringen in den USA zwei Bourgeoisfraktionen um die ökonomische und politische Vorrangstellung: einmal das multinationale Industrie- und Finanzkapital, das hinter Carter steht und eher auf eine Politik des stabilen Geldes, der Entspannung und des freien Welthandels sowie des inneren sozialen Ausgleichs und kompensatorischer Staatstätigkeit setzt; zum anderen das nationale Kapital vor allem in der Konsumgüter-, Stahl- und Rüstungsindustrie und die Ölmutis, die Reagan favorisieren und auf eine schärfere imperiale Politik, Protektionismus, Förderung der Kapitalbildung durch Steuer- und Zinssenkung sowie Schrumpfung des Sozialstaats und Beschneidung von sozialen Rechten, z.B. der Frauen und der Gewerkschaften, zielen. Beide Fraktionen sind auch in unterschiedlichem Maß von der Krise betroffen.

In den Parteienkonglomeraten lagern sich neben den genannten Bourgeoisfraktionen auch andere Klasseninteressen ab, die sie ja erst zur Wahlarmee machen. Im Falle der Demokraten ist das ein seit dem New Deal bestehenden Bündnis zwischen dem liberalen Bürgertum, den Gewerkschaften, Frauen, Minderheiten und Staatsbeschäftigten. Aber eben diese Koalition ist am Bröckeln. "Präsident Carters konservative Wirtschafts- und Sozialpolitik hat einen Großteil seiner Wähler schwer enttäuscht, also alle die Gruppen (s. oben), ohne deren Unterstützung er vor vier Jahren niemals seinen ohnehin knappen Wahlsieg hätte erringen können" (Markovits). Es scheint, als ob sich vor allem weiße ethnische Minderheiten und Juden von Carter abwenden, sein Anhang im Süden schwindet und es mag vor allem sein Geschäft mit der Angst vieler Wähler vor Reagan sein, das ihn rettet. Die Unterstützung durch die Gewerkschaften ist lau, die größte Einzelgewerkschaft der nicht dem gewerkschaftlichen Dachverband AFI-CIO angehörenden Transportarbeiter hat sich gar für Reagan erklärt. Hinter diesem sammeln sich das konservative Kleinbürgertum, Teile der Facharbeiter, der Mittelstand der Vorstädte, Farmer und 'rednecks' im Westen, die durch den ökonomischen und sozialen Verfall geängstigt sind und eine Wiederherstellung der Autorität und konservativer Werte im Land erwarten. Ein "vorgestriges Amerika" (Klaus Arnsperger, S. 2, 5.9.80) ist diese Klientel aber allenfalls im ideologischen Sinne.

Rechtsruck innen ...

Wie sich schon im Kopf-an-Kopf-Rennen in der Wahl und in der Grundstimmung in der

Bevölkerung ausdrückt, wird der Wahlausgang einerseits keiner der beiden "großen Strömungen des amerikanischen Kapitalismus" (Ferguson/Rogers) eine klare Mehrheit bringen und andererseits einen Kompromiß nach rechts vertiefen und fortsetzen, der sich schon seit geraumer Zeit angebahnt hat. Im Zuge eines allgemeinen roll backs treten ohnehin beide Bewerber mit nur geringen Unterschieden für ökonomische Sanierung und Straffung der Sozialleistungen zuungunsten der unteren Klassen sowie für beschleunigte Aufrüstung und imperiale Machtpolitik ein. Die Zeichen hierfür sind in der abgelaufenen Regierungszeit gesetzt worden, in deren Mitte bereits sich die Mauserung Carters vom Volks- und Friedensfreund zum bürgerlichen Austeritäts- und imperialistischen Konfrontationspolitiker vollzogen hatte, ausgedrückt auch in der Kabinettsumbildung im vorletzten Sommer. "Die Verwandlung hat sich in Stufen vollzogen: die Reform des Arbeitsgesetzbuches scheiterte ebenso wie die Unterstützung für die Gleichberechtigung der Frauen (Equal Rights Amendment) abnahm und auf dem Feld der rassischen Gleichheit gar Rückschritte eintragen (Fälle Bakke und Weber). Die finanziellen Ressourcen reichten nicht mehr aus, mit ökonomischen Mitteln innen- und außenpolitische Unruheherde zu befrieden. Das Programm der internen Kapitalbildung, der imperialen Expansion und Aufrüstung kann durch das Steueraufkommen nicht finanziert und darf auch wegen der Inflation nicht durch Ausweitung des Kredits bestritten werden. So bleibt nur die Möglichkeit, den Individual- und Sozialkonsum zu drosseln" (taz, 20.7.79).

Den Hintergrund dieser politischen Tendenzen bildet die nach einem kurzfristigen konsum- und kreditgestützten Scheinboom erneut einsetzende ökonomische Krise, die struktureller und zyklischer Natur zugleich ist. Über Jahrzehnte hinweg haben sich in der Verwertung des amerikanischen Kapitals Sprengsätze gebildet, markiert durch eine niedrige Investitionsquote, einen veralteten Kapitalstock, negatives Produktivitätsgefälle zu den imperialistischen Konkurrenten Westeuropas und Japans, sinkende Anteile und Wettbewerbsfähigkeit am Weltmarkt, hohe Staatsausgaben für soziale und vor allem militärische Zwecke und zweistellige Zins- und Inflationsraten, die sich im ständigen Verfall der Profitrate niederschlugen und in einem chronisch stokkenden Gang der Kapitalakkumulation entladen. Der Anstieg des amerikanischen Ölverbrauchs und der Ölpreise haben dazu ihr gerüttelt Maß beigetragen.

Mit dem Abklingen der kurzfristigen Mengenkonjunktur treten diese langfristigen Krisenmomente verschärft hervor. Vom ersten zum zweiten Quartal 1980 ist die Arbeitslosigkeit um über 20% gestiegen und hat mittlerweile ein Zehntel der arbeitssuchenden Bevölkerung erfaßt, sind Industrieproduktion und Kapazitätsauslastung um jeweils mehr als 5% Lieferaufträge für Anlagegüter um fast 15% gesunken. Die Produktionstätigkeit in der Auto- und Bauindustrie ist drastisch zurückgegangen, die Lagerbestände häufen sich, die Inflationsrate hat einen neuen Höchststand erreicht, kurz, alle Anzeichen weisen auf eine neue tiefe Rezession hin. Unter dem Druck dieser Entwicklungen und der unangefochtenen bürgerlichen Hegemonie in den USA steht somit das Programm der produktiven Restrukturierung der amerikanischen Ökonomie, die mit einem Verfall der liberaldemokratischen und sozialstaatlichen Institutionen einhergeht, zuungunsten der arbeitenden Klassen, der Sozialklientel und sozial fortschrittlicher Bewegungen ins Haus. Die beiden Bourgeoisfraktionen setzen hier allenfalls die Akzente anders und eine nennenswerte politische Einflußnahme von links ist nicht zu sehen.

... und außen

Ähnlich und gekoppelt mit den Problemen im wirtschaftlichen und innenpolitischen Bereich setzte bereits um die Mittel der Carterschen Regierungszeit eine außenpolitische Wende ein. Zur bröckelnden US-Vorherschaft gegenüber den beiden anderen imperialistischen Zentren gesellte sich deren Schwächung gegenüber den Ländern der Dritten Welt, von denen mehrere, sogar vor der amerikanischen Haustür, aus dem Einfluß des Imperiums ausscherten.

Das nach der Krise von 1973/74 entstandene Programm der Trilateralen Kommission (Wissenschaftler, Regierungs-, Geschäfts- und Gewerkschaftsvertreter aus USA, Westeuropa und Japan – eine Art supraimerialistisches Schattenkabinett) strebte ein Modell der "Führung ohne Hegemonie", Kooperation mit den Verbündeten, eine neue Weltarbeitsteilung unter Einschluß der OPEC-Länder, ein Machtgleichgewicht mit der Sowjetunion und neue Formen der Massenlegitimation im Inneren an. Erfolge aber blieben aus. Die Konkurrenz zwischen den imperialistischen Zentren verstärkte sich, amerikanische Bastionen wie der Iran gingen verloren, mit der zweiten Ölkrise 1979 begann erneut der Kampf ums Ölwertprodukt. Unter diesen Auspizien setzte sich nach einer Periode des Schwankens und der Widersprüche mit großer Wucht die imperalistische Interessenlage in aggressiver Form durch.

Das Abkommen zur Begrenzung der Aufrüstung Salt II wurde nicht ratifiziert, hingegen ein gigantisches Aufrüstungsprogramm begonnen. Am Ende seiner Regierungszeit drückte Carter das höchste Militärbudget der amerikanischen Geschichte, 153 Mrd. Dollar mit einer jährlichen Steigerungsrate von 4,5% durch. Der ideologische Kampf gegen die Sowjetunion in Gestalt der Menschenrechtskampagne ging in eine regelrechte antisowjetische Hysterie über, vor welcher Politiker wie George F. Kennan, der Architekt der Strategie der "Eindämmung", vergebens warnten. Carter beschloß und verkündete, die angeblich bedrohte Überlegenheit der amerikanischen Waffen wiederherzustellen. "Ich neige dazu, die Sowjetunion aggressiv, natürlich auf friedliche Weise, in den Gebieten der Welt herauszufordern, die heute oder potentiell in zehn oder fünfzehn Jahren für uns von entscheidender Wichtigkeit sind. Dazu gehören Länder wie Vietnam, Irak, Somalia, Algerien, China und sogar Kuba. Hier zu zögern, halte ich für unangebracht"(Die Welt, 13.6.1977). Folgerichtig wurde die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper mit atomarer Gefechtsköpfen in Westeuropa eingeleitet, eine internationale Eingreiftruppe aufgestellt und neue Verbündete (z.B. Saudi-Arabien) geworben. Im Januar 1980 stellte Carter die nach ihm benannte Doktrin auf, die das militärische Eingreifen der USA am Persischen Golf für den Fall der Präsenz einer fremden Macht droht, androhte. Im jüngsten Krieg zwischen Iran und Irak bekräftigte er sie und das Pentagon entsandte Flugzeugträger, Zerstörer und AWACS-Aufklärer in das Golfgebiet. Was hier möglich ist, hat bereits das mißlungene Unternehmen "Blue Light" zur Geiselbefreiung gezeigt. Das tausende von Meilen entfernte Mittelost wird kurzerhand zum Vorhof der amerikanischen Interessen erklärt.

Die Sowjetunion soll derweilen mit einem riesigen Aufrüstungsprogramm in Schach gehalten werden. Das nach der Kuba-Krise vereinbarte strategische Patt ist aufgekündigt. In den nächsten fünf Jahren wird die unvorstellbare Summe von 1000 Mrd. Dollar für ein Waffenprogramm ausgegeben, das vor allem ein System mobiler MX-Raketen und "Trident" Atom-U-Boot-Raketen mit Mehrfachsprengköpfen umfaßt. Die Durchführung dieses Programms könnte der amerikanischen Seite die gefürchtete Erstschlagskapazität verschaffen und damit die Welt an den Rand eines Atomkriegs bringen, den bisher wenigstens die Furcht vor der massiven Vergeltung des zweiten Schlags der Gegenseite verhindert hatte. In der "Direktive 59" vom August 1980 kündigt Carter denn auch den Übergang von der Abschreckungs- zur Vergeltungsstrategie an. Nach dem neuen Maßstab der "selektiven Zielsuche" sollen nicht mehr Großstädte und Industriezentren der Sowjetunion zerstört werden, sondern militärische und politische Kommandozentren. Die Gefahr eines be-

Radios für Salvador!

In El Salvador herrscht Bürgerkrieg. Mit massiver Hilfe der USA und der benachbarten befreundeten Diktaturen versucht die Regierung mit aller Gewalt eine Entwicklung wie in Nicaragua zu verhindern: Folter, Mord, das Niederbrennen ganzer Dörfer soll den Aufstand einer verelendeten Bevölkerung aufhalten.

(Wir werden in der nächsten Zeit ausführlich in der "links" über die Verhältnisse dort berichten.)

Der Arbeitsausschuß des Sozialistischen Büros unterstützt mit einer Spende von 3.000 DM den Versuch der Volksbewegung über ein eigenes Rundfunknetz der Regierungspropaganda entgegenzuwirken und zugleich die Kommunikation untereinander zu verbessern. Er fordert alle "links"-Leser auf, ebenfalls mit ihrer Spende zum Gelingen eines Projekts beizutragen, das in einem Hilferuf an das SB wie folgt beschrieben wird:

"Der Versuch zu einer Kommunikation mit der Bevölkerung bis in die entfernten Landgebiete stößt auf eine entscheidende Barriere: den Analphabetismus der Bevölkerung, der nach offiziellen Angaben auf 38 Prozent zurückgegangen sein soll, in Landgebieten aber sicher noch 60 Prozent und mehr beträgt. Daher ist der Rundfunk so wichtig. So sah es auch der niederträchtig ermordete Bischof Romero, der den Sender YSAX der Erzdiözese von San Salvador ausbaute und darüber wöchentlich einmal das Wort an das gesamte Land richtete und die Repression der Regierung brandmarkte. Trotz des Mordes an Romero ist der Sender nicht verstummt, auf den schon drei Sprengstoffanschläge verübt wurden ...

Unser Ziel ist es 500 Empfänger an meist abgelegene ausgesuchte Dorfgemeinschaften zu verteilen. Ein kleinerer Teil geht an die städtischen Randviertel. Außerdem wäre es nützlich den Kauf kleiner Batterien für Transistorgeräte finanziell zu unterstützen ..."

Unterstützt die Volksbewegung in Salvador. Spenden auf das Konto Ph. Hamer, Postscheckkonto München 180 769-802.

grenzten und gezielten Atomschlages erhöht sich damit sprunghaft – und all dies, so Schlesinger, damit "dem Präsidenten der Vereinigten Staaten der Mantel der Weltführerschaft nicht von den Schultern gleite" (Die Zeit, 15.8.80).
Diese Gefahr besteht nun allerdings kaum mehr. Die Welt wird dies mit der dramatischen Erhöhung der Kriegsgefahr, Westeuropa mit einer potentiellen Rolle als atomares Schlachtfeld und die Bevölkerung der USA mit einer weiteren Zerrüttung ihrer Ökonomie und mit sinkendem Lebensstandard bezahlen müssen.

Amerika wohin?

Da einer Forsetzung des fast zwanzigjährigen Kurses der bürgerlichen Sozialreform und Entspannung die Mittel und die gesellschaftlichen Kräfte fehlen, zeichnet sich nichts weniger als das Umkippen eines seit etwa 1960 geltenden ökonomischen, politischen und ideologischen Reproduktionsmodells der US-Gesellschaft ab: von der auf Prosperität gegründten und sozialstaatlich abgesicherten konsensualen Konfliktaustragung innen und außen und ideologischem laisser-faire in eine Strategie der Gewalt und der Ausgrenzung. Die anstehende alternativ- und lustlose Präsidentenwahl ist nur ein Akt in diesem Dilemma.
Es kann leider kein Zweifel daran bestehen, daß die US-Bevölkerung einen derartigen Wandel weithin bejaht oder ihm zumindest nicht Widerstand leistet. Die Widersprüche aber, die er hervorbringt, werden zu neuen Frontstellungen zwingen. In erster Linie sind das der Abbau der Sozialleistungen, das Sinken der Löhne, der Verfall der Formen der bürgerlichen Demokratie und die persönliche und soziale Betroffenheit durch den neuen Militarismus. Auf all diesen Gebieten, wie auch auf dem der Ökologie- und Frauenbewegung, regt sich – wenn auch partikular und in sich widersprüchlich – Widerstand, der aber aufgrund der Zersetzung einer wirklich repräsentativen gesamtgesellschaftlichen Willensbildung sich mehr denn je im außerinstitutionellen Raum, den die Alternativbewegung bereits besiedelt, abspielen wird. Die Bildung einer Arbeiterpartei ist in weiter Ferne und schüchterne Ansätze wie die von den großen Gewerkschaften der Maschinisten und der Automobilarbeiter getragene "Progressive Alliance" haben wenig Aussicht auf Erfolg. Die Linke wird vorerst aus dem Status eines zersplitterten und ohnmächtigen Anhängsels des bürgerlichen politischen Betriebs nicht herauskommen und froh sein dürfen, wenn sich diejenige Variante desselben durchsetzt, die ihr noch Spielraum gewährt – durchaus ähnlich, aber eher aussichtsloser wie hierzulande. Unter den Wolken aggressiver bürgerlicher Machtausübung werden die sozialen politischen Kämpfe in den USA zumindest zeitweise die historisch immer wieder erprobte Form des Kleinkriegs annehmen. Wenn die Arbeiter und die Linken dabei einige Stellungen und Ausgangspunkte halten, ist schon viel gewonnen.

GERHARD ARMANSKI

Literaturhinweise:
Zum Vergleich bieten sich meine Artikel in der "links" vom Herbst 1976 und Herbst 1978 an.
Andrei S. Markovits/Thomas Ertman: Das "Modell Deutschland": Eine Herausforderung für die USA, in: Prokla 41/1980
Andrei Markovits, Warum gibt es keine linke Alternative in den USA? in: druck und papier, 22.9.1980
George Günther Eckstein, Kapitalismus in der Offensive. Neokonservative Trends in den USA, L '76, 11/1979
Alex Schubert, La doctrina Carter: de la 'Democracia viable' a la intervención directa in el Tercer Mundo, in: Cuadernos des Orientación Socialista 2/80
Thomas Ferguson/Joel Rogers, Un président nationaliste pour l'Amérique en crise?, in: Le Monde diplomatique, August 1980

Rat(d)los? — Wir nicht?

Was ist zu tun gegen die politische Apathie im SB und seinen schwindenden Einfluß außerhalb? Da zucken einige nicht mit den Achseln, murmeln etwas von "man müßte und man könnte vielleicht".

Was ist zu tun?
Im Prinzip nichts anderes als bisher. Dies allerdings mit einer veränderten Haltung und ohne Anspruch auf strategische Würfe. Man muß lernen "emotional miteinander umzugehen, sich auf andere einzustellen", lernen, "Ängste, gegenseitiges Mißtrauen, Vorurteile, Rollendenken, Autoritätsfixiertheit (kurz, den ganzen alten Schmutz, J.H.) abzubauen" (s. Broschüre Sommerschule '80, S. 2/3). Schließlich wird man richtig glaubwürdig, wenn "hinter meinen Theorien unmittelbar persönliche Betroffenheit sichtbar wird" ... wenn "meine Motive für politisches Handeln, mein Wille zur Veränderung in direktem Bezug stehen zu meiner Betroffenheit." (ebd.)
Woran also hat es gelegen?
Am calvinistischen Politikverständnis. Dessen auffälligen Symptome sind bekanntlich die Vorherrschaft des Kopfes über den Rest des Körpers, dürre objektivistische Sprache, hinter der der Sprechende sich verbirgt, arrogante Borniertheit, die den Eindruck erweckt, immerwährend im Besitz der Wahrheit zu sein, Humorlosigkeit und konservative Utopieverachtung infolge mangelnden Muts zum Träumen und daraus resultierender Kraftlosigkeit.
Wie nun schafft man den Calvianismus ab, gewinnt man die gewünschte neue Haltung? Letztlich muß man "anders arbeiten und anders leben". "Anders" heißt: selbstbestimmt, ohne Trennung von Kopf und Hand, Arbeit und Freizeit usw. Dies braucht nicht am Sankt Nimmerleinstag geschehen. Heute kann damit angefangen werden, denn schließlich gibt es die selbstverwalteten Projekte. Wem ein Einstieg dort zu plötzlich kommt, der kann die Sommerschule besuchen, bei der man nicht nur etwas mit den Händen anfaßt, etwa eine Radnabe in einer Fahrradgruppe oder eine Solarzelle, sondern auch ohne Autoritäten und Leistungsdruck Träumen und Phantasieren lernt, wodurch die ganze alte Verklemmung wie Butter in der Sonne allmählich dahinschwindet. Es gibt aber auch die Möglichkeit sich gegenseitig zu erzählen, wie man "rot geworden ist", wodurch "Betroffenheit" sichtbar wird, "Ängste, gegenseitiges Mißtrauen, Vorurteile" usw., usw., usw. ...

Die Arbeit als Mutter aller Dinge

Das ist er also, der neue Subjektivismus im SB. Zu seiner Verbreitung ist rastlos ein Wikinger mit dem Fahrrad unterwegs, natürlich mit dem Schwert an der Seite, wie es sich für Konquistadoren gehört. (In diesem Symbol "steckt ... ein wenig Selbstironie, aber auch etwas von dem Willen, die Isolation offensiv zu wenden, die uns diese Gesellschaft aufgezwungen hat. Wir wollen nicht dieses angepaßte Leben – wir wollen anders leben." Sommerschule '80, S. 71)
Gegen wen nun ist der radelnde Wikinger unterwegs? Im SB war vom Individuum bisher kaum die Rede. "Politik in der ersten Person", eine beliebte Redewendung der SB-Publizistik, war eher eine Abgrenzungsfloskel gegen "selbsternannte Avantgarden". Wenn darin überhaupt etwas begriffen wurde, dann waren es die Leiden und Wünsche der anderen, nicht im SB Versammelten. Diese sollten pädagogisch geduldig, in "zäher Kleinarbeit" zu politischer Erfahrung emporgeläutert werden. Der ideale SBler war fleißig, tolerant, optimistisch und vor allem selbst- und an-

spruchslos. An dieses Bild bleibt der neue Subjektivismus fixiert. Eine Tradition theoretischer Diskussion über autoritären Charakter, Triebstruktur und Spätkapitalismus nimmt er ebensowenig zur Kenntnis wie all die praktischen Erfahrungen, die bei Versuchen gemacht wurden durch eine veränderte Kindererziehung, Schulreform, veränderte Wohnform usw. bestehende Charakterstrukturen zu verändern. Er ist insofern SB-Subjektivismus, denn "antiautoritäre Tradition" wurde dort zwar beschworen, nicht aber kollektiv entwickelt.

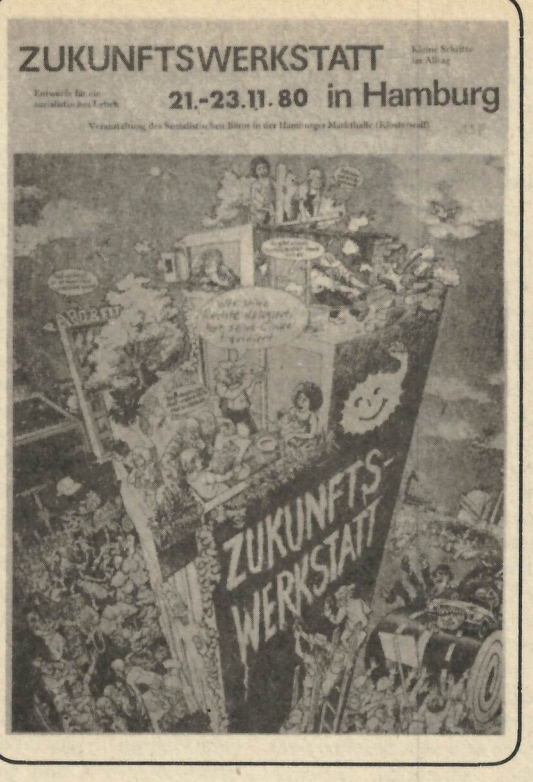
Am deutlichsten fixiert an schlechte SB-Tradition und deren Arbeitsfetischisierung in allen möglichen Formen bleibt der neue Subjektivismus im Zeichen des radelnden Wikingers dort, wo er sich trotz aller Abneigung gegen "Klassenstandpunkte", Proleten und Fäuste (Symbole übrigens, durch deren Ausnutzung bereits Verbrechen begangen worden sind, freies Zitat, Sommerschule '80, S. 71) nicht scheut, einem vorfreudianischen Marxismus, wie er so ungebrochen heute höchstens noch im real existierenden Sozialismus im Schwange ist, das Wort zu reden: die Arbeit und ihre Organisationsform ist die Mutter aller Dinge. Empfohlen wird vor allem das "andere" selbstbestimmte, gemeinsame Arbeiten, das "andere Leben" ergibt sich als Freizeitbeschäftigung schon von selbst daraus.

Hier wird getan, als ob es in den vergangenen 10 Jahren nie eine Diskussion darüber gegeben hätte, daß zum erträumten Reich der Freiheit, der Assoziation freier Individuen, mehr gehört als die Veränderung der gesamten Arbeitsorganisation: nämlich die grundsätzliche Veränderung der Sexualität.

Da wundert es dann auch nicht, wenn in der Bestimmung dessen, was das Individuum sei, uns eines vorgestellt wird, das im Prinzip gut ohne zerstörerische Triebe ist, ein vernünftiger Träumer, der durch gesellschaftliche Verhältnisse verdorben, vor allem durch Willen zum neuen Menschen wird: solidarisch, kreativ und spontan, kinder- und tierlieb.

Die Sprache verrät dabei die Herkunft aus verschiedenen Traditionen des Irrationalismus: da klingt es im christlichen Optimismus evangelischer Akademien, wenn jemand "sich einbringt" oder "in seiner Subjektivität" angenommen wird. Da werden Worte wie Kraft Wille, ja sogar Wollen, Zerrissenheit, Geborgenheit geschichtsblind verwendet, als ob sie keinen faden bis schaurigen Beigeschmack dadurch bekommen hätten, daß sie der autoritäre deutsche Irrationalismus von Schopenhauer bis zum Existenzialisten Bollnow in seiner Psychologie gebrauchte, um damit über das wahre Ausmaß der Verwüstung, das die gesellschaftlichen Verhältnisse in den Individuen hinterlassen, hinwegzutäuschen.

Wo man sich früher für die unablässige Kleinarbeit am "Riemen riß", tut man es heute für die Veränderung. Wie es geht, zeigt eine Pantomime während der Sommerschule (s. Sommerschule '80, S. 57/58): Da wird ein gewisser M., der zunächst cool, teilnahmslos und ängstlich zur Sommerschule kommt, dadurch erlöst, daß er sich an andere wendet und sie dann gemeinsam "plötzlich" ihre "Wünsche und Hoffnungen, Träume und Phantasien, wie politische Bedürfnisse" gebrauchten", um uns bei anderen einzubringen". Es versteht sich von selbst, daß dieser M. dabei nicht den Wunsch hatte, die anderen Teilnehmer der Reihe nach zu erschlagen oder gar sexuelle



Phantasie entwickelt hätte. Diese – fast überflüssig darauf hinzuweisen – fehlt dem edlen Wikinger ohnehin; (selbst in Erörterungen über Kindererziehung oder Geschlechterbeziehung wird nämlich das Thema Sexualität mit geradezu calvinistischer Ängstlichkeit ausgeklammert, s. Sommerschule '80).

Schwaches Probehandeln

Wer nun allerdings glaubt, im SB würden selbstverwaltete Betriebe wie Pilze aus dem Boden schießen, sieht sich getäuscht. Da ist kein Boom in Sicht, aber viele Sommerschulen.

Die praktische Lösung wird eher propagiert als praktiziert. Die Praxis der Sommerschulen nämlich könnte man als schwaches Probehandeln bezeichnen, denn dort wird während eines begrenzten Zeitraums an mehr oder weniger idyllischem Ort Selbstverwaltung und Aufhebung diverser Widersprüche probiert. Alles erinnert irgendwie an Ferien und von den Teilnehmern wird auch häufig versichert, man käme von dort wie aus den Ferien gestärkt zurück.

Überhaupt kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, hier ginge es mehr um eine veränderte Haltung, ein anderes Politikverständnis, nicht um neue Politik. Hier wird an einer "alten" Politik, vor allem falsches Bewußtsein denunziert oder besser an der eigenen "alten", denn Autobiografisches aus dem Umkreis des "neuen Subjektivismus" gerät überwiegend zu einer Autobiografie nach dem Motto: "Was hab ich falsch gemacht", wie die ganze Richtung ihre Anstrengungen und ihr Existenz aus der Unfruchtbarkeit bisheriger Politik begründet. Wie sieht die neue Haltung aus? Gefordert wird eine neue Pädagogik, die nun endlich das eigene Bedürfnis nach Entspannung und danach nicht allwissend sein zu müssen, strategisch mit einbezieht, ja es geradezu zum neuen Zaubermittel erhebt, weil dadurch für andere der Sozialist endlich als "Mensch" sichtbar wird. Wo man früher im SB ständig "orientieren", "Lernprozesse initiieren" wollte, da wird heute der "nette Mensch von nebenan" angeboten, in der Hoffnung, diesmal würden wir "angenommen".

Es wäre nun allerdings falsch, wollte man das, was nach Rationalisierung klingt, allein für bare Münze nehmen und nicht anerkennen, was dahinter an Kritik bisheriger SB-Praxis zum Vorschein kommt: Kritik an der Überforderung der Individuen durch eine bürgerliche Arbeitsmoral, auch wenn diese als Ferienseligkeit daherkommen mag oder sie noch übertrifft, Kritik an einem intellektuellen Perfektionsfimmel – dem Gegenteil von Theorieproduktion –, auch wenn sie als Theoriefeindlichkeit oder eine Art alternativer Ingenieurswissenschaft erscheint, Kritik schließlich an linker Prüderie, der außer dem Gedanken alles verdächtig ist, auch wenn ihr bisweilen Lagerfeuerromantik mit Händchenhalten und Volkstanz entgegengesetzt wird. Und ist nicht die Tatsache, daß der "neue Subjektivismus" sich als politische Strategie ausgeben muß, selbst ein vernichtendes Urteil darüber, wie weit es mit dem Anspruch in unserer Organisation gekommen ist, dem Anspruch, "die Angst des Menschen vor den Menschen" abzuschaffen, der allerspätestens seit den 60er Jahren zum eisernen Bestand im Programm der neuen Linken gehört?

Immerhin – bisher hat der "neue Subjektivismus" möglicherweise die völlige Privatisierung einzelner Individuen dadurch verhindern geholfen", daß er vom schlechten Gewissen, zu wenig zu tun, entlastete, wenn er ihr auch durch Bedürfnisfetischismus ("alles ist politisch") zugleich Vorschub leistet.

Angeborene Tugend?

Allerdings geschieht genau das nicht, was so emphatisch im "neuen Subjektivismus" beschworen wird: der Versuch, die Angst des Individuums zu beseitigen. Es wird lediglich Hoffnung darauf gemacht; die trügerische Hoffnung, dies könne ohne Anstrengung der Selbstreflexion geschehen ohne weitere Beleidigungen, Gefühlsverwirrungen und Angst. Man will Veränderung, die aus der Harmonie kommt, setzt auf angeborene Tugend und "Selbstheilungskräfte", die man im Bauch lokalisiert. Man setzt auf scheinbar authentische innere Erfahrung, wo man doch innen nichts anderes entdecken kann, als den Umstand, wie sehr Gesellschaft, die Herrschaft des Menschen über den Menschen in diese eingedrungen ist und ihnen ihre Entmündigung und Unterdrückung selbst überläßt. Man behauptet, daß die Befreiung im Gefühl läge, wo doch Individuen erst dort zu selbstbestimmten Subjekten werden, wo sie die im Gefühl verkapselte Geschichte der Unterdrückung verstanden haben. (Es Ich geworden ist – Freud –) Indem man behauptet, die Angst des Individuums sei gar nicht seine, sei allein die einer Gruppe von Menschen, die Angst der Frauen, die Angst der Lehrer, die Angst der Kader usw., veranstaltet man zwar ein Ritual, das diese zeitweise niederhält, errichtet aber damit ein weiteres Hindernis für ihre Beseitigung. Denn Kampf gegen die Angst des Individuums muß bei diesem beginnen und dabei ist es erst einmal mit sich allein, auch wenn diese Einsicht gerade für die so schwer zu ertragen ist, die sich an politisches, d.h. kollektives Handeln gewöhnt haben. Das Individuum ist zu diesem Kampf immer noch in der Lage – noch kein skinnersches Reiz-Reaktionsschema, so weit seine Zerstörung auch schon fortgeschritten sein mag.

JENS HUHN

5. Sommeruniversität für Frauen

Ursprünglich war die Sommeruniversität als eine "Universität" gedacht, die den Frauen eine Wissenschaft anbieten wollte, deren Objekt und Subjekt sie selbst sind; Protest und Kritik richteten sich sowohl gegen die frauenfeindlichen Inhalte in Forschung und Lehre als auch gegen die Benachteiligung und Diskriminierung der Frauen im Lehr- und Forschungsbetrieb der Universitäten.

Die Sommeruniversität für Frauen sollte eine Universität sein, die allen Frauen etwas bietet, für alle offen ist, in der jede Frau sich einbringen, eine Arbeitsgruppe anbieten, sich beteiligen kann. Sie sollte kein "Expertinnenforum" sein und keins nur für Studentinnen und Akademikerinnen.

Neben dieser alternativen Universitätsfunktion entwickelte sich das Bedürfnis, in der Sommeruniversität ein Diskussionsforum zu haben, in dem der aktuelle Stand der Bewegung in Theorie und Praxis zum Ausdruck kommt, Probleme der Frauenarbeit und -bewegung zur Debatte stehen und wo Informationen und Erfahrungen ausgetauscht werden können.

Unter dem fantasievollen Titel "biederer Alltag – radikale Träume, Realität und Utopien erwerbstätiger Frauen" fand die diesjährige Sommeruniversität für Frauen vom 29.9.-4.10. in Berlin statt.

Täglich wurden zwischen dreißig und fünfzig Veranstaltungen angeboten; beim besten Willen konnte frau vier oder fünf davon besuchen. Oft war ein Gefühl der Unentschlossenheit da, welche Veranstaltung vorgezogen, nach welchen Kriterien entschieden werden sollte, ob die eigene Betroffenheit oder ein besonderes Interesse das wichtigste Kriterium beim Besuch einer Veranstaltung sein konnte, oder ob lieber Veranstaltungen zu den aktuellen "Problem"- oder Schwerpunkten der Frauenbewegung besucht werden sollten.

Die meisten Veranstaltungen waren von Gruppen, Projekten oder einzelnen Frauen aus der autonomen Frauenbewegung vorbereitet, andere jedoch von "organisierten" Frauen: vom KB, trotzkistischer Liga, Sozialistischem Frauenbund, BdWi, Gewerkschaftsfrauengruppen, DKP-Frauenorganisationen usw.

Der erste Eindruck war wie in allen Frauengroßveranstaltungen: warme kräftige Farben, bunte Kleider, angemalte Gesichter, gemischte Stimmung, ein Hauch von Wärme, Vertrautheit, Gemeinsamkeit.

Frauen standen Schlange an Bücher-, Zeitschriften-, Schmuck- und Infotischen; am Müßlistand, an Essens- und Getränkeständen;

Frauen saßen oder lagen auf dem Boden in allen möglichen Ecken der "Rostlaube", lasen, quatschten, ruhten sich aus; Frauen liefen durch die langen Flure, suchten nach Raumnummern, rannten von Veranstaltung zu Veranstaltung, zu zweit, in Gruppen oder auch einzeln;

Frauen freuten sich, sich zu sehen oder wiederzusehen, umarmten, streichelten, küßten sich, lächelten sich an; Frauen diskutierten überall, heftig, betroffen, stark beteiligt, lebendig, fantasievoll, aber auch verbittert, skeptisch, leicht resigniert; aus allen Ecken der Bundesrepublik und Westberlins angekommen, von der selben Sache bewegt, mit ähnlichen Erfahrungen, Problemen, Fragen, Schwierigkeiten, aber auch Hoffnungen, Sehnsüchten, Träumen.

Jeder Bericht kann nur subjektive Eindrücke, Gedanken, Gefühle, Erlebnisse, Erfahrungen oder Fragen vermitteln. Wahrscheinlich haben andere Frauen alles ganz anders erlebt als ich, fanden es besser oder schlechter. Eine wichtige Rolle spielt dabei die persönliche Beziehung zur Frauenbewegung und der Anspruch, den frau an sie wie auch an die Sommeruni hat. Einiges hängt auch von der Vorbereitung und Durchführung der besuchten Veranstaltungen ab. Trotzdem würde ich die Meinung vertreten, daß die diesjährige Sommeruniversität für Frauen ihren ursprünglichen Anspruch, Wissenschaft anders und für alle zu produzieren und zugleich ein Diskussionsforum für die Frauenbewegung anzubieten, nicht eingelöst hat. Oft waren die Veranstaltungen schlecht oder gar nicht vorbereitet, die Diskussionen undifferenziert, unsystematisch, nicht tiefgreifend, diffus. (Dies bezieht sich hauptsächlich auf die Veranstaltungen, die ich besucht habe und die nicht weniger als vier bis fünf am Tag waren. Daher kann ich annehmen, daß es sich nicht um traurige Ausnahmen handelte, sondern eher die Regel war). Es gelang selten, über Selbstdarstellung hinauszukommen. Die eigene Betroffenheit – wichtiges Motto der neuen Frauenbewegung – konnte nicht kollektiv verarbeitet werden, um daraus ein weiteres Stück gemeinsamer Theorie und Praxismöglichkeit zu entwikkeln. Abgesehen von momentaner Erleichterung für die Beteiligten – wenn subjektive Erlebnisse, Schwierigkeiten usw. nicht mehr als persönliches Versagen, sondern als gemeinsam erfahren werden, (was aber schon seit zehn Jahren in der Frauenbewegung praktiziert wird, und langsam dürfte es schon eine gemeinsame Erfahrung sein, daß alle unsere Probleme gemeinsam sind) – konnten solche Selbstdarstellungsdiskussionen wenig bringen.

Charakteristische Beispiele für diese Art der Diskussion waren die Veranstaltungen über sozialen Aufstieg und die über Gewalt und Zärtlichkeit in Frauenbeziehungen. In der ersten blieb der Begriff "sozialer Aufstieg" bis zum Ende undefiniert. Die Frage, ob es sich um ein herkunfts- und schichtspezifisches oder um ein geschlechtsspezifisches Problem handelt, wurde zwar gestellt, es wurde aber in der Diskussion nicht darauf eingegangen.

Zum Teil wurde daher nebeneinander hergeredet, so daß die Diskussion größten Teils bei der Darstellung eigener Biografien stehenblieb und sozialer Aufstieg mit Rollenveränderung von Frauen – meistens durch Studium und Beruf – verwechselt wurde. Auf recht interessante Aspekte wie Umgang mit Machtpositionen, sozialer Aufstieg und links oder/und frauenbewegtes Selbstverständnis, Aufstieg und Frauensolidarität bzw. Konkurrenz oder "Vermännlichung" konnte nicht oder nicht genügend eingegangen werden.

In der zweiten – über Gewalt und Zärtlichkeit – überwog ein undifferenzierter und sujektivistischer Gewaltbegriff (alles was uns betroffen macht, ist Gewalt), wobei gesellschaftliche Gewaltstrukturen ausgeschlossen blieben.

So war "Gewaltausübung", wenn z.B. in einer Gruppe von drei Frauen sich zwei umarmen und die dritte ausgeschlossen bleibt. Die Artikulation des Gefühls, ausgeschlossen zu sein, ist wiederum Gewaltausübung auf die anderen zwei; diskutiert wurde über Gewaltausübung beim Reden oder Schweigen in der Gruppe.

Höhepunkt der Diffusion und der mißhandelnden Subjektivität war die großangekündigte Podiumsdiskussion über Frauen und Wahlen mit Vertreterinnen aller Strömungen der Frauenbewegung. Trotz der Bemühungen einiger der Frauen am Podium politisch zu argumentieren und zu diskutieren, erweckte der katastrophale Verlauf der Diskussion (persönliche Angriffe, Nebeneinanderherreden, Provokationen und schließlich Auflösung der Veranstaltung) eher den Eindruck, daß Frauen nicht in der Lage sind, politisch zu diskutieren.

Unter solchen Verhältnissen konnten die wenigen guten Veranstaltungen (Frauenzentren, Sexismus in der TAZ u.a.) das Gesamtbild nicht retten.

Betont werden sollte vielleicht zum Schluß, daß die Frauensommeruni trotzdem eine wichtige Sache der Frauenbewegung bleibt, nicht zuletzt wegen der Möglichkeit zum Informations- und Erfahrungsaustausch, als Ergebnis der gemeinsamen Stärke (vielleicht auch Schwäche), der Zusammengehörigkeit, als Bereicherungserfahrung vor allem für die Jüngeren oder in der Bewegung neuen Frauen, als Ermutigung für die Frauen, die nicht in den Bewegungsgroßstädten leben.

NATASCHA APOSTOLIDOU

issa

ISSA
wissenschaftliche reihe 11
Strukturen der Ausbeutung und Unterdrückung in Südrhodesien
Das koloniale Erbe des unabhängigen Zimbabwe
Hrsg. von Werner Biermann und Reinhart Kößler
348 S., DM 22,– , ISBN 3-921614-01-5
Auch nach der Befreiung Zimbabwes werden die durch die Siedlerherrschaft geschaffenen Verhältnisse und Abhängigkeiten eine wesentliche Rolle für die Planung des nationalen Aufbaus spielen. Die hier zusammengefaßten soziologischen und ökonomischen Analysen geben eine konkrete Vorstellung über den Ruin der afrikanischen Landwirtschaft, die Lage der Land- und Industriearbeiter und die Entwicklung des Kontrakt- und Wanderarbeitssystems. Hinzu kommen ein Überblick über die gesamtökonomische Situation Südrhodesiens und ausführliche weiterführende Literaturhinweise.

ISSA
wissenschaftliche reihe 13
Werner Biermann
Zambia
Ein Frontstaat zwischen Befreiungskampf und postkolonialer Abhängigkeit
312 S., DM 22,– ISBN 3-921614-43-9
Seine Stellung als Frontstaat und die fortdauernde Abhängigkeit von während der Kolonialzeit geschaffenen ökonomischen Strukturen bestimmen die gesellschaftliche und politische Entwicklung Zambias ebenso wie seine Außenpolitik. Auf dem Hintergrund einer ausführlichen Darstellung der Kolonialzeit und des Unabhängigkeitskampfes wird diese Entwicklung und ihr zentraler Aspekt, die Nationalisierung und weitere Entwicklung der Kupferminen dargestellt. Vor allem wird so auch die schwankende Politik des Landes gegenüber den Minderheitsregimen im Süden verständlich.

ISSA
wissenschaftliche reihe 14
Jennifer Dunjwa-Blajberg
Sprache und Politik in Südafrika
288 S., DM 18,–, ISBN 3-921614-48-1
Die politische Bedeutung der Sprachenfrage in Südafrika datiert nicht erst von den Aufständen des Jahres 1976. Die sehr anschauliche sprachsoziologische Analyse einer selbst Betroffenen zeichnet die teilweise widersprüchliche Entwicklung nach, die das Verhältnis der verschiedenen in der Republik Südafrika gesprochenen Sprachen zu politischer Herrschaft und Emanzipation genommen hat. Diese Darstellung macht neben der auf Zersplitterung gerichteten Nationalitätenpolitik der Rassisten die Perspektive der Befreiung einer einheitlichen südafrikanischen Nation deutlich.

Informationsstelle Südliches Afrika
Blücherstraße 14
5300 Bonn 1 **Tel.: 0228/21 32 88**
Vertrieb für den Buchhandel:
CON – Osterstraße 36 – 2800 Bremen

Sommeruniversität der Frauen

● Seit 1977 stehen im Zentrum der Frauenbewegung diverse feministische Projekte im kulturellen, sozialpolitischen oder Gesundheitsbereich, die sich aus den Selbsterfahrungs- und Gesprächsgruppen herausentwickelt haben. Nach der ersten Euphoriephase stehen allmählich viele dieser Alternativunternehmungen von Frauen für Frauen – vor allem jene, die eine Intervention im sozialpolitischen Bereich versucht haben – in einer kritischen Situation.
Institutionalisierung, Professionalisierung, Entstehung von Hierarchie und Machtstrukturen, Rolle und Funktion der Projekte, Funktion der bezahlten und unbezahlten weiblichen Sozialarbeit als Lückenbüßer für den "Sozialstaat" werden zum Teil als bevorstehende und sich damit auseinandersetzenswerte Gefahr, zum Teil als vorhandene Realität erfaßt. Die Frage, wie es weitergehen soll, stellt sich schon längst, die Diskussion ist aber keinesfalls beendet, und konkrete Lösungsmöglichkeiten scheinen nicht vorhanden zu sein. Stattdessen sind Müdigkeit, partielle Enttäuschung und Resignation zu beobachten.
● Zur Bewegung kommen langsam junge Frauen hinzu, die anders sind als die Feministinnen der "ersten Stunde". Aus dieser Begegnung zwischen den und diesen jungen Frauen entden und dieser jungen Frauen entstehen Konflikte, die sich auf Grund eines gewissen Alters- und Erfahrungsunterschieds von den bisherigen Problemen der Ungleichzeitigkeit unterscheiden und eher einem Generationskonflikt ähnlich sind. Für diese jungen Feministinnen ist vieles, was die "älteren" lange erarbeitet haben oder sich erkämpfen mußten, eine Selbstverständlichkeit. Sie sind unter anderen Bedingungen herangewachsen. (Die "älteren" beklagen, daß sich die jungen nur für Literatur und Yoga interessieren!) Sind diese Frauen ein neues Potential für die Frauenbewegung? Bringen sie neue Inhalte mit sich? Wie kann eine gemeinsame Basis gefunden werden?
● In der letzten Zeit gehört es zur Strategie traditioneller linker Organisationen, verstärkt zu versuchen, in nicht traditionell strukturierte Bewegungen zu intervenieren. Die Frauenbewegung mit ihrer Dynamik und Vielfältigkeit bildet natürlich einen großen Anreiz für sie, nicht zuletzt wegen des bei vielen Frauen langsam entstehenden Bedürfnisses nach "allgemeiner Politik". Gleichzeitig kann angenommen werden, daß die Frauenbewegung in ihrer zehnjährigen Praxis die weiblichen Mitglieder dieser Organisationen beeinflußt hat. Dies zeigte sich in der Sommeruniversität durch die Beteiligung diverser Frauenorganisationen aus der traditionellen Linken. Für den sozialistischen Frauenbund ist Sommeruniversität "... zur Zeit das einzige Forum, wo ein relativ breites Spektrum von bewegten Frauen zusammen agiert. Wir wollen also rein, um die Bündnismöglichkeiten Wirklichkeit werden zu lassen." (Pelagea Nr. 12). Und die KB-Frauen veranstalteten eine Diskussion zum Thema "Linke Frauen in Organisationen", in der sie das von ihnen erkämpfte Frauenstatut im KB darstellten. Stolz auf ihre Errungenschaften berichteten sie, daß sie sich "ihre Autonomie im KB geholt haben, Frauen- oder Lesbenzellen getrennt grundorganisieren und regionale und bundesweite Frauenvollversammlungen einberufen"!
Ab jetzt wird ein Genosse, der eine Frau geschlagen hat, beurlaubt, und wer eine Frau vergewaltigt hat, fliegt raus; über Maßnahmen gegen psychische Gewalt wird noch diskutiert! Die Männer im KB müssen demnächst Frauenbücher lesen, von Frauen gestellte Fragebögen ausfüllen; sie werden also bestraft, wenn sie nicht "brav" sind!
Tatsache ist, daß linke Frauen in traditionell strukturierten Organisationen – soweit sie sich nicht als Nebenwiderspruch akzeptiert haben – gegen die männliche Herrschaft in der eigenen Organisation zu kämpfen haben. Die Frage ist, ob man/frau mit solchen Maßnahmen wirklich die männliche Herrschaft in der Organisation aufheben kann; ob diese Herrschaft nicht Bestandteil der konkreten Organisationsstrukturen ist und daher nicht aufgehoben werden kann, solange die Strukturen unberührt bleiben. Die Frage, die sich für die Frauenbewegung wegen dieser Entwicklung stellt, ist, ob sie mit "organisierten" Frauen zusammen agiert oder ob sie sich entschieden abgrenzen soll.
● Immer mehr Frauen engagieren sich in gemischten Alternativprojekten oder in anderen Bewegungen und versuchen, sich dort als Frauen einzusetzen. Viele haben mit der Zwiespältigkeit der "Doppelmitgliedschaft" zu tun. Andere arbeiten in berufsbezogenen Gruppen, Gewerkschaften, Parteien oder versuchen, feministische Aspekte in ihrem Beruf durchzusetzen. Die Bewegung verlagert sich nach außen. Es scheint, als ob sie in eine neue Phase kommt, die Phase der "Berührung" mit anderen, nicht von ihr bestimmten Feldern, aber vor allem mit anderen neuen sozialen Bewegungen. Es stellt sich die Frage, was die Frauenbewegung heute ist? Wie kann sie definiert und abgegrenzt werden? Geht man/frau davon aus, daß die neuen sozialen Bewegungen in ihrer Wertorientierung und Zielsetzung nicht nur viele Gemeinsamkeiten mit der Frauenbewegung haben, sondern durchaus von der Idee des Feminismus geprägt sind (dazu s. Herrad Schenk: Die feministische Herausforderung), stellt sich die Frage, ob und inwieweit die Frauenbewegung sich von den neuen sozialen Bewegungen abgrenzen kann und soll (Autonomieanspruch).

N.A.

Winterschule des SB

26.12.80 - 4.1.81, Haus Oberohe, Lüneburger Heide

Kosten: 165 DM (90 DM Unterkunft incl. Heizung, 60 DM Selbstverpflegung – wenn mehr gegessen und getrunken wird, wird's leider etwas teurer; 15 DM für Vorbereitungsmaterialien u.ä.). Vorauszahlung nach Anmeldebestätigung: 30 DM.
Am 27./28. September 1980 hat die Sommerschul-Vorbereitungsgruppe auf einem Treffen in der ASH Frankfurt die erste Winterschule des Projekts Sommerschule vorbereitet. Die Vorbereitungsgruppe fand es zu schwer, das von ihr entwickelte Winterschul-Thema mit einem einzigen kurzen Begriff ausreichend zu umschreiben. An die Stelle eines Kurztitels soll nunmehr ein längerer Satz, den einer der Teilnehmer zu Papier brachte, treten, um die Fragen, um die es uns auf der Winterschule geht, zu umreißen:

"Es soll auf der Winterschule um Selbstveränderung und um die Entwicklung von (politischer) Identität gehen, um produktives Rückerinnern und um auf- und unaufgearbeitete Widersprüchlichkeiten in der eigenen Geschichte, um Fragen nach den Tabus in uns und den eintrainierten Selbstdarstellungen nach außen, um das in uns Erhaltene und das Über-Bord-Geworfene, um Trauer über Verlorenes und Hoffnungen auf das von uns Gesuchte – das alles vor dem Hintergrund der kapitalistischen Alltagsrealität, die sich uns unentrinnbar entgegenstellt, die uns prägt und der wir zugleich entgegenzutreten versuchen: mit all unseren Ängsten und unseren Zweifeln, aber auch mit unseren vorwärtsgerichteten Träumen, unseren Hoffnungen und unserem Mut ..."

Wir haben dieses Thema auf unserem Vorbereitungstreffen weiter konkretisiert – nicht, indem wir versucht haben, ein gemeinsames Papier zu erarbeiten oder Aufgaben zu delegieren, sondern indem sich jeder nach langen, intensiven Diskussionen für einige Zeit mit einem Stück Papier zurückzog, um seine Vorstellungen von dem aufzuschreiben, was er sich unter dem Thema dieser Winterschule vorstellt und welche Erwartungen er damit verknüpft. Herausgekommen sind dabei sehr unterschiedliche Beschreibungen. Wer sich zur Winterschule anmeldet, erhält diese (bei Voreinsendung von 3 DM für Porto und Kopierkosten) zugeschickt. Aber auch, wer uns schreibt, daß er/sie diese Papiere zunächst einmal lesen möchte, um sich entscheiden zu können, ob er/sie an der Winterschule teilnehmen möchte oder nicht! Bitte meldet Euch möglichst bald an. Die Teilnehmerzahl ist dieses Mal auf 25 begrenzt! Die verschiedenen Sommerschul-Projekte für 1981 (Neue Medien, Indianer usw.) haben wir auf diesem Vorbereitungstreffen noch nicht angehen können. Da im Herbst so schöne Aktivitäten wie die "Zukunftswerkstatt" in Hamburg starten, haben wir beschlossen, das Vorbereitungstreffen für die Sommerschul-Projekte '81 in das nächste Jahr – auf das Wochenende 7./8. Februar 1981 – zu legen (für alle mit einem weit in die Zukunft reichenden Kalender oder Erinnerungsvermögen).

ANMELDUNG ZUR WINTERSCHULE 1980/81

Bitte in Druckbuchstaben!!
Ich/wir melde/n mich/uns hiermit verbindlich zur Teilnahme an der Winterschule vom 26. Dezember 1980 bis 4. Januar 1981 an:

.....
Name, Vorname Telefon

.....
Straße, Haus-Nr. PLZ Wohnort

.....
Kurze Angaben zu Beruf, Projektmitarbeit, besonderen Interessen o.ä.

Ich/wir komme(n) ohne Kinder/mit ..... Kind(ern) im Alter von ..... Jahren

Nach Erhalt der Teilnahmebestätigung werde(n) ich/wir 30 DM pro Teilnehmer als Vorauszahlung auf den Teilnahmebetrag überweisen.

Anmeldung bitte zurück an: Sommerschule '80 Sozialistisches Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4, Telefon: 0611/82006.

Rechte Aktion und linke Apathie

Die Ermordeten, die Opfer der nazistischen Anschläge von Bologna, München und Paris sind unter der Erde – im Unterschied zu den massenhaften Protestdemonstrationen in Italien und Frankreich blieben die Bundesdeutschen (und mit ihnen die bundesdeutsche Linke) im Großen und Ganzen stumm, ratlos und zu Hause oder – widerlicher noch – feierten einfach weiter. Einmal mehr eine deutsche Art zu trauern. Aber auch die politische Auseinandersetzung mit dem Neonazismus bleibt unzulänglich.

Der Euronazismus scheint vor allem ein Thema der liberalen, bürgerlichen Presse zu bleiben, die Linke sieht sich insgesamt nicht bemüßigt, ihre eher läßliche Einstellung zum Thema zu verändern.
Die undogmatische linke Reaktion hierzulande bestand vor allem in der Furcht, jede übermäßige Reaktion könne dem BKA nützen. Insoweit herrscht von ganz rechts bis ganz links ein sehr deutscher Konsens: 'Nur nichts überdramatisieren in Sachen Rechtsextremismus!'
Die rechten Begründungen dieser Läßlichkeit sollen hier nicht weiter interessieren, auf der Linken werden etwa folgende Argumente vertreten:

1. Das Argument vom utopischen Gehalt
Auf der Basis einer miß- oder nur halbverstandenen Rezeption der von Ernst Bloch in 'Erbschaft dieser Zeit' vertretenen Kritik an der angeblichen Vernachlässigung nichtökonomischer Bedürfnisse der Massen durch die KPD in der Weimarer Republik wird behauptet, daß die Wünsche der Rechtsextremen nach Kameradschaft, Heimat, Führer und 'Neuem Reich' in verzerrter Form wahre Bedürfnisse und Ansprüche ausdrücken, sich in verbildeten Formen utopische und subversive Gehalte zeigen, die es wert seien, ernst genommen zu werden.

2. Das (sozial)pädagogische Argument
Unter Hinweis auf den Umstand, daß ein Teil der Neonazis arbeitslose Jugendliche sind, wird unterstellt, daß es sich um eine besonders starke Form jugendlichen Protestes handelt, um eine Reaktion marginalisierter junger Menschen auf eine reale Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen. Insoweit unterscheiden sich junge Neonazis **nicht prinzipiell** – so wird behauptet – von anderen jugendlichen Randgruppen wie Fixern, Rockern oder auch 'linken' Politfreaks.
Zudem wird gerne der unzulängliche Schulunterricht im Fach Geschichte angeführt, um zu erklären, warum junge Menschen trotz des Grauens der Vernichtungslager für den Nationalsozialismus sind.

3. Das staatstheoretische Argument Nr. 1:
Der **deutsche** Staat
Die Bundesrepublik als selbsterklärter Nachfolgestaat des Dritten Reiches mitsamt ihrer Unfähigkeit zu trauern, ihren verschleppten NS-Prozessen, ihren vielen Ministern, Kanzlern und Präsidenten, die dem Dritten Reich im Innern, in der Partei oder als Wehrmachtsangehörige an der Front dienten: ein Staat also, der sich nie konsequent mit seiner mörderischen Vergangenheit auseinandergesetzt hat, muß, so heißt es plausibel, früher oder später derlei Folgen zeitigen. In und mit den Neonazis kehrt das Verdrängte zurück, worüber sich niemand wundern muß.

4. Das staatstheoretische Argument Nr. 2:
Der deutsche **Staat**
Die BRD als spätkapitalistischer Staat muß aus historischen und systematischen Gründen ein vitales Interesse daran haben, die menschlichen und sozialen Folgelasten kapitalistischer Vergesellschaftung möglichst reibungslos und effektiv abzuarbeiten bzw. ihre Kosten gering zu halten.
Neben pädagogischen und sozialstaatlichen Maßnahmen spielen hierbei Polizei und Kriminalistik, Zentralisierung und Überwachung aller Lebensbereiche eine entscheidende Rolle. Um sein Gewalt- und Kontrollpotential ausbauen und diesen Ausbau legitimieren zu können, ist 'der Staat' nach dieser These auf spektakulär anmutende Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung angewiesen. Genau diese Funktion erfülle der Rechtsextremismus, seitdem die Aufregung über die RAF verklungen ist und sich im Drogenbereich die Einsicht durchzusetzen beginnt, daß hier polizeilich nichts zu lösen ist.

5. Fazit von 1-4 und praktische Konsequenzen
Progressive Aufnahme 'irrationaler Gehalte': 'Rock gegen Rechts', Forderungen nach mehr Lehrstellen, nach mehr Stellen für Lehrer und Sozialpädagogen, mehr Ideologiekritik, Wünsche nach einer positiven Wiederaufnahme der deutschen romantischen Tradition, Kritik am Überwachungsstaat ...
Diese theoretischen und praktischen Stellungnahmen zum Problem des Nazismus entsprechen genau dem politischen Verständnis einer Linken, die sich vor allem aus geistes- und sozialwissenschaftlichen Akademikern, Lehrern und Sozialarbeitern rekrutiert, aus Berufen also, die es vor allem mit dem Belehren, Verstehen und Therapieren zu tun haben.
Durch die Optik der eigenen materiellen und ideellen Interessen hindurch erscheinen dann die Neonazis genau als das, was die eigenen beruflichen Qualifikationen zu behandeln erlauben. Und wenn nun die Neonazis gleichwohl qualitativ stärker werden, bzw. wenn das allgemeine autoritäre Potential unter Jugendlichen zunimmt, dann scheint dies vor allem ein Beweis dafür, daß man noch nicht entsprechend dieser Optik gehandelt hat, nicht aber dafür, daß evtl. die ganze Optik falsch ist. Dafür spräche immerhin einiges:

Solidarisch gegen den Staat?

1. Womöglich ist ja das 'blochianische' Argument von den utopischen Restgehalten rechter Ideologien gar nicht so stimmig, vielleicht hat die KPD der Weimarer Republik die Massen gar nicht deshalb verloren, weil sie ihnen zu wenig utopische Mythologie vorgegaukelt hat, sondern zu viel. Es ist hinreichend belegt, daß die Nazis ihr Auftreten, ihre Propaganda etc. den Kommunisten abgeschaut haben und nicht umgekehrt und daß auch die Kommunisten sehr wohl nationalistische wie auch internationalistische Mythologien gepflegt haben. Und vor allem: vielleicht sind die Wünsche, die sich in und hinter Begriffen wie 'Kameradschaft' und 'Heimat' zeigen, gar nicht 'eigentlich progressiv', sondern einfach nur regressiv und reaktionär? Denn was ist 'Kameradschaft' anderes als Männerliebe angesichts des Todes und uniformierter Gleichschritt ins Nichts? Und 'Reich' und 'Heimat', "was allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war" ...? Vielleicht ist es ja mit dem Heimatbegriff schwieriger, als die gegenwärtige 'grüne' Konjunktur vermuten läßt? Ist 'Heimat' wirklich eine Art überhistorisches Grundbedürfnis? Und nicht vielmehr eine historisch entstandene, unwiederbringlich vergangene Einheit extensiver Landwirtschaft, kleinstädtisch-dörflicher Siedlungsweise, handwerklicher Warenproduktion und ständisch-familiärer Gesellung?

2. Wie ist eigentlich der Umstand zu beurteilen, daß sich unter den Neonazis keineswegs nur arbeitslose Jugendliche, sondern ebenso Studenten, Akademiker, Ärzte und Handwerker befinden, es sich also keineswegs vor allem um Angehörige marginalisierter Gruppen handelt?
Und warum driften bei gleich schlechtem Geschichtsunterricht nicht alle ins rechte Lager ab, sondern bis jetzt nur eine Minderheit? Und was ist mit rechten Schülern guter Geschichtslehrer?
3. Schließlich: Woraus beziehen wir unsere Sicherheit, daß die Neonazis minder gefährlich sind als der Staat, der sie verfolgt oder dies auch unterläßt?
Gewiß, es ist bekannt, daß ein großer Teil der rechten Gruppen vom Staatsschutz unterwandert sind. Freilich wäre es ein verhängnisvoller Fehler, hieraus zu schließen, daß die Aktivitäten von Rechtsextremen deshalb eine Funktion staatlicher Politik seien – sie sind dies genausoviel und genausowenig wie die Stadtguerilla es war.
Wir können nicht ausschließen, daß sich auch hier eine Entwicklung anbahnt wie in Spanien, Frankreich und Italien, daß nämlich der Staatsschutz zumindest in den unteren Rängen eine enge Verbindung mit dem Rechtsextremismus eingeht. Endlich müssen wir bedenken, daß sich der Rechtsextremismus auch vom Staat emanzipieren kann und – dies sei vor allem unseren Anarchisten gesagt – der Linken gleichwohl ein tödlicher Feind ist. Nicht alles, was gegen den Staat ist bzw. was vom Staat (offiziell) bekämpft wird, verdient es nur deshalb, in die Solidarität der Linken aufgenommen zu werden.
Denn unabhängig davon, ob sich nun militanter Terror von Rechts vom Staat emanzipiert oder nicht: historische und gegenwärtige Erfahrungen beweisen, daß rechter Terror eine entscheidende Rolle für das Durchsetzung reaktionärer staatlicher Politik spielt. Soll man den reaktionären Fraktionen in Staat und Gesellschaft dieses Mittel wirklich unbefragt überlassen?

Für eine Theorie des Nazismus als politische Bewegung

Was wir in einer solchen Situation benötigen, ist eine derzeit nicht vorhandene tragfähige Theorie über den Nazismus, die nicht auf ideologiekritische, pädagogische und psychologische Erklärungsmuster beschränkt bleibt, sondern ihn als das ernst nimmt, was er zu sein beansprucht: eine **politische** Bewegung. Eine Bewegung, welche die infolge abflachender Konjunkturzyklen, technischer Neuerungen und internationaler Arbeitsteilung entstandenen sozialen Probleme wie Arbeitslosigkeit, ethnische Konflikte zwischen eingewanderten Arbeitsemigranten und "eingeborener' Bevölkerung, Steuerungsunfähigkeit des Staates, leerer Kassen und steigender Preise durch ein Programm des **Rassenkrieges** und der **Diktatur** lösen will. Abbau des Sozialstaates, Diskriminierung und Abschiebung von Ausländern, Ablösung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie durch plebiszitär gestützte, von Militär und Polizei abgeschirmte, im rechtlichen Raum unbedingt souveräne diktatorische Regimes sind das Lösungsangebot der Euronazis für das von der ökonomischen Krise heimgesuchte Westeuropa. Damit greifen sie Tendenzen und Konsequenzen bereits existierender staatlicher Politik und gesellschaftlicher Ressentiments auf, wie etwa den Fremdenhaß, die Asylantenpolitik etc., bringen sie auf ihren Begriff und denken sie zu Ende.

In diesem Zusammenhang nur von 'Faschismus' zu sprechen, wäre ebenso ungenügend wie verharmlosend: nicht nur wird damit der für den Faschismus nicht unbedingt typische Rassismus unterschlagen, sondern auch die dem Nationalsozialismus eigentümliche **überstaatliche** und **überpatriotische** Haltung.

Es ist bezeichnend, daß die nazistischen Anschläge die herkömmliche antikommunistische Solidarität aufkündigen: Anschläge gegen vor den vietnamesischen Kommunisten geflohene Chinesen, Brandsätze, die gegen Aussiedlerlager geworfen wurden zeigen, daß es um die 'Verteidigung' Westeuropas gegenüber der Dritten Welt geht. Dies zeigt sich vor allem darin, daß Rechtsextremisten sich heute in Frankreich, Spanien, Italien, ja sogar in den USA vor allem auf die internationalen SS-Divisionen der letzten Jahre des Dritten Reiches berufen und zunehmend weniger auf heimisch-traditionelle Faschismen.

Der Nazismus ist neben wohlfahrtsstaatlichen und liberal-konservativen Ansätzen ein weiteres, derzeit latentes Rezept zur Lösung gesellschaftlicher und ökonomischer Krisen im Spätkapitalismus unter besonderer Berücksichtigung der Probleme der internationalen Arbeitsteilung und der politischen Einigung des ganzen Westens bzw. seiner weißen Bewohner gegenüber der Dritten Welt inner- und außerhalb der Metropolen. Über die Tragfähigkeit dieses politischen Programms, seine Durchsetzungsfähigkeit und Chancen, insbesondere seine ökonomischen und politischen Voraussetzungen und voraussichtlichen Folgen unter den Bedingungen der heutigen Krise sollte ebenso nüchtern verhandelt werden wie seine Vertreter im gesellschaftlichen, politischen Raum unnachgiebig bekämpft werden müssen: sie sind unser aller bedingungslose Feinde.

Was dies allerdings heißen kann, ist unklar. Zu klären wäre immerhin,

- ob die Linke sich tatsächlich der Problematik von internationaler Arbeitsteilung, Arbeitsemigration und Integration von Ausländern in dem Maße zugewendet hat, wie dies angesichts des wachsenden Rassismus nötig ist. Auf den ersten Blick sieht es jedenfalls so aus, als habe man dieses Feld allein den Kirchen überlassen, die hier eine beachtliche Arbeit leisten;
- ob der Ruf nach Verbot und Polizei wirklich nur die Sache von Liberalen und orthodox-kommunistischen Gruppen bleiben soll, ob wir also in der Frage der Freiheitsrechte eine abstrakt universelle oder begründet parteiliche Position auch gegenüber dem bürgerlichen Staat vertreten sollen;
- ob die Frage nach der Hinnahme von Gewalt bzw. ihrer Kritik stets nur dann gestellt werden soll, wenn Gewalt unter Berufung auf revolutionäre Ideologien wie im Falle der RAF ausgeübt wird, ob also die Linke nicht grundsätzlich ebenso wie im Bereich der Außenpolitik so auch im Bereich des Inneren für den Frieden einzutreten hätte;
- ob das eigene, das linke Bewußtsein in den letzten Jahren rechten und reaktionären, gegenaufklärerischen Inhalten nicht bereits zu viel Tribut gezollt hat. Die pauschale Rede vom 'Faschismus in uns' verdeckt dabei mehr als sie erhellt.

Es ist schon erschreckend, daß wir uns in den ersten Stunden nach dem Münchener Anschlag nicht sicher sein konnten, daß die Täter keine Linken waren.

MICHA BRUMLIK

»Eine Neuausgabe der Schriften von Karl Korsch ist nicht rückwärtsgewandte Theoriegeschichte, sie ist ein aktueller Beitrag zur zeitgenössischen sozialistischen Diskussion.«
(Erich Gerlach)

KARL KORSCH GESAMTAUSGABE

Im Auftrag des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte, Amsterdam, und des Seminars für Wissenschaft von der Politik der Universität Hannover. In Zusammenarbeit mit Götz Langkau und Jürgen Seifert. Herausgegeben von Michael Buckmiller.
10 Bände. Zusammen etwa 4000 Seiten.
Die Bände erscheinen in Abständen von jeweils einem halben Jahr. Im Herbst 1980 werden die Bände 1 und 2 ausgeliefert. Bei Übernahme der Verpflichtung, alle Bände abzunehmen, wird ein Subskriptionspreis eingeräumt, der etwa 15% unter dem jeweiligen Verkaufspreis liegt.

Bd. 1: Recht, Geist und Kultur
556 S. Ln. 79 Mark, kt. 58 Mark.
Subskr. Preis: Ln. 68 Mark, kt. 49 Mark
Der Band mit den Schriften 1908-1918 dokumentiert nicht nur Korschs theoretische und politische Entwicklung vor seiner Hinwendung zum marxistischen Sozialismus, sondern zugleich den intellektuellen Gärungsprozeß in der jungen Generation am Anfang des Jahrhunderts.

Bd. 2: Rätebewegung u. Klassenkampf
Schriften zur Praxis der Arbeiterbewegung
701 S. Ln. 94 Mark, kt. 72 Mark
Subskr. Preis: Ln. 78 Mark, kt. 58 Mark
Neben der Entwicklung von Korschs basisdemokratischem Konzept der »industriellen Autonomie« aus der Zeit 1919-1923 bringt dieser Band erstmals den vollständigen Text von *Arbeitsrecht und Betriebsräte* sowie in einem ausführlichen Anhang die Reden des Politikers Korsch.

Europäische Verlagsanstalt

☐ Hiermit subskribiere ich die Gesamtausgabe von Karl Korsch im Umfang von 10 Bänden über die Buchhandlung

☐ Bitte senden Sie mir ausführliche Informationen über die Gesamtausgabe von Karl Korsch.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Wohnort

Datum, Unterschrift

Bitte einsenden an: Europäische Verlagsanstalt, Savignystraße 61-63, 6000 Frankfurt am Main

Mitbestimmungskonflikt bei Mannesmann

Die Linke in der Bundesrepublik hat einige Schwierigkeiten, den Angriff des Mannesmann-Konzerns auf die paritätische Montan-Mitbestimmung einzuschätzen. Stellt er einen "Generalangriff auf die Montan-Mitbestimmung unter betriebswirtschaftlichem Glockengeläut" – so IG Metall-Vorstandsmitglied R. Judith – dar? Oder ist er gar nach der Mitbestimmungsklage von 1976, dem Tabu-Katalog von 1978 und den Aussperrungspraktiken bei Drucker-, Metaller- und Stahlstreik 1978/79 ein weiterer Markstein in der Aufkündigung des "sozialen Friedens" durch die Unternehmer, ein weiteres Indiz für die sich zuspitzenden Klassenwidersprüche seit der Weltwirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre – wie dies vor allem der DKP nahestehende Genossen seit längerem voraussehen?

Wie freilich verträgt sich mit diesen Interpretationen der inzwischen in Sicht gekommene und offenbar von Mannesmann-Management, IG Metall-Vorstand, Sozial- wie Christdemokraten gleichermaßen angestrebte Kompromiß, über ein modifiziertes Sicherungsgesetz die paritätische Mitbestimmung bei der Holding Mannesmann AG zu retten? Deutet er nicht ebenso wie das rasche Einlenken der Unternehmer nach dem Mitbestimmungsurteil des Bundesverfassungsgerichtes und die trotz der 78er Streikwelle weitergehende kooperative Zusammenarbeit zwischen Staat, Kapital und Gewerkschaften bei Löhnen, Massenentlassungen/Stillegungen, Rationalisierungsmaßnahmen sowie Einführung neuer Technologien darauf hin, daß man die jahrzehntelangen "tragfähigen Grundlagen der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit" (so die einschlägige Formulierung der bürgerlichen Presse) nicht (noch nicht) zerstören will?

Um auf diese Fragen eine einigermaßen plausible Antwort zu finden und den Stellenwert des Mitbestimmungskonflikts bei Mannesmann für die weitere politisch-soziale Entwicklung der Bundesrepublik einschätzen zu können, müssen wir die Analyse auf drei Ebenen angehen:

1. Auf der **einzelwirtschaftlichen** Ebene geht es um die betriebswirtschaftlichen Rentabilitätskalküle, die Mannesmann im Kontext der internationalen Stahlkrise zur Aufkündigung der Mitbestimmung veranlaßten;
2. auf der **gesamtwirtschaftlichen** Ebene müssen wir die erkennbaren Interessen des für die wirtschaftliche Entwicklung dominanten weltmarktorientierten Kapitalblocks in den 80er Jahren und die Bedeutung von Mannesmann bzw. der Stahlbranche insgesamt innerhalb dieses Blocks identifizieren;
3. auf der **gesamtgesellschaftlichen** Ebene schließlich wollen wir klären, welchen Beitrag zur Abstützung/Stabilisierung des "Exportmodells Deutschland" die Mitbestimmung weiterhin leisten kann (soll).

Die betriebswirtschaftlichen Rentabilitätskalküle des Mannesmann-Konzerns

Mannesmann ist heute kein Montan-Unternehmen im engeren Sinne mehr. Seit Mitte der 60er Jahre wurde die Veränderung der Produktionsstruktur intensiv vorangetrieben: der Erzbergbau wurde aufgegeben, der Kohlebergbau in die Ruhrkohle-AG eingebracht und infolge einer umfassenden Arbeitsteilung der Walzstahlbereich mit Thyssen gegen dessen Röhrenwerke eingetauscht. Die eigentliche Rohstahlproduktion (rd. 40% der Gesamtproduktion) dient lediglich als Vormaterial für die Fertigung von Stahlrohren, auf die man sich Ende der 60er Jahre spezialisierte.

Daneben wurde durch Firmenaufkauf der Maschinen- und Anlagenbau zum zweiten Bein des Konzerns. Während heute nur noch rd. 44% des Umsatzes aus den Hütten- und Röhrenwerken stammt, stieg der Anteil des Maschinen- und Anlagenbaus auf rd. 30%; der nicht unbeträchtliche Rest fließt aus dem weltweit angelegten Handel. Rund 2/3 der jährlichen Röhren- und Maschinenproduktion wird exportiert – durch insgesamt 60 Niederlassungen in aller Welt zusätzlich abgesichert. Von der internationalen Stahlkrise (vgl. dazu meinen Beitrag in "links" Nr. 112/113) wurde vor allem das Röhrengeschäft betroffen. Um sich gegen den wichtigsten und immer stärker werdenden Weltmarktkonkurrenten Japan behaupten zu können, reduzierte man innerhalb der letzten 10 Jahre die Röhrenwerke von 23 auf 15, die Belegschaft dieser Werke von 40.000 auf 30.000 – bei einer gleichzeitigen Produktionssteigerung von 2,7 auf 2,9 Mio. Tonnen Stahlrohre pro Jahr. Diesen gewaltigen Modernisierungs- und Rationalisierungsschub haben IG Metall und Betriebsräte – abgefedert durch Sozialpläne und Frühverrentungsregelungen – kooperativ mitgetragen, um die auch von ihnen akzeptierte Sicherung der internationalen Konkurrenzfähigkeit nicht zu gefährden. Gleichwohl reicht er nach Auffassung des Managements noch nicht aus, die unsicheren 80er Jahre zu überstehen. Eine Rentabilitätsverbesserung der Röhrenproduktion erfordert einen neuen Rationalisierungsschub, der durch die Zusammenlegung der Hütten- und Röhrenwerke unter "einheitlicher Führung und Ergebnisverantwortung" begonnen werden soll. Dabei wird es neben der Zusammenfassung bisher getrennt wahrgenommener Aufgaben vor allem um eine weitere Konzentration der Rohstahlproduktion auf ein Blasstahlwerk mit einem jährlichen Ausstoß von 3,6 Mio. Tonnen gehen. Vermuten kann man zusätzlich, daß neben weiterem Belegschaftsabbau eine stärkere Flexibilisierung (Umsetzung/Umschulung) der Stammbelegschaft geplant ist.

Obgleich sich die Montan-Mitbestimmung bereits in der Vergangenheit als vorzügliches institutionelles Arrangement erwies, diese selektive Personalpolitik (Durchforsten der Belegschaft, Umsetzung/Umschulung, Entlassung der "schwarzen Schafe" und der Alten, Jungen, Ausländer) von Betriebsrat und IG Metall kooperativ abstützen zu lassen, hat sie doch allen montan-mitbestimmten Unternehmen im Vergleich zur übrigen Industrie zusätzliche Kosten verursacht. In einer Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institutes des DGB zum Vergleich der Beschäftigungspolitik in mitbestimmten Unternehmen und der übrigen Industrie wurde immerhin aufgezeigt, daß zumindest in den ersten Krisenjahren erstere stärker von den Instrumenten Kurzarbeit und Einstellungsstop Gebrauch machten, weniger Entlassungen vornahmen und höhere Sozialpläne bzw. Frühverrentungsregelungen gewährten. Hinzu kommt, daß Mannesmann längerfristig das zweite Bein der Produktion (Maschinen- und Anlagenbau) weiter ausbauen will, es aber zusätzlich den verschärften Konkurrenzbedingungen anpassen muß. Umso verständlicher, daß man in diesem Bereich die paritätische Mitbestimmung gegenüber der Konkurrenz als besonderen Nachteil empfindet, wie an den Worten des Vorstandsvorsitzenden Overbeck auf der diesjährigen Hauptver-

sammlung erkennbar: "Werden die Hüttenwerke in die Röhrenwerke aufgenommen, ist nach geltendem Recht statt des Montan-Mitbestimmungsgesetzes das Mitbestimmungsgesetz von 1976 auf die Mannesmann-AG anzuwenden. Mannesmann hätte dann die gleiche Form der Mitbestimmung wie die großen deutschen Wettbewerber im Maschinen- und Anlagenbau".
Unsere These geht deshalb dahin, daß das Mannesmann-Management – die zusätzlichen Rationalisierungsmaßnahmen im Röhren- und Maschinen-/Anlagen-Bereich vor Augen – seinen personalpolitischen Konkurrenznachteil gegenüber der übrigen Industrie durch den Schachzug der Eingliederung der Hütten- in die Röhren-Werke, und damit die Abschaffung der paritätischen Mitbestimmung bei der Muttergesellschaft, wettmachen wollte. Möglicherweise hat man darauf vertraut, daß die IG Metall, die bisher alle Rationalisierungsmaßnahmen gutgeheißen und sich auch bei Entlassungs-/Flexibilisierungsmaßnahmen in der übrigen Industrie recht kooperativ verhalten hatte, diese Maßnahmen "zum Wohle des Unternehmens" ohne große Konflikte hinnehmen würde.

Mannesmann und die Interessen des weltmarktorientierten Kapitalblocks

Als die IG Metall die Mannesmann-Strategie zum Anlaß einer kämpferischen Kampagne zur Verteidigung der Montan-Mitbestimmung erhob, wobei sie gegen die vorgesehenen Rationalisierungsmaßnahmen typischerweise nichts einzuwenden hat, war die Unterstützung für den Konzern von seiten der Arbeitgeberverbände (vor allem des BDI) recht lau. Man kann sogar sagen, daß der die bundesrepublikanische Ökonomie beherrschende weltmarktorientierte Kapitalblock die Mannesmänner bei ihrem Kampf ziemlich im Regen stehen ließ. Ohne hier aus Platzgründen eine tiefergehende Analyse anstellen zu können, scheinen folgende Gründe dafür bestimmend zu sein: Dieser Kapitalblock ist derzeit in einem offensiven Anpassungskurs an neue sich verschärfende internationale Konkurrenzbedingungen zur Festigung seiner Spitzenposition begriffen, setzt dabei aber offenbar auf die aktive Unterstützung durch die ebenfalls weltmarktorientierte antiprotektionistisch eingestellte deutsche Gewerkschaftsbewegung. Auch wenn heute keine Aussagen darüber möglich sind, wie lange dieser korporatistische Block noch Bestand hat, will man ihn von Unternehmerseite derzeit jedenfalls nicht gefährden oder gar sprengen.
Hinzu kommt, daß die Unternehmer nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts praktisch, wenn auch nicht programmatisch, ihren Frieden mit dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 geschlossen haben. Immerhin haben sie mit ihrer Klage erreicht, daß derzeit in der Bundesrepublik kaum eine gesellschaftliche Kraft (einschließlich der Gewerkschaften) es wagen würde, die Unterparität zugunsten der Gewerkschaften zu verändern. Außerdem können sie aus dem Urteil herauslesen, daß ihnen das letzte Entscheidungsrecht zu belassen und die Mitbestimmung der Arbeitnehmer an das Wohl des Unternehmens gebunden sei. Vermutlich war das Setzen von "Grenzpfählen" die Absicht ihrer Klage, und die Montan-Mitbestimmung gewinnt, da die Stahlbranche immer mehr schrumpft, aus ihrer Sicht allmählich den Status eines "Sonderfalls", ja sogar eines "Relikts" aus vergangenen Zeiten.
Letzteres weist auf die in den 70er Jahren endgültig vollzogene kapitalfraktionelle Kräfteverschiebung zugunsten der Wachstumsindustrie Chemie, Elektrotechnik, Maschinen-, Anlagen- und Fahrzeugbau auf Kosten der Schwerindustrien hin. Bei diesen Kräfteverhältnissen ist es folglich zu bezweifeln, ob dieser Kapitalblock gegen die Montan-Mitbestimmung noch ernsthaft kämpft. Aus seiner Sicht haben Mannesmann (oder auch Thyssen) nur dann eine Chance, aus der Montan-Mitbestimmung herauszukommen, wenn sie das eigentliche Stahlgeschäft abbauen und die Weiterverarbeitung forcieren.

Staatliche Akteure und die Montan-Mitbestimmung

Auch wenn das faktische Gewicht der Montan-Mitbestimmung innerhalb der deutschen Wirtschaft immer mehr schrumpft, ist ihr symbolischer Gehalt, ihr Faustpfandcharakter für eine weitere Demokratisierung der Wirtschaft, bei den Gewerkschaften noch fest verankert. Ihr eigenes wirtschaftsdemokratisches Selbstverständnis würde einen argen Kratzer bekommen, wenn die in den 50er Jahren hart erkämpfte paritätische Mitbestimmung allmählich verloren ginge. Damit würde zugleich **die** innergewerkschaftliche Opposition bestätigt, die den in den 50er und 60er Jahren eingeschlagenen reformistischen Weg für eine Sackgasse hält und eine stärkere antikapitalistisch-sozialistische Orientierung anstrebt. Um eine innerorganisatorische Zerreißprobe zu vermeiden, müssen die korporatistisch orientierten Gewerkschaftsführer die Montan-Mitbestimmung mit Klauen und Zähnen verteidigen – auch wenn das nicht ohne Kompromiß abgeht. Denn eines darf nicht vergessen werden: Einigt man sich tatsächlich auf eine Modifizierung des Sicherungsgesetzes von 1956, dann bedeutet das für die Gewerkschaften deshalb eine Verschlechterung der jetzigen Situation, da sie dann keinen Einfluß mehr auf die Wahl des Arbeitsdirektors nehmen können.
Die symbolische Bedeutung der Montan-Mitbestimmung für die Gewerkschaften haben wohl auch die Akteure auf der politischen Bühne in Bonn erkannt. Diese – ob sozialliberal oder sozial-konservativ – müssen die offensive Anpassungsstrategie des Kapitals innen- wie außenpolitisch absichern (vgl. Hirsch/Roth in "links" Nr. 112/113) und setzen dabei weiterhin auf die Kooperationsbereitschaft der Gewerkschaften, weil diese den "sozialen Frieden" weiterhin garantiert. Sie sind offenbar bereit, nach Beendigung des Wahlzirkus' die notwendigen gesetzlichen Grundlagen für eine Sicherung der Montan-Mitbestimmung bei Mannesmann zu schaffen. Differenzen der Parteien im einzelnen, vor allem das hartnäckige Sträuben der FDP, sollte man als die übliche Profilierungssucht in Wahlkämpfen abtun. Interessant ist, daß auch F.J. Strauß als Repräsentant einer sozialkonservativen Volkspartei offenbar den sozialen Konsens mit den Gewerkschaften nicht so leicht aufs Spiel setzen kann, wie er vielleicht **persönlich** möchte.

Fazit

Der aus einzelwirtschaftlichen Rentabilitätskalkülen des Mannesmann-Konzerns resultierende Angriff auf die Montan-Mitbestimmung bricht sich an den übergeordneten Interessen des weltmarktorientierten Kapitalblocks, der kooperationsbereiten Gewerkschaften und des Staatsapparates. Der korporatistische Block der Bundesrepublik weist zwar Widersprüche und Risse auf – bislang und wohl auch auf weiteres erweist er sich aber als stabil. Von einer Zuspitzung der Klassenwidersprüche in der Bundesrepublik mag man als Linker träumen, der Fall Mannesmann eignet sich jedoch kaum dazu, dies Wirklichkeit werden zu lassen.

JOSEF ESSER

Datenschutz im Sicherheitsbereich?

BKA-Chef Herold spricht vor einer ehrwürdigen UNO-Gesellschaft in Den Haag über "Polizeiliche Datenverarbeitung und Menschenrechte" (veröffentlicht im SPD-Blatt "Recht und Politik" 2/80, S. 79 ff.). Nicht mehr von polizeilichen "Erkennungsprivilegien" und polizeilichen "Therapien der Gesellschaft" ist die Rede, sondern von der Polizei als einem möglichen "menschenrechtsgefährdenden Unterdrückungsapparat" und von der Aufgabe der "Informationsgewaltenteilung", denn "die Gefahren des 'großen Bruders' sind nicht mehr bloß Literatur."

Der für Bonner Datenschutzpläne zuständige Staatssekretär Schoeler berichtet von einer "Strategie des Bundesministers des Innern zur Festigung des Datenschutzes im Sicherheitsbereich" (BT-Prot. 8/15665). "An die Stelle des Primats der Verwaltungseffizienz ist der Primat des Datenschutzes getreten", preist Schoeler sein neues Meldegesetz, ein "Stück Datenschutzgeschichte in der BRD" (Öffentliche Verwaltung und Datenverarbeitung, Heft 1-2/80, S. 5). Innenminister Baums liberale Partei fordert eine Verfassungsänderung; diesmal nicht den Abbau, sondern die Erweiterung der individuellen und institutionellen Freiheitsgarantien, die Einführung eines "Datenschutz-Grundrechts".
All das klingt nach zumindest klimatischer Verbesserung des Datenschutzes im Sicherheitsbereich. Oder zerredet man nur geschickter, was gleichbleibend schlecht geblieben ist? Gibt es Anzeichen dafür, daß die Hinwendung zum totalen Überwachungsstaat mittels computerunterstützter Informationstechnologie gestoppt ist? Die Entwicklung des Datenschutzes im Sicherheitsbereich weist einen anderen Weg. Die nachstehenden Ausführungen werden zeigen, daß es nicht das Problem 'Überwachungsstaat, ja oder nein' ist, was bewältigt werden will. Das Problem der inneren Verwaltung besteht vielmehr darin, daß einerseits auf Seiten der Exekutive ein Datenchaos zu entstehen droht – schon aus Effektivitäts-

gründen ist eine Datenverarbeitungs-Rationalisierung nötig –, und daß andererseits auf der Betroffenenseite die Angst vor der totalen Überwachung das nötige "Mitmachen" der Bürger nicht gefährden darf. Die eingeschlagenen Lösungswege bestehen in der Selbstdosierung des Informationstechnologieeinsatzes und in der Selbstlegitimierung der Informationseingriffe der Verwaltung. Beides läßt sich auf dem Wege der Verrechtlichung der Sicherheitsbehörden, vor allem was ihr informationelles Handeln betrifft, erreichen. Die Verwaltung weiß dann, was sie darf – und das ist nicht wenig, aber doch noch übersehbar – und tut dies umso ungehemmter. Der konforme Bürger nimmt dankbar sein "Recht, allein gelassen zu werden" entgegen und richtet sich in seinen exakt abgemessenen Privatnischen ein. Die Legalisierung der Informationseingriffe befreit diese, sich aktuell, vor Ort und "am Mann" legitimieren zu müssen. Darin besteht die Legitimationsprämie der Legalität.

Ich greife im folgenden bewußt vor allem solche Sachverhalte heraus, die **nicht** als Datenschutzdefizite auf der Hand liegen – davon gibt es genug und auch offiziell eingestanden –, sondern die im Gegenteil als Errungenschaften des Datenschutzes im Sicherheitsbereich gefeiert werden. Dabei geraten zwangsläufig verkündete Gesetze in den Vordergrund; "auf dem Tisch" Liegendes, "in der Schublade" Befindliches und "hausintern" Diskutiertes – soweit überhaupt bekannt – bleibt weitgehend unberücksichtigt.

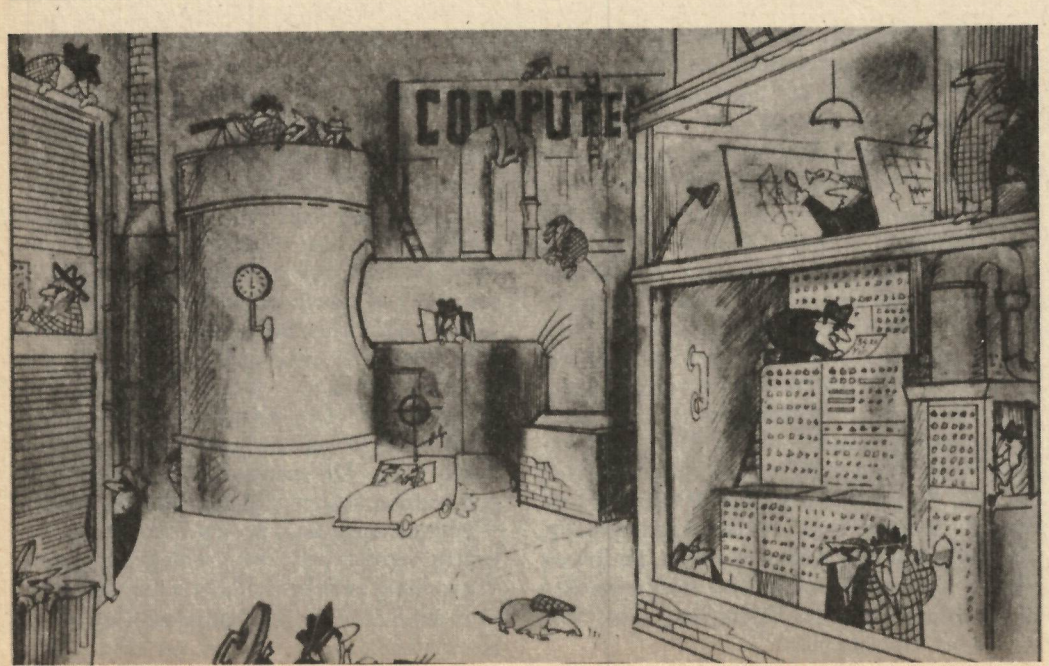
1. Vor wenigen Wochen, am 16.8.80, wurde das jahrelang umkämpfte **"Melderechtsrahmengesetz"** verkündet. Obwohl mit Begrenzung für die Datenkontingente, mit Meldegeheimnis und Auskunftssperren für die Privatwirtschaft versehen, hat es dennoch mit § 18 Abs. 3 ein großes Einfallstor für den Sicherheitsbereich installiert: Die Sicherheitsbehörden erhalten alle Daten, und zwar ohne "Erforderlichkeitsprüfung" seitens der Meldebehörden. Das ist ein rechtsstaatliches Novum. Dieser Umstand, daß – um es juristisch auszudrücken – eine Behörde bei ihrem informationellen Eingriff in das durch Art. 1 und 2 Grundgesetz geschützte Persönlichkeitsrecht des Bürgers von der Rechtmäßigkeitsprüfung suspendiert wird, soll kompensiert werden durch eine "Protokollierungspflicht" hinsichtlich dieses Datentransfers. Die "Rechtmäßigkeitsherstellung" wird also verschoben auf einen Zeitpunkt, wo der Bürger sich z.B. vor Gericht gegen den Datentransfer wehrt. Der Eingriff wird von Bedenken entlastet und Bedenkenswertes zerfließt in das routinierte Wegprotokollieren.

2. Die Behörden der Sozialversicherung haben z.Zt. die meisten und zudem sensibelsten Daten. Am 26.8.80 wurde in einem Ergänzungsgesetz zum **Sozialgesetzbuch** das ebenfalls lang umstrittene **"Sozialgeheimnis"** gesetzlich fixiert. Auch hier aber wird der Sicherheitsbereich wieder ausdrücklich privilegiert (§§ 72f.). Im Gegensatz zu anderen Behörden erhalten die Sicherheitsbehörden (Polizei, Geheimdienste, Staatsanwaltschaft etc.) jederzeit Daten über alle vergangenen Wohnungen des Betroffenen und über alle Arbeitgeber, bei denen er je arbeitete. Damit steht der Polizei ein ganz schneller Zugriff auf die wichtigsten "privaten" Informationssammel- und -verteilungsstellen offen. Aber auch an "heiße Daten" (z.B. Befund, Arzt, Gebißformel) der Sozialversicherungsträger kommt die Polizei heran, wenn sie einen Richter dies anordnen läßt. Der hat nur zu prüfen, ob die Datenübermittlung/Einsichtnahme im Rahmen der "Verbrechensaufklärung" stattfindet. Der Staatssekretär nennt dieses Erfordernis einer richterlichen Anordnung "das Hochziehen von Verantwortung" (Bulletin v. 8.7.80). Tatsächlich jedoch wird hier ein neuer Informationskanal mit guter Legalitätsabstützung aufgetan. Es ist gut, daß ein Richter eingeschaltet wird, aber die inhaltlichen Voraussetzungen sind derart unpräzise und bleiben derart hinter den rechtlichen Voraussetzungen einer Beschlagnahme zurück, daß kaum ein Richter jemals negativ entscheiden dürfte. Denn daß eine Sicherheitsbehörde unfähig ist, für ihre Maßnahmen einen Zweckkontext "Verbrechensaufklärung" (und sei es nur symbolisch) herzustellen und/oder darzustellen, ist schwer vorstellbar.

3. Das am 6.3.80 verabschiedete Änderungsgesetz zum **"Personalausweisgesetz"** beschert den deutschen Bundesbürgern ab 1.10.81 eine Plastikfolie mit eingeschweißter Verwaltungsidentität. Als Grund für die Einführung des neuen Personalausweises wurde die enorme Mobilität der Terroristen genannt, die mit Hilfe gefälschter Ausweise immer wieder entkamen. Das Urteilsvermögen des deutschen "Solidar-Demokraten" wird herzensweich bei solch Zweckbehauptungen/behaupteten Zwecken. Übersehen wurde aber, daß man sich jederzeit gefälschte Ausweise aus dem Ausland und weiterhin leicht fälschbare und "beschaffbare" sog. "vorläufige Ausweise" bei bundesrepublikanischen Einwohnermeldebehörden beschaffen kann. Übersehen wurde vor allem, daß die neuen Personalkarten wegen ihrer Maschinenlesbarkeit eingeführt werden sollen. Sehr spät erst hatte man dann einige Datenschutzbestimmungen in das Gesetz eingeführt, die verhindern sollten, daß unter der Hand die Exekutive sich ein perfektes allgemeines "Personenkennzeichen" einschließlich eines vereinheitlichten Datenträgers verschaffen könnte. Solch ein "Ding" wäre nämlich ein Universalschlüssel für alle personenbezogenen Staats- und Wirtschaftsdateien in der Hand jener, die die vorgängige Macht haben, die Vorlage/das Einschieben etc. der Personenkarte zu verlangen. Ob jene Datenschutzbestimmungen das tatsächlich verhindert haben, bezweifeln manche. Unzweifelhaft aber ist, daß der **Sicherheits- und Ordnungsbereich** die maschinelle Lesbarkeit nach Belieben nutzen kann: "Der Personalausweis darf nicht zur automatischen Erschließung (aber Errichtung! JS) von Dateien verwendet werden. Dies gilt nicht für Dateien, die für Zwecke der Grenzkontrolle und der Fahndung aus Gründen der Strafverfolgung und der Gefahrenabwehr durch die hierfür zuständigen Behörden betrieben werden." (§ 3 Abs. 5). Auf den ersten Blick wird hier nur die zentrale Informationsverfügbarkeit erhöht. Wenn aber schon jetzt 12.000 Datenendstationen bestellt worden sind, neuerdings ganze Stadtteile, Bahnhöfe, Demonstrationen etc. "abgeglichen" werden dürfen, und wenn man berücksichtigt, daß die Polizisten nicht nur Informationen über die angeschuldigte Tat, sondern zugleich handfeste Befehle wie z.B. "Festnahme, Schußwaffengebrauch, gemeingefährlich" übermittelt bekommen, so muß man Schlimmstes befürchten.

Die Presse feierte, mit diesem Gesetz sei der sog. Sperrvermerk abgeschafft worden (Ein Sperrvermerk registrierte bisher ein sichtbares Ausreiseverbot im Ausweis, z.B. für flüchtige Alimente-Schuldner). Sie hat übersehen, daß nun weit mehr Daten auf dem Ausweis enthalten sind als vorher – nicht mehr sichtbar mit dem bloßen Auge, dafür aber mittelbar und perfekter durch die sog. Lesepistole, welche den Computer anschließt. Schoeler sagt zu diesen Datenschutzbestimmungen: "Sie sind beispielhaft und setzten Maßstäbe für die künftige Rechtsentwicklung des bereichsspezifischen Datenschutzes." Wohlgemerkt, dies ist kein subjektiver Sarkasmus. Schoeler sagte dies in Wahlkampfstimmung, als Jung-Karrierist, der gezielt auf modische Datenschutzvarianten setzt und als Mitglied einer Partei, die tatsächlich unter den Bonner Großparteien die relativ datenschutz-progressivste ist.

4. Am 2.3.80 wurde das **"Bundesstatistikgesetz"** beschlossen. Da auch hier eine Unmenge von Daten erhoben werden, war eine Schutzklausel erforderlich. Diese ist nun, ohne eine Ausnahme für die Sicherheitsbehörden zu machen, eindeutig zugunsten des Bürgers ausgefallen. Persönliche, d.h. identifizierbare Daten dürfen an niemanden weitergegeben werden. Anders hingegen ist es bei den aggregierten, also statistischen Daten; auf die Kenntnisnahme dieser hat jeder ein Recht. Ist hier endlich



"Datenschutz im Sicherheitsbereich" hergestellt? Obwohl es so z.T. verkauft wird, ist die Frage bereits falsch gestellt. Denn die Polizei hat an den persönlichen Daten kaum Interesse. Aus einem einfachen Grund. Der befragte Bevölkerungssample ist zwar eventuell repräsentativ, aber nicht flächendeckend oder sonstwie vorgängig so vereinheitlicht, daß mehr als bloß statistische Stichprobengruppen in den Unterlagen erscheinen. Daraus folgt: Zu Fahndungszwecken sind diese Datenbanken völlig nutzlos. Etwas anderes gilt für die statistischen Daten. Herolds zukünftige Einsatzfelder der EDV sind ja vor allem die Perfektionierung des sog. "Sachbeweises" mit Hilfe von umfassenden Analyse- und Speicherungsinstrumenten und die Effektivierung der Kriminalsoziologie zwecks Herstellung umfassender "Kriminalgeografien". Solche spezifischen und örtlich fixierten Kriminaldichten und statistisch prognostizierbaren Kriminallebensläufe benötigen so viel Daten wie möglich; diese können auch anonymisiert sein. Dann lassen sich vorbeugende wie repressive Maßnahmen ("hier wird/muß er sein – das ist statistisch nachgewiesen") wie kontrafaktische Handlungen ("der lügt ja doch – das ist statistisch nachgewiesen") neu rechtfertigen – eine statistische Art polizeilicher Definitionsmacht. Jedenfalls dürfte klar geworden sein, daß auch das Statistikgesetz kein Anlaß für Datenschutzjubel ist.

5. Die Fülle von Daten beim BKA wird von Juristen insbesondere mit dem Hinweis kritisiert, daß das BKA nur überregional relevante Daten speichern dürfe und sich nicht – wie der "Zentrale Personenindex" (ZPI) es vorbereitet – zum Superzugriffspool der Länder entwickeln dürfe. Diese "Schwachstelle" im **BKA-Gesetz** soll ganz einfach nun ausgemerzt werden. Die Innenministerkonferenz (IMK) beauftragte am 29.8.78 das BKA mit der Erstellung neuer Richtlinien für INPOL, die die bestehenden Möglichkeiten extensiv ausreizen sollen. "Form, Art und Weise der auszutauschenden Daten" werden präzise bestimmt.

6. Was mit dem Legalitätsdefizit der **"beobachtenden Fahndung"** (BeFa) zu geschehen hat, ist derzeit noch unklar. Das kann und wird nicht lange so bleiben, zumal z.B. im Oktober 1979 allein 5.500 Personen davon betroffen waren. Noch freilich sorgen diverse juristische Streitigkeiten für Verwirrung, wobei sich die Polizei allerdings ein für sie günstiges Oberverwaltungsgerichtsurteil erstreiten konnte. Das Problem ist folgendes: Jede in Rechte eingreifende (hier: Persönlichkeitsrecht) polizeiliche oder sicherheitsbehördliche Maßnahme muß von einer Aufgabennorm (allgemeiner Zweck) **und** von einer Befugnisnorm (spezielles Mittel) gedeckt sein. Geschieht BeFa zur Strafverfolgung, fehlt ihr die entsprechende strafprozessuale Befugnisnorm. Ist aber "präventive Gefahrenabwehr" der Zweck – wie meist – so mangelt es an der unmittelbaren, konkreten Gefahr, was aber von der polizeilichen Generalklausel vorgeschrieben ist. Hinter diesem juristischen Netzwerk verbirgt sich ein einfacher Gedanke: Gewalt muß für den Bürger kalkulierbar sein. Erstaunlich ist übrigens, daß ein "konstruktiver" Legalitätsvorschlag zur Lösung dieses Problems ausgerechnet von durchwegs progressiven Professoren in § 11 ihres Alternativvorschlags zum Polizeigesetz vorgelegt wird. Weniger erstaunt, daß dieses Legalisierungsprogramm bezüglich BeFa inzwischen von den Verfassern des amtlichen Musterentwurfs übernommen wird (vgl. Riegel, Juristenzeitung 1980, S. 226).

7. Kopfzerbrechen bereitet der Polizei eine Bestimmung in den Datenschutzgesetzen (z.B. § 9 Abs. 2 BDSG), nach der eine staatliche Stelle, die Daten erhebt und speichert, den Betroffenen auf die gesetzliche Grundlage hinzuweisen hat. BeFa wäre undenkbar, würde man sich daran halten. Hier sollen die im Frühjahr dieses Jahres von Baum bekanntgegebenen **"Richtlinien** für die Errichtung und Führung von Dateien über personenbezogene Daten beim BKA" Kompensationsmöglichkeiten schaffen. Personen, von denen man über ein Jahr lang Daten gespeichert hat, ohne daß ein konkretes Ermittlungsverfahren gegen sie läuft, werden von der Speicherung **benachrichtigt**, es sei denn (!), daß "der mit der Speicherung gefährdete Zweck gefährdet würde". Auch der hier eingeräumte Anspruch auf **Auskunft** geht nur soweit, als "das öffentliche Interesse an der Geheimhaltung nicht überwiegt". Ein erstes Zwischenergebnis liegt vor (vgl. SZ v. 28.8.80): Seit dem Frühjahr gingen 1.600 Ersuchen beim BKA ein, 800 wurden davon bearbeitet, bei 730 davon gab es keine Erkenntnisse, in 50 Fällen wurde Auskunft erteilt und in 20 Fällen wurde Auskunft aus Sicherheitsgründen verweigert. In den Richtlinien ist auch enthalten, daß das BKA allgemeine Beschreibungen der personenbezogenen Dateien veröffentlichen muß und im Falle von Verbunddaten die Zustimmung des Innenministers benötigt. Insgesamt aber hält z.B. der Berliner Prof. Schwan – in Datenschutzjuristen-Kreisen als überaus liberal und betont rechtsstaatlich bekannt – die Richtlinien für "eine zusätzliche und weitere, ja lebensbedrohende Gefährdung des Rechtsstaates" (demnächst in: Demokratie und Recht, Heft 4/80), weil sie nämlich qua Exekutiv-Anordnung etwas zu rechtfertigen und zu entproblematisieren sucht, was aus rechtsstaatlichen Gründen in dieser Weise sich verbietet.

8. Die verschiedensten Datenübermittlungen einschließlich Rechner/Rechner-Verbundsysteme wurden häufig mit **"Amtshilfe"** gerechtfertigt. Dieses Institut degenerierte zur Figur der "Einheit der Staatsgewalt" ohne gewaltenhemmende Binnengrenzen und erfüllte so seine Legitimationsfunktion nur noch schwach. Sie wurde zu oft für zu viel mißbraucht. Baum versprach eine Neuregelung und beauftragte 6 Professoren mit entsprechenden Gutachten. Seit Februar dieses Jahres liegen diese vor, allerdings unveröffentlicht. Immerhin hat man angeblich inzwischen den unmittelbaren Informationsverbund zwischen dem Bundeskriminalamt und dem Bundesverfassungsschutz aufgelöst. Ein wesentliches Moment künftiger Amtshilferegelung dürfte die Beschränkung auf Ersuchen im Einzelfall sein, was nicht heißt, daß nur eine Information über eine Person übermittelt werden darf, sondern nur bedeutet, daß man sich auf den "einzelnen" besonderen Anlaß beziehen muß. Auch hier also steht bei der Reformierung das Ziel der Funktionstüchtigkeit der Verwaltung und der Abbau von diffusen Aufgabenüberwucherungen im Vordergrund, nicht aber die Freiheit des Bürgers.

9. Bekannt ist weiterhin, daß die so umstrittene **Rasterfahndung** speziell legalisiert und daß der **grenzüberschreitende Datentransfer** flüssig gemacht und geordnet werden soll. Eine riesige "Datenlawine" kommt mit den **"neuen Medien"** (insbesondere Kabelfernsehen) auf uns zu.

Diese Problembereiche ließen sich zahlreich erweitern. Stets stößt man auf das gleiche Regelungsphänomen: Präzisierung, Legalisierung und ein Wieder-In-Funktionsgerechte-Ordnung-Bringen des sicherheitsbehördlichen Informationshandelns wird für Datenschutz ausgegeben. Die Gefährdung der Kommunikationsfreiheiten des Bürgers durch die neuen technischen Medien, durch die neuartigen Zugriffs- und Rastermöglichkeiten und auch durch die "Freisetzung" neuer kriminalpolitischer Zwecksetzungen bleibt unberücksichtigt (man kann auch lesen: in selektiv-negatorischer Weise berücksichtigt).

Könnte das von der FDP geforderte "Datenschutzgrundrecht" im Grundgesetz neue Argumentations- und Legitimierungsgrundlagen für Forderungen nach einem effektiveren Datenschutz bringen? Der dann verfassungsrechtlich geweihte Datenschutz mag sich zwar in Reden, Aufsätzen etc. dann noch schöner kleiden. Es besteht aber die Gefahr, daß es hierbei bleibt, daß nur das normative Gefasel perfektioniert wird, daß die berühmten Ausnahmen vom Datenschutz nur noch das königliche Argument vom "Gesetzesvorbehalt" erhalten, daß das schöne Prinzip blendet und die Realität der staatlichen Informationsstruktur im Dunkeln bleibt. Ohnehin ist ja inhaltlich gesehen das Datenschutzgrundrecht längst in den anderen Selbstbestimmungsgrundrechten des Grundgesetzes enthalten. Es scheint, als ob die plakative Wirkung der Verfassung mißbraucht werden soll, zugunsten einer bauschigen Ablenkung von den immensen Datenschutzdefiziten. **JÜRGEN STAHLBERG**

Wie die Konsumgesellschaft Bedürfnisse erzeugt, ohne sie je befriedigen zu können.

Fred Hirsch
Die sozialen Grenzen des Wachstums
Eine ökonomische Analyse der Wachstumskrise
Deutsch von Udo Rennert
318 Seiten. Kart. DM 26,–

Der Wirtschaftswissenschaftler Fred Hirsch stellt die Grundannahme aller Schüler von Keynes radikal in Frage: Ohne Wachstum keine soziale Gerechtigkeit. Noch ganz von Keynes beherrscht, kämpfen Politiker, Gewerkschafter, Wirtschaft und die Wirtschaftspublizistik um dieses Wachstum und schlagen die Warnung aller Wachstumskritiker vor den «Grenzen des Wachstums» in den Wind.

Er hat mit diesem Buch nichts Geringeres vorgelegt als die ökonomische Begründung für die Unmöglichkeit der Wachstumspolitik, ihr vorgegebenes zentrales soziales Ziel zu erreichen: Statt gleichen Wohlstand für alle und mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen, hat die Wachstumspolitik die bestehenden Ungleichheiten zwischen Arm und Reich eher verschärft.

Rowohlt

Sicherheitspolitik?

Anmerkungen zu Hindernissen

In der "links" soll über längere Zeit hinweg eine sicherheitspolitische Debatte geführt werden. Der "Nachrüstungsbeschluß" in der Mittelstreckenbewaffnung, die offene Zurschaustellung militärischer Rituale in militaristischer Absicht, zunehmende internationale Spannungen sowie lokale kriegerische Auseinandersetzungen, die die Potenz eines globalen Weltbrandes in sich tragen können, haben die Öffentlichkeit verschreckt. Und dies vor allem auch auf dem Hintergrund massiver ökonomischer Krisenerscheinungen. Auch die Linke, bisher aus verständlichen Gründen Fragen der Sicherheitspolitik gegenüber eher akademisch distanziert oder ihr prinzipiell pazifistisch gesonnen, sucht ein neues Verhältnis zu diesen Fragen, um entsprechend ihrem politischen Gewicht in emanzipatorischer Absicht eingreifen zu können. Das Ziel ist klar: traditionell wie aktuell wehren wir uns gegen jegliche Form staatlicher Gewaltausübung, sei sie nun nach innen oder außen gerichtet. Was das äußere Gewaltpotential angeht, das heute nicht nur Tod und Verderben ohne Unterschied aussenden soll, sondern auch die gesamte Gattung zu vernichten vermag, sehen wir – Utopie hin, Utopie her – in der völligen Entwaffnung der staatlichen Levianthane die einzig sinnvolle und zu rechtfertigende Haltung.

Warum wir trotz dieser Haltung eine Debatte zu führen gewillt sind, die ihren Ausgang in einer immanenten Kritik der gegenwärtigen militärischen Doktrine nimmt und deshalb vorläufig darauf verzichten, unsere grundsätzlich antimilitaristische Haltung in einer plakativen Weise zu demonstrieren, erklärt sich aus den in der herrschenden "Sicherheitspolitik" bestehenden Widersprüchen. Wir meinen, daß die organisierten Vernichtungspotentiale so irrational sind, daß sie sogar ihre behauptete politische Zweckbestimmung längst negativ überzogen haben. Indem wir uns auf die Logik militärtheoretischer und strategischer Debatten einlassen, darin unsere Kompetenz inhaltlich ausweisen und so auch solche Adressaten konfrontieren, die sich nicht einmal zur Linken zählen müssen, hoffen wir das Interesse an dieser sonsthin verdrängten Frage zu verbreiten. Gleichzeitig wollen wir aber niemanden betrügen und ihm falsche Möglichkeiten auf der Basis des herrschenden Systems vorspiegeln, wenn wir die herrschenden militärischen Konzeptionen in der Absicht ihrer Abschaffung analysieren und kritisieren. Deshalb wollen wir auch einen Schritt auf solches militärpolitisches Terrain wagen, dem wir uns bislang prinzipiell antimilitärisch verschlossen haben: nämlich militärpolitische Konzeptionen diskutierend öffentlich machen, deren Logik letzthin auf die Auflösung des industriellen Militarismus zielt, ohne aber auf eine gänzliche Entwaffnung zu zielen. Damit ist eine Berührung mit solchen Vorstellungen möglich, deren bloße Form bereits für Angriffshandlungen nicht denkbar sind. Wir werden also auch auf Konzeptionen hindiskutieren, die ihrer militärischen Natur nach defensiv sind und nicht nur bloß als solche ausgegeben werden, weil die Herrschenden sie so zu etikettieren belieben. Ob solche zu diskutierende Defensivstrategien noch im Rahmen des bestehenden Systems denkbar sind, ist freilich eine andere Frage. Aber eine Diskussion, die solche Fragen aufwirft und sie zu Ende zu denken bestrebt ist, erhebt auch den Anspruch politisch im Sinne realer Einwirkung zu sein. Das wollen wir mit unserer Diskussion erreichen.

"links"-Redaktion

Zum gesellschaftspolitischen Umfeld einer neuen Sicherheitsdiskussion

Das Thema Sicherheit ist stärker als andere gesellschaftliche Bereiche politisch besetzt, d.h. daß vorgegebene Kompetenzstrukturen hier viel weniger als in anderen Bereichen (beispielsweise Bildung) in Frage gestellt werden. Ebenso geben die politischen Entscheidungsträger sehr viel weniger Einblick in Entscheidungsverfahren (Geheimhaltung) oder öffnen sich für Anstöße von außen, also von außerhalb des militärisch-sicherheitspolitischen Apparats. Ich denke, daß dieser Sachverhalt damit zu tun hat, daß es sich bei den Sicherheitsfragen um das Herzstück staatlicher Politik handelt, nämlich um das legitimatorisch nicht zu befragende staatliche Gewaltmonopol.

So wird Befürwortern von Abrüstung oder Kontrolle von Rüstung im eigentlichen Sinn, die all das, was bisher unter diesem Namen offiziell lief, für unzureichend oder irreführend halten, politische Verantwortungslosigkeit im Sinne der Systemgefährdung nachgesagt. Dahinter steht die Vorstellung, daß jede Form tatsächlicher Abrüstung, d.h. Verringerung des verfügbaren Zerstörungspotentials einer machtpolitischen Bloßstellung gleichkäme, die wie automatisch gewalttätiges Handeln der Gegnerseite auf sich ziehen müßte. Während also die Kalkulation mit Gewalt in der internationalen Politik als verantwortlich gilt, wird der Bruch mit dieser Kalkulation bestenfalls als Ausdruck purer Gesinnungsethik, die die Folgen ihrer Praxis nicht überschaut, angesehen.

Diese Haltung, die gegen die Abrüstungsbefürworter zum Ausdruck kommt, ist nicht einfach willkürlich oder beliebig. Sie entspricht vielmehr zu einem großen Teil der alltäglichen Praxis im innergesellschaftlichen Handeln, im Westen wie im Osten. Die Androhung von Gewalt für den Fall abweichenden Verhaltens ist in seinen vielfältigen Ausdrucksformen geradezu alltäglich. Darauf beruht das Funktionieren des Systems.

Auch die Bedeutung der Drohpolitik in zwischenstaatlichen Beziehungen wäre auch heute noch weitgehend unangefochten, wenn nicht auf der Seite der Drohmittel – seit der Erfindung und ständigen Verfeinerung nuklearer Zerstörungspotentiale – solche Gewaltdimensionen erreicht worden wären, daß zunächst einmal die Mittelzweckbeziehung, auf der die Glaubwürdigkeit des tatsächlichen Vollzugs beruht, unmöglich schien. Diese Unglaubwürdigkeit, in die eine politische Bestimmung von Kriegszielen mit Hilfe nuklearer Gewaltmittel geriet, brachte die Konzeption der **Abschreckung** hervor. Abschreckungspolitik versucht, das überkommene drohpolitische zwischenstaatliche Handeln auch angesichts der historisch beispiellosen Zerstörungsmittel zu legitimieren, versucht, diese beispielslosen Mittel als durchaus politisch zähmbar darzustellen. Dabei wird an alltäglich Vertrautes angeknüpft, zumal Abschreckung dem Wortklang nach bloße Verteidigung signalisiert. Dies wird noch dadurch verkompliziert, daß strategische Diskussionen im Banne der Abschreckungspolitik, wie sie vor allem aus den westlichen, besonders dem amerikanischen Umkreis bekannt wurden, sich auf der Unterscheidung von politischen gegenüber militärisch einsetzbaren Waffen gründen. D.h., das Wesen der alten Drohpolitik, in der eine politische Drohung durch die prinzipiell einsetzbare militärische Waffe durchgesetzt werden sollte, wird auseinander dividiert. Waffen wurden nunmehr in solche unterschieden, die allein der Drohung mit Vergeltung dienen, und jene, die durchaus militärisch einsetzbar betrachtet und auch eingesetzt wurden. Das systematische Paradoxon einer solchen Unterscheidung wurde durch die neue amerikanische Präsidentenrichtlinie PD 59 vom August 1980 auch in einem praktisch handhabbaren Sinn zugunsten der unmittelbar militärischen Nutzung auch der nuklearen Waffen gewichtet: Ein strategischer Krieg (d.h. ein Krieg zwischen den beiden Großmächten selbst) mit atomaren Waffen gilt seit dieser Richtlinie auch offiziell von US-amerikanischer Seite als führbar, weil er räumlich und in bezug auf eingesetzte Zerstörungsvolumen als begrenzbar, also durch politische Kalküle kontrollierbar angesehen wird. Diese Präsidentenrichtlinie beendet die mystifizierende Unterscheidung zwischen politischer und militärisch einsetzbarer Waffen, die in dieser Weise von der Sowjetführung nie vertreten wurde. Nuklearwaffen sind also nicht nur für Drohpolitik, sondern auch für einen vermeintlich kalkulierbaren Einsatz da.

Damit ist es sogar immanent unmöglich geworden, noch unbefangen mit Begriffen wie "rein defensives Sicherheitssystem" zu argumentieren.

Uns geht es vorläufig um sicherheitspolitische Alternativen zur Abschreckungspolitik. Denn Abschreckung ist weder ökonomisch noch politisch – sogar im Rahmen des herrschenden Systems – zu verantworten; vor allem bezogen auf ihr erklärtes Ziel: die Verhütung eines neuen Weltkriegs, hat sie sich letztlich durch Carters Präsidentenrichtlinie 59 auch offen unglaubwürdig gemacht. In einer alternativen Sicherheitskonzeption jedoch soll an einer **Verteidigungsfähigkeit** im engeren Sinn festgehalten werden, in der langfristig **Abrüstung** angestrebt wird. Denn ob wir wollen oder nicht: Solange Verteidigung in einem Zusammenhang mit dem staatlichen Gewaltmonopol gebracht wird – und es deutet nichts auf eine Schwächung nationalstaatlicher Organisation oder des staatlichen Gewaltmonopols hin – wird sich eine Verteidigungskonzeption auch (allerdings nicht ausschließlich) auf die entsprechenden Dimensionen und Ebenen des staatlichen Gewaltmonopols in seiner Gestaltung von Verteidigungspolitik zu beziehen haben: auf Strategie, Struktur und Organisation der bewaffneten Kräfte, auf die Waffensysteme.

Es gilt also auf allen drei Ebenen eine Konzeption zu finden, die dem subjektiven, wenn auch falsch verstandenen Widerstandswillen unserer Gesellschaftsmitglieder Ausdruck verleiht, zugleich aber in Form und Inhalt

möglichst unmißverständlich eigene Angriffsabsichten ausschließt. Das bedeutet den Bruch mit einer als Sicherheits- und Verteidigungspolitik ausgegebenen Drohpolitik, wie sie Kern des Abschreckungssystems ist. Zuvor gilt es aber, den Hintergrund für die alternativen Konzeptionen zu schildern, nämlich die geltende Doktrin: die Politik der "Abschrekkung".

Im Banne der Abschreckungspolitik

Jede Kritik der Abschreckungspolitik mit dem praktischen Versuch ihrer Überwindung sollte nicht verkennen, daß im **Rahmen** der Abschreckung sich aufs schärfste bekämpfende Lehren vertreten worden sind und werden. So ist die jetzt gültige Richtlinie 59 ein Sieg jener Lehre, die schon in den frühen 60er Jahren Abschreckungspolitik auf die Bedrohung gegnerischer Waffenarsenale, nicht aber auf Bevölkerungszentren verpflichten wollte. Der Durchbruch dieser Lehre, die ehedem durchaus eine Minderheitsposition darstellte, hat seine materielle Basis in der nun zur Serienproduktion bereitgemachten Entwicklung neuer Waffensysteme, die treffsicherer und "handhabbarer" sind.

Abschreckungsdoktrinen entwickelten sich entlang den politischen Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis. Sie wurden überhaupt erst entwickelt, als die Sowjetunion eigene Atombomben gezündet hatte. Und solange die Sowjetunion nur eine schwachentwickeltes atomares Zerstörungspotential hatte, galt ab etwa 1954 die Doktrin der massiven Vergeltung. Bezogen auf Szenarien des Kriegsanlasses und des Kriegsschauplatzes waren Sowjetunion und USA sowie der europäische Raum gemeinsam gemeint. Seit Anfang der 60er Jahre wurde diese Doktrin amerikanischerseits von der Doktrin "garantiert wechselseitiger Zerstörung" abgelöst, die von den Strategen in beispiellosem Zynismus in den entsprechenden englischen Initialen MAD als "wahnsinnig" bezeichnet wurde. Diese Doktrin entstand aufgrund einer waffen-technologisch sogenannten gesicherten Zweitschlagskapazität, d.h. der Fähigkeit sowohl der Sowjetunion wie der USA, nach einem etwaigen Angriff noch genügend Zerstörungsmittel zur endgültigen Vernichtung des jeweiligen Gegners einsetzen zu können. Innerhalb dieser gültigen Doktrin gab es wiederum rivalisierende Auffassungen, die sich auf die Zielbestimmung im gegnerischen Lager bezogen: Sollten die Bevölkerung (counter value) oder militärische Ziele (counter force) nuklear bedroht werden? Die zweite Auffassung (die gern als humanitärere angeboten wird) ist aus ihrer ehemaligen Minderheitsstellung heraus mit ersten offiziellen Zugeständnissen unter dem damaligen Verteidigungsminister Schlesinger heute zur Hauptposition unter Präsident Carter geworden.

Die Doktrin des "Wahnsinns" bezog sich bald nur noch auf die Hauptgegner USA und Sowjetunion, d.h. auf die in ihrer Sicht "strategische" Bewaffnung, während das Gebiet Europa schon seit Ende der 50er Jahre, und dann offiziell seit 1967 von der Unterdoktrin der "flexiblen Antwort" abgedeckt wurde. Dieser Doktrin zufolge drohte der Westen damit, auf jedweden konventionellen Angriff des Osten prinzipiell mit einem atomaren Gegenschlag zu "antworten". Waffentechnisch geht diese gebietsspezifische Doktrin mit der

"Détente"

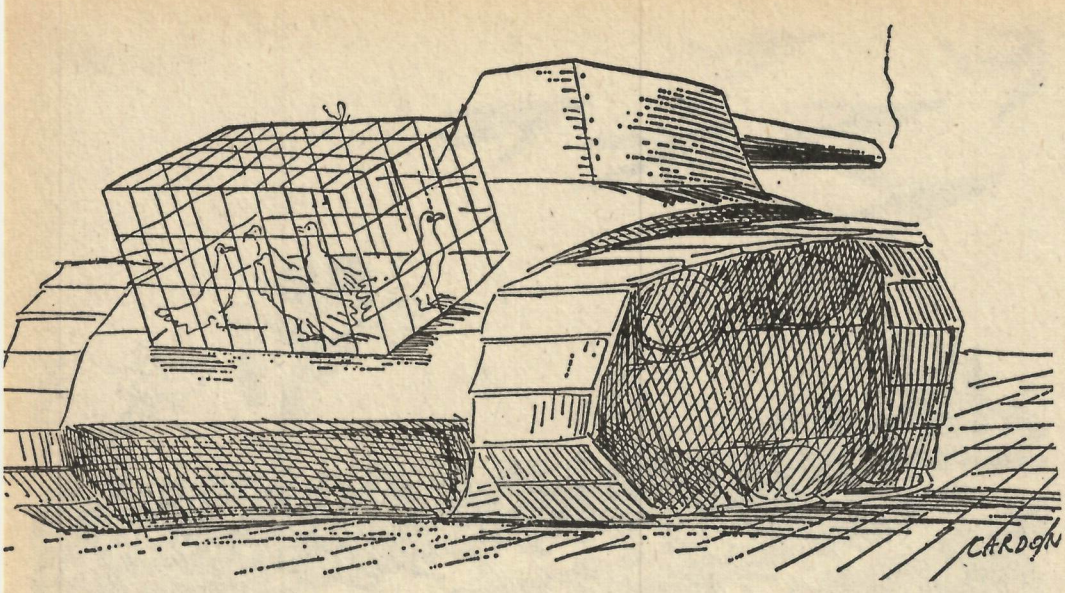
Entwicklung und Installation von Mittelstrekkenraketen in Westeuropa parallel. Diese Raketen gingen in die strategische Sprache als sogenannte taktische Nuklearwaffen ein. Sie waren auch ein Ausdruck dafür, daß es unglaubwürdig schien, daß sich die Vereinigten Staaten wegen eines Konflikts in Europa selbst der Gefahr eines nuklearen Gegenschlags von seiten der Sowjetunion aussetzen würden. Die Reichweite der westeuropäischen Mittelstreckenraketen ging zunächst zwar auf sowjetisches Gebiet, wurde dann aber als Teil der Kompromißlösung während der Kuba-Krise auf Reichweiten unterhalb dieser Schwelle beschränkt. Erst der Beschluß der NATO vom Dezember 1979 über die Modernisierung der Mittelstreckenraketen, der sich als Antwort auf die Modernisierung bestehender sowjetischer Mittelstreckenraketen verstand, hat dieses stillschweigende Abkommen durchbrochen. Auf diesen Tatbestand hat Herbert Wehner, später konsequent der inzwischen aus dem Dienst entlassene General Bastian hingewiesen.

Die prinzipielle Mehrdeutigkeit atomarer Bewaffnung, nämlich die vermeintliche Trennung von "politischen" und "militärischen" Waffen, ist grundlegend für Abschreckungspolitik überhaupt. Es handelt sich um eine Strukturierung von Feindbeziehungen, die ihrem Wesen nach psycho-logisch ist. Mit einem gigantischen Aufwand an Menschen und Material wird versucht, die psychologische Struktur meßbar und bestimmbar zu machen, ohne indessen die ihr zugrunde liegende Gleichung selbst zu testen, daß nämlich an Art und Umfang der Zerstörungskapazitäten des Gegeners seine mögliche Absicht abgelesen werden kann.

Auf dem Weg aus der Abschreckungspolitik

Kennzeichnungen wie Angriff, Verteidigung, Sicherheit haben ihre Eindeutigkeit in der Abschreckungslogik verloren:

Im Abschreckungsgebäude wird dem wahrgenommenen Gegner keine Chance gelassen, seine **nicht**aggressiven Absichten unter Beweis zu stellen. Während jedes aggressive Handeln in einem dritten Gebiet als Beweis für prinzipielle Expansionssucht gedeutet wird



und damit als Bedrohung, gibt es kein Feld, auf dem die Nichtaggressionsabsicht gegen den Hauptgegner glaubwürdig gemacht werden kann. Für eine Politik jenseits der Abschreckung folgt daraus, daß die eigene Seite dem Gegner diese Chance geben muß. Hier wäre der berechtigte Platz für sogenannte **vertrauensbildende Maßnahmen,** die in Art und Umfang zahllos sind, und ein Übungsfeld für soziale Findigkeit abgeben können:
Solange überhaupt noch atomare Raketen installiert sind, dürften sie z.B. nicht mehr auf Ziele im gegnerischen Gebiet gerichtet sein. An der Grenze zwischen Ost und West wäre ein truppen- und waffenfreier Korridor zu schaffen.
Manöver sollten nicht nur generell von den gegnerischen Generalen, sondern auch von der eigenen Bevölkerung beobachtet werden können und müssen.
Die Psycho-Logik in der Abschreckungspolitik erlaubt keinerlei Lücken in der waffentechnischen Ausstattung. Nur so wird die Glaubwürdigkeit der für angemessen erklärten Reaktion auf einen immer für möglich gehaltenen Angriff des Gegners erhalten. Zugleich kann der Gegner dadurch selbstverständlich seine nicht-aggressiven Absichten nicht mehr glaubwürdig demonstrieren. Auf dem Wege aus dem Abschreckungsgebäude heraus müssen wir also für Lücken in der waffentechnischen Ausstattung eintreten. Diese Lücken sollten sich auf viele Dimensionen beziehen: Solange das bis jetzt bestehende Waffenarsenal nicht abgebaut ist, wäre zum Beispiel die Quantität der verfügbaren Zerstörungsmittel unter keinen Umstände zu erhöhen; bestimmte Funktionen, die bei Neuentwicklungen möglich sind, wären abzulehnen (beispielsweise Flugkörper, die auf Radar des Gegners nicht geortet werden können; noch größere Zielgenauigkeit von Massenvernichtungswaffen; Unzerstörbarkeit der eigenen Waffensysteme, die nicht ausschließlich auf dem eigenen Boden einsetzbar und in der Reichweite auf diesen Raum begrenzt sind).
Die Zähigkeit der Abschreckungspolitik gründet auf ihrer ständigen Weiterentwicklung mit Hilfe von einzelnen Änderungen, die sie nicht überwinden, sondern verfeinern, auch wenn sie sie politisch in größere Instabilität (wie z.B. jetzt die in die Wege geleiteten Modernisierungen des mittleren Raketenbereichs in Ost und West) stürzen. Noch so geringe Kontrollmaßnahmen im Rüstungsbereich hatten daher bisher **Ausgleichsveränderungen** nach sich gezogen, oder ganz unmittelbar zum gesamten Zerstörungspotential addiert. Eine Politik zur Überwindung von Abschreckung darf daher nicht einzelne Umgewichtungen innerhalb des gesamten Militärsystems fördern. Wenn auch von seiten einzelner Militärs die Unterausstattung zum Beispiel der Heeresstreitkräfte mit dem Argument beklagt wird, das entspräche nicht den Verteidigungserfordernissen, so darf eine solche entsprechende Umstrukturierung nur im Verein mit dem Abbau anderer für die Verteidigung eben offenbar nicht geeigneter Waffensysteme gebilligt werden. Prinzipiell müssen Maßnahmen, die sich als Maßnahmen der **Rüstungskontrolle** im wörtlichen Sinn verstehen, als **Verbund** in Kraft treten. Nur so kann verhindert werden, daß eine Veränderung durch die andere wieder kompensiert wird. D.h. es müssen Maßnahmen in möglichst vielen dynamischen Bereichen des Abschreckungssystems zur gleichen Zeit verfolgt werden: neben dem Bereich des Militärapparats im engeren Sinn auch im Bereich des Verteidigungshaushalts und im Bereich der Rüstungsforschung.
Gerade, weil Abschreckungspolitik in ihrer Selbstzentriertheit dennoch **zwischenstaatliche** Politik ist, müssen von vornherein Signale von staatlicher Ebene ausgehen. D.h., es ist nötig dafür einzutreten, daß im Staatsapparat selbst Einrichtungen geschaffen werden, die ihre ganze Kapazität in die Erfindung von Abrüstungschancen legen.
Da das Abschreckungssystem symmetrisch auf der Gleichung: Zerstörungskapazität gleich potentielle Kriegsabsicht fußt, muß auf der Ebene der Waffensysteme, also der Abrüstung, der erste Schritt zur Überwindung dieser Gleichung gemacht werden.

Woran zu denken ist

Die bisher genannten "psychologischen Knotenpunkte" bezogen sich vornehmlich auf die eingangs genannten Ebenen, in denen die Abkehr von der Abschreckungspolitik zu einer Politik eindeutiger Verteidigungshaltung zum Ausdruck kommen muß, nämlich auf die Ebene der Militärstrategie und der Militärverfassung, zu der nicht nur die hier vorrangig behandelte Ausrüstung mit Waffen, sondern auch die nur kurz angedeutete Personen- und Aufstellungsstruktur gehört. Diese Ebenen umfassen durchaus nicht alles, was zur Sicherheitspolitik gehört. Sicherheitspolitik ist ja nach dem bundesrepublikanischen Verständnis die Summe aus Entspannung und Verteidigung. Aber diese Summenformel ist für unser Verständnis längst zur Beschwörungsformel verkommen, der Beschwörung nämlich, daß zwischenstaatliche Politik auch im Banne des Abschreckungsgebäudes noch in herkömmlicher Weise das Monopol an unvorstellbar erweiterter Gewalt handhaben könne. Das alternative sicherheitspolitische Denken muß diese Summenformel neu bestimmen. Und das kann es nur, wenn der Gebrauch atomarer Waffen unter allen Umständen ausgeschlossen wird und bleibt, und zwar zunächst (wo denn sonst) im eigenen Land. Denn Gebrauch atomarer Waffen meint in der Abschreckungslogik sowohl Androhung von Vergeltungsschlägen als auch Fähigkeit, im Eventualfall Atomwaffen einzusetzen. Dies ist unerträglich.
Weil in der herrschenden Definition der Sicherheitsformel auf der Seite des Summanden Verteidigung aber Atomwaffen stehen, steht unsere Sicherheit unter dem Bann nuklearer Drohpolitik. Es bedarf noch vieler permanenter Gedankenarbeit und Phantasie, um diesen Bann aufzulösen.

EVA SENGHAAS-KNOBLOCH

Friedenswochen 16. – 22.11.1980

Aktion Sühnezeichen hat vor einigen Monaten zu einer bundesweiten Friedenswoche "Frieden schaffen ohne Waffen" vom 16.-22. November 1980 aufgerufen. Inzwischen hat der Aufruf eine breite Unterstützung in allen Teilen der Friedensbewegung gefunden: es steht inzwischen fest, daß 95 Friedenswochen auf lokaler oder regionaler Ebene stattfinden werden. An weiteren 87 Orten sind zum Teil sehr umfangreiche Aktivitäten geplant: Kinderfeste, Demonstrationen, Filmveranstaltungen, Antikriegsliederabende, ein Jugendhearing gegen Aufrüstung mit Zeugen aus der Friedensbewegung, Theatervorführungen, Dichterlesungen, Informationsstände, Kranzniederlegung in der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen am Volkstrauertag, ein Workshop zum Theme "Spiel Frieden – nicht Krieg", Jugendgottesdienste, Religionsunterrichtskurse, Altennachmittage, Ausstellungen, Wanderung zu einer Kriegsgedenkstätte mit Meßfeier, Unterschriftensammlungen, Kriegsspielzeugumtauschaktionen, Podiumsdiskussionen, Elternberatungen in Sachen Spielzeug, antifaschistische Tage. Außerdem steht fest, daß in über 1000 Kirchengemeinden am Volkstrauertag im November 1980 Gottesdienste zum Thema Frieden schaffen ohne Waffen durchgeführt werden.
Weitere Informationen: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Jebenstr. 1, 1 Berlin 12 oder über die lokalen "Friedenswochen-Initiativen".

POLEN

Die Ereignisse in Polen treiben auf eine Entscheidung hin. Wird der Prozeß der Demokratisierung, der heute von den neuen Gewerkschaften getragen wird, unterhalb jener unbestimmten Linie bleiben, die die Allmacht des "realen Sozialismus" – die UdSSR – zur Intervention veranlassen wird? Heute scheint sich eine Doppelherrschaft zwischen den neuen Gewerkschaften und der Partei in Polen hergestellt zu haben. Nur liegt die Partei im Koma. Sie, die von der Führung der neuen Gewerkschaften und von KOR nicht in ihrer Existenz infrage gestellt werden sollte, scheint unfähig zu sein, die notwendige Balance zu halten, die für eine friedliche Entwicklung des Demokratisierungsprozesses in Polen notwendig ist. Der folgende Beitrag beschäftigt sich thesenhaft mit jenem Verhältnis, das letzthin auch über die Frage der sowjetischen Intervention mitzuentscheiden hat.

Für den historischen Hintergrund der Ereignisse in Osteuropa scheint der Redaktion der Abdruck eines Beitrages von Andras Hegedüs aus "le Monde" besonders geeignet. (3./4. August 1980). Hegedüs, ehemaliger ungarischer Ministerpräsident und Mitunterzeichner des Warschauer-Pakt-Vertrages vom Mai 1955 reflektiert selbstkritisch die Wahrnehmungen seiner Epoche. Hegedüs wurde während des Ungarnaufstandes 1956 von Imre Nagy abgelöst, verbrachte dann mehrere Jahre in der Sowjetunion, wurde dann Leiter des Soziologischen Instituts in Budapest. Nachdem er 1968 dieses Postens enthoben worden war, weil er gegen den Einmarsch in die CSSR protestierte, schloß ihn die ungarische KP zusammen mit einer Reihe anderer kritischer Intellektueller (sogenannte Budapester Schule) wegen Abweichung aus.

"links"-Redaktion

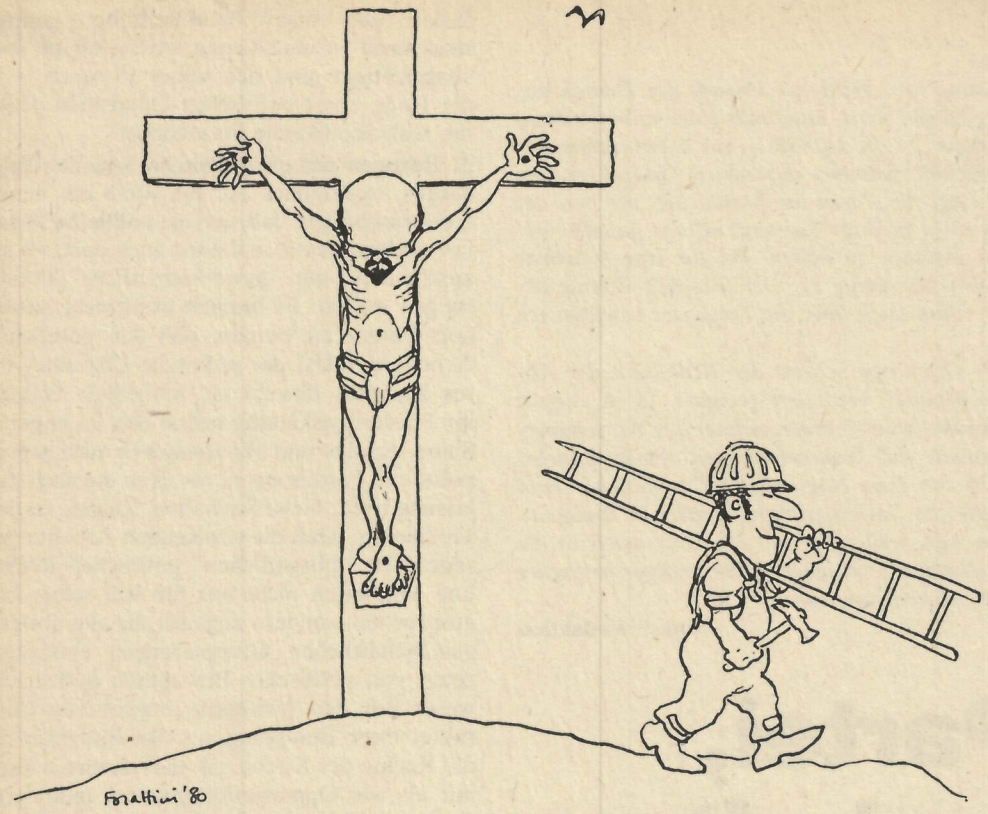
Staat, Partei, Gewerkschaft

Thesen zur Krisenentwicklung in Polen

Detlev Claussen kommentiert in der vorigen "links" (Oktoberheft) die polnische Entwicklung als einen "Schritt zur Rücknahme der Allmacht des Staates", die Entstehung unabhängiger Gewerkschaften ist für ihn "ein Schritt auf dem Weg zur 'Rücknahme der Staatsgewalt durch die Volksmassen selbst, die an den Stellen der organisierten Gewalt der Unterdrückung ihre eigene Gewalt schaffen", wie er aus Marx' "Bürgerkrieg in Frankreich" zitiert. Wenn es auch unausgesprochen bleibt, so weckt diese Formulierung, doch die Vorstellung: In Polen hat bereits der Übergang vom "realen" in den "wirklichen" Sozialismus begonnen. Wir glauben, daß die Entwicklungsperspektive der polnischen Gesellschaft in einer anderen Richtung zu suchen ist.

1. Zum Verständnis der polnischen Entwicklung ist es zunächst erforderlich, sich das grundlegende Wesensmerkmal des "realen Sozialismus" zu vergegenwärtigen, die Tatsache, daß es sich um ein System zentralstaatlicher Regulation des gesamten gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses handelt. Dies bedeutet die Aufhebung der Trennung von Politik und Ökonomie und darüber hinaus die Verstaatlichung der gesamten Gesellschaft, so daß es keine eigentliche **gesellschaftliche** Sphäre mehr gibt, einen Bereich also, der nicht unmittelbar und permanent staatlich organisiert und kontrolliert wird. Die Scheidung in eine öffentliche und eine Privatsphäre besteht dabei insoweit fort, als der verstaatlichten Öffentlichkeit die atomisierten Individuen gegenüberstehen. Der "reale Sozialismus" ist um so stabiler und unangreifbarer, je reiner sich diese Grundstruktur in den osteuropäischen Gesellschaften durchsetzt. Wo es dennoch zu einer eigenständigen, d.h. nicht staatlich initiierten und genehmigten Aktivität aus der Gesellschaft heraus bzw. innerhalb der Ökonomie kommt, gewinnt diese quasi automatisch **politischen** Charakter. Die Individuen oder sozialen Gruppen bzw. ökonomischen Protagonisten, die sich auf diese Weise autonom äußern und entsprechend verhalten, geraten **strukturell** – unabhängig davon, ob sie dies beabsichtigen und sich selber so sehen – in die Rolle einer politischen Opposition gegen die realsozialistische Staatsmacht.

2. Bezogen auf die polnische Situation folgt daraus im Hinblick auf die Rolle der neuen Gewerkschaften, daß sie eine **politische** Funktion wahrnehmen, und zwar auch dort, wo sie anscheinend nur "gewerkschaftliche" Forderungen stellen. Es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, daß den polnischen Arbeitern selbst der politische Charakter ihres Kampfes bewußt ist, schließlich enthielt ihr Forderungskatalog neben den im engeren Sinne sozialen und ökonomischen auch genuin politische Forderungen, wie eben die nach Zulassung freier Gewerkschaften, Zugang zu den Medien etc. Daß die streikenden Arbeiter gerade diese "bürgerlichen" politischen Rechte und Freiheiten nicht nur für sich selber beanspruchen, sondern zugleich für alle übrigen gesellschaftlichen Gruppierungen einklagen, zeugt von politischer Bewußtheit und macht wesentlich den historisch progressiven Charakter ihrer Bewegung aus. Ihr Eintreten für die Rechte der Kirche z.B. darf demnach nicht nur als aus Opportunitätsgründen motivierte Reverenz dem Autoritätsfaktor Kirche gegenüber gewertet werden, sondern es erfolgt auch aus einer prinzipiellen Haltung heraus, die auf die allgemeine Durchsetzung demokratischer Freiheite abzielt. Ein Hauptziel der Streikbewegung in Polen und der anhaltenden Mobilisierung der Arbeiter liegt somit in der **Etablierung einer gesellschaftlichen Sphäre, in der sich ohne staatliche Reglementierung und Sanktionierung unterschiedliche ökonomische, soziale und politische Interessen und Vorstellungen der verschiedensten sozialen Gruppen und ökonomischen Kategorien des "gesellschaftlichen Gesamtarbeiters" allererst artikulieren und organisieren können.** Wir halten die Erkämpfung dieses Terrains einer Art "Zivilgesellschaft", in der sich ein (immer schon vorhandender, aber unterdrückter) Interessenpluralismus entfalten und eine offene politisch-ideologische Auseinandersetzung stattfinden kann, für eine **unabdingbare Voraussetzung** auch einer möglichen Weiterentwicklung in Richtung auf einen wirklichen Sozialismus. Eine solche Möglichkeit steht jedoch derzeit nicht auf der Tagesordnung. Es geht heute in Polen nicht um die Abschaffung der staatlichen Machtapparate (nicht um die "Zurücknahme des Staates in die Gesellschaft", um nochmals in der Marxschen Terminologie zu sprechen), sondern um eine wirksame **Kontrolle staatlicher Machtausübung.** Was dabei mittelfristig allenfalls erreichbar erscheint, ist **eine Form von Doppelherrschaft,** bei der den neuen Gewerkschaften neben anderen nicht-staatlichen, gesellschaftlichen Instanzen (in Polen natürlich vor allem der Katholischen Kirche) eine politische Kontroll- sowie Mitentscheidungsfunktion gegenüber dem nach wie vor von der Kommunistischen Partei monopolisierten Staatsapparat zukäme. Mit einer auch nur ansatzweise kapitalistischen Restauration hätte dies nichts zu tun, denn die politisch-staatliche Planung und Leitung des Wirtschaftsprozesses bliebe davon in ihrem Kern unberührt. Ein solcher Zustand würde jedoch **de facto** die Infragestellung der "führenden Rolle der Partei" bedeuten. Das gilt bereits für die jetzige Konstellation, insofern diese Formel im "realen Sozialismus" eben



nichts anderes als den politischen Monopolanspruch der Partei zum Ausdruck bringt. Daran wird auch die ideologische Sprachregelung nichts ändern, auf die man sich schließlich einigt. Schon das Eingeständnis von Seiten der Partei und ihrer führenden Repräsentanten, daß es Regierende und Regierte gibt, und daß zwischen beiden keine prästabilierte Harmonie und Identität der Absichten und Auffassungen existiert, ist gleichbedeutend mit dem ideologischen Offenbarungseid des realsozialistischen Herrschaftssystems, das doch stets behauptet, Staat der Arbeiterklasse zu sein, letztlich also die Selbstregierung der Massen. Zusammen mit dieser ideologischen Bresche im Legitimationsgebäude stellt die Existenz unabhängiger Gewerkschaften zweifellos eine beinahe unannehmbare Provokation für die Machthaber in den übrigen osteuropäischen Staaten dar.

3. Dennoch scheint uns die skizzierte Entwicklungsperspektive die einzige zu sein, die nicht mehr oder weniger zwangsläufig in einer sowjetischen Intervention enden muß. Wie die Geschichte der verschiedensten Reformversuche der realsozialistischen Systeme anschaulich zeigt, gibt es recht exakte Grenzen für einen – auf ein einzelnes Land beschränkten – Transformationsprozeß, deren Überschreiten eine sofortige militärische Intervention zur Folge hätte. Dies ist zum einen die Verpflichtung zur unbedingten Bündnistreue im Rahmen des Warschauer Pakts, also außenpolitische Loyalität zur Sowjetunion; zum anderen muß innenpolitisch das **partei**politische Monopol der Kommunistischen Partei gewahrt bleiben, d.h. es darf keine selbständige(n) oppositionelle(n) Partei(en) geben. Beidemal muß es nicht erst zur tatsächlichen Realisierung kommen, um den Interventionsfall eintreten zu lassen, es genügt schon ein "lautes Nachdenken" über solche Dinge durch bestimmte Kreise in der Öffentlichkeit, wie das Beispiel CSSR belegt. In diesem Sinne haben denn auch die Sowjetunion, die DDR und die CSSR inzwischen wissen lassen, daß es keine Duldung unabhängiger Gewerkschaften geben kann, die nicht in ihren Strukturen ausdrücklich die "führende Rolle der Partei" wie auch das "unverbrüchliche Bündnis mit der UdSSR anerkennen. Vorausgesetzt, diese Markierungen werden in Polen beachtet und auch von der neu entstandenen Gewerkschaftsbewegung als auf längere Sicht unabänderbare machtpolitische Realitäten akzeptiert, so daß es nicht schon von vornherein zu einer bedrohlichen Eskalation im Innern wie nach außen kommt, so eröffnet sich innerhalb dieser sicherlich sehr eng gezogenen Grenzen durchaus ein gewisser Spielraum für eine vorsichtige politische Demokratisierung sowie einen bescheidenen gesellschaftlichen Pluralismus, wie sie für realsozialistische Verhältnisse bereits einen eminenten Fortschritt bedeuten würden. In diesem Zusammenhang wären zu nennen: die Installierung bestimmter Kontroll- und Verantwortlichkeitsstrukturen im Staats- und Parteiapparat, die effektive Beteiligung der Belegschaften bei der Organisation des Produktionsprozesses auf betrieblicher Ebene wie der Gewerkschaften bei der gesamtwirtschaftlichen Planung auf staatlicher Ebene, die Bildung authentischer Interessenvertretungsorgane der verschiedenen sozialen und Berufsgruppen (z.B. Studenten, Bauern u.a.), eine weitgehende Beschränkung der Zensur und Ansätze eines Meinungspluralismus in den Medien.

4. Noch ist allerdings nicht ausgemacht, ob die polnische Entwicklung nicht eine Eigendynamik erfährt, die die aufgezeigten positiven Möglichkeiten und Handlungsspielräume wieder zunichte macht. Gerade die interne Auseinandersetzung in den neuen Gewerkschaften zeigt nämlich, daß die Respektierung der beiden großen "Tabus" eines auch nur einigermaßen aussichtsreichen Reformprozessen heftig umstritten ist: Eine Mehrheit an der Basis will weder von einer expliziten Bestätigung der "führenden Rolle der Partei", noch von einer Beteuerung der Bündnistreue zur Sowjetunion etwas wissen. Hier besteht die Gefahr, daß das für den bisherigen Gang der Ereignisse charakteristische Bündnis von Arbeiterklasse und kritischer Intelligenz in die Brüche geht, weil die Intellektuellen (von den kritischen Nonkonformisten bis zu den Dissidenten des KOR) keine Alternative zur Anerkennung der realpolitischen Notwendigkeiten sehen, wenn anders nicht eine Katastrophe ungeheuren Ausmaßes – bei der antirussischen Stimmung unter der polnischen Bevölkerung würde eine sowjetische Invasion zu einem Blutbad führen – riskiert werden soll. Daß ein beachtlicher Teil der neuen Gewerkschaften auch für die äußere Legitimation der Partei als Mitträger eines Reformprozesses existenziellen Bedingungen offenbar keine Rücksichtnahme kennt, läßt nicht nur die Möglichkeit offen, daß Forderungen wie die nach Unabhängigkeit von der Sowjetunion, in Zukunft erhoben werden könnten, sondern birgt auch die Gefahr in sich, daß aufgrund sich verselbständigender Auseinandersetzungen sowohl innerhalb der Gewerkschaften als auch mit der Regierung der völlige ökonomische Zusammenbruch Polens nicht mehr abzuwenden sein könnte. Sollte ein Minimalkonsens zwischen den neuen Gewerkschaften und der Partei nicht zustandekommen, so wäre dies also nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Verschärfung des ideologischen und politischen Dissenses mit allen seinen Folgen fatal. Auch eine Lösung der wirtschaftlichen Misere wäre damit unmöglich geworden, denn diese ist ohne eine aktive Mitwirkung der Arbeiterklasse und ihrer Interessenvertretung im heutigen Polen nicht mehr denkbar. Dann aber wäre der Teufelskreis endgültig geschlossen, denn eine Gewerkschaft, die auf der materiellen Ebene keine Verbesserungen mehr für ihre Mitglieder durchsetzen kann, weil nichts mehr produziert wird, würde sich erst recht dahingehend radikalisieren, das politische System in seiner Gesamtheit frontal anzugreifen, womit wiederum der casus belli gegeben wäre.

REINHARD FENCHEL
HANS-WILLI WEIS

Demonstrationsrecht

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie hat in Zusammenarbeit mit dem BBU eine Arbeitsgruppe "Staatliche Repression und Demonstrationsrecht" ins Leben gerufen.

Diese Arbeitsgruppe soll untersuchen, inwiefern und mit welchen Mitteln Demonstrationen insbesondere im Zusammenhang mit der Bewegung gegen die Kernkraftwerke behindert, belästigt, verschreckt, unterbunden oder hinterher gerichtlich belangt worden sind. Gleichzeitig sollen neue Demonstrationen begleitend beobachtet und die Einwirkung staatlich-polizeilich-gerichtlicher Instanzen untersucht werden.

Hierfür bedürfen wir der Mitarbeit von Personen, die an Demonstrationen beteiligt und die in Gerichtsverfahren verwickelt worden sind oder denen ein Gerichtsverfahren droht. Wir bitten alle, die über dokumentarisches Material im Hinblick auf Demonstrationen verfügen oder die selbst in Gerichtsverfahren verwickelt waren bzw. Leute kennen, die mit Gerichtsverfahren überzogen worden sind, sich bei der Arbeitsgruppe zu melden, Material zu schicken oder auch aktiv in der Arbeitsgruppe mitzuarbeiten. Diskretion wird, falls sie erforderlich ist, selbstverständlich gewahrt. Im Rahmen der Möglichkeiten des Komitees werden wir individuelle Hilfe auch in materieller Form organisieren und gegebenenfalls für Rechtshilfe sorgen.

Bitte informiert uns; bitte schickt uns Material; bitte macht mit, nicht zuletzt um eines demokratischen Demonstrationsrechts in der Zukunft willen.

Koordination: Dr. Kai Dieckmann, Marburger Str. 5, 1000 Berlin 30, Tel. 030/249935.

Der Messianismus ist ein "Verbrechen gegen die Menschheit"

Wenige internationale Abkommen dürften in sich so widersprüchlich sein, wie der Warschauer-Pakt ist, an dessen Vorbereitung ich – zutiefst überzeugt – aktiv mitgearbeitet habe. Seither habe ich nicht nur physisch überlebt, sondern ich habe auch die kümmerliche Denkart, die mich damals kennzeichnete, überwunden, ohne deshalb auf mein sozialistisches Engagement und meine Verbundenheit mit der marxistischen Tradition zu verzichten.

Vor 25 Jahren stellte sich mir das Problem wie vielen anderen kristallklar: Die Eingliederung Westdeutschlands in die NATO bedingte notwendigerweise den Zusammenschluß der sozialistischen Länder und die Erhöhung ihrer Verteidigungskräfte. Mit der Begeisterung, die aus dem Zusammentreffen von gesicherter Erkenntnis und Glauben erwächst, hatte ich seinerzeit in einer während des Warschauer Treffens gehaltenen Rede gesagt: "Unter den Aggressionsmaßnahmen der Westmächte stellt die Wiedererweckung des deutschen Imperialismus die größte Gefahr für die Freiheit und Sicherheit der Völker dar" (Szabad Nep, 13. Mai 1955).

Zehn Jahre nach Kriegsende schien mir diese Gefahr noch immer akut und räumte viele Zweifel aus, die auch damals zu Recht hätten vorgebracht werden können.

Heute scheint es mir naiv, den Spuk des deutschen Imperialismus zu beschwören, kennt man doch die täglichen Klagen der Amerikaner über ihre bundesrepublikanischen Verbündeten. Letztere sind nicht bereit, genügend "Opfer" zur Modernisierung der NATO-Streitkräfte zu bringen; und einer der wichtigsten Akteure der europäischen Entspannungspolitik ist doch die in Bonn regierende Sozialdemokratische Partei.

Es ist kein leichtes Unterfangen, den Generationen, die in den 60er und 70er Jahren nachzudenken begonnen haben, die Stimmungslage im Frühling 1955 zu vermitteln. Damals fing der Puls der Zeit schneller zu schlagen an, günstige und ungünstige Vorzeichen wechselten in rascher Abfolge. Vorausgegangen war – seit 1949 etwa – in Osteuropa eine Zeit sich häufender sozialer Konflikte, Auswirkungen der folgenden Faktoren: zunächst eine forcierte Aufrüstung, die eine wahrhafte Kriegswirtschaft zur Folge hatte; die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung war zweitrangig geworden; sodann die Kollektivierung in großem Maßstab und die Verfolgung der Kulaken (die weitaus mehr von militärischen Überlegungen bestimmt und aus Gründen der Befriedung des "Hinterlandes" denn von sozialistischer Vernunft diktiert war), welche auf dem Land zu einem ständigen Unruhe- und Unsicherheitsherd geführt hatte; schließlich die Säuberungswellen und die Gesinnungsprozesse im Namen der Wachsamkeit, die in Wirklichkeit auf die Veralltäglichung des Geistes militärischer Disziplin abzielten und die Entstehung einer verantwortlichen, nüchtern denkenden Führungsschicht verhinderten.

Sämtliche Politiker, die innerhalb des osteuropäischen Machtgefüges eine führende Position bekleideten, dachten von der Voraussetzung her, ein militärischer Konflikt zwischen den beiden Machtblöcken müsse gemäß Stalins Prognose unausweichlich 1953 oder 1954 stattfinden. Soweit ich mich erinnere, hat niemand von uns damals ernsthaft nach der dieser Prognose zugrunde liegenden Analyse verlangt. Allein die Geschichtswissenschaftler werden herausfinden, ob diese düstere Zukunftserwartung eine wirkliche Grundlage hatte – und falls ja, welche. Seinerzeit aber veranlaßte uns diese Sicht der Lage, zum Beispiel Baumwolle auf unseren besten Weizen- und Maisfeldern anzubauen – etwa in den staatlichen Landwirtschaftsgenossenschaften, für die ich, 29 Jahre alt, zuständiger Minister war.

Waren wir von einer lächerlichen Irrationalität befallen? Blickt man auf das damals Gesagte und Geschriebene zurück, muß man dies wohl annehmen. In Wirklichkeit hatte sich jedoch ein sehr viel gefährlicheres Syndrom entwickelt: unsere Haltung glich derjenigen von Verteidigern einer belagerten Festung.

Diese Festungsmentalität geriet durch den Tod Stalins ins Wanken. Eine der gespenstischen Begleiterscheinungen jener Zeit waren weinende Massen auch in Budapest und Prag – beim Tode Stalins. Zwar handelte es sich nicht um das gewöhnliche Volk, sondern um die Scharen der "Aktivisten". Und was die hohen Funktionäre betrifft: unter ihnen war kein Schluchzen zu vernehmen; vielmehr Seufzer der Erleichterung, denn sie hofften, die schreckliche Zeit sei vorbei und eine Ära rationaler Politik werde einsetzen.

Zwei Fragen beunruhigten die durch die Prozesse eingeschüchterten Führer. Wie würden sich die Belagerer nach dem Tode des charismatischen Führers verhalten? Würde es möglich sein, mit dem Westen zu diskutieren? Auf die erste Frage ließ sich nicht so schnell eine plausible Antwort finden; auf die zweite Frage kam sehr bald eine: Drei Monate nach Stalins Tod revoltierten die Arbeiter in Ostberlin. Die Ordnung war relativ schnell wiederhergestellt. Der Einsatz sowjetischer Panzer glich mehr einer "Flottenparade" im klassischen Sinne denn einer direkten militärischen Aktion, aber er tat seine Wirkung. Die sowjetische Führung zog alsbald den vernünftigen Schluß: Soziale Spannungen sollen nicht durch zunehmende Repression erstickt werden, sondern es müssen verschiedene Ventile geöffnet werden, um sie zu vermindern. Wir in Ungarn haben von den positiven Folgen dieser realistischen Konzeption profitiert. Im Juli 1953, kaum zwei Wochen nach dem Ostberliner Aufstand, wurde Imre Nagy Premierminister. Sein Regierungsprogramm stellte – sieht man von dem jugoslawischen Experiment ab – den ersten groß angelegten, von der Mehrheit der Parteiführung gebilligten Reformversuch in Aussicht, im Osteuropa der Nachkriegszeit zu einer Rationalisierung und gar zu einer Demokratisierung zu gelangen.

Aber die Einschätzung der Konsequenzen dieses Programms Anfang 1955 erfolgte in einem ähnlich frostigen Klima wie die Gesinnungsprozesse, zum Teil aufgrund der Fraktionskämpfe, die in Ungarn selbst und außerhalb im Gange waren (1). Die negativen Folgen wurden übertrieben, die positiven Folgen untertrieben, all dies jedoch ohne Prozesse – ein nicht zu verharmlosender Unterschied.

Es war in dem von neuem gespannten Klima, als ich in meiner Eigenschaft als ungarischer Premierminister, vielleicht der jüngste der Welt mit kaum 33 Jahren, nach Warschau ging. Die Politiker, die sich dort einfanden, waren vor nur zwei Jahren der erstickenden Atmosphäre des stalinschen Terrors entkommen, sie waren seine Urheber und Opfer zugleich gewesen. Bulganin selbst, Chef der sowjetischen Delegation, soll Gerüchten zufolge von sich selbst gesagt haben, er habe nie gewußt, ob er die nächste Nacht zu Hause oder im Kerker verbringen würde, wenn der "Chef" ihn zu sich rief.

Die ziemlich entspannte Atmosphäre der Versammlung hatte auch noch andere Gründe als Stalins Tod. Die Ungleichheit in den Beziehungen zwischen der UdSSR und den Volksdemokratien, für die wir immer den Kalten Krieg verantwortlich zu machen pflegten, schien im Abnehmen begriffen. Der Warschauer Pakt selbst sollte dies unterstreichen. Ich empfand es als bedeutungsvoll, daß die Konferenz in Warschau und nicht in Moskau abgehalten wurde.

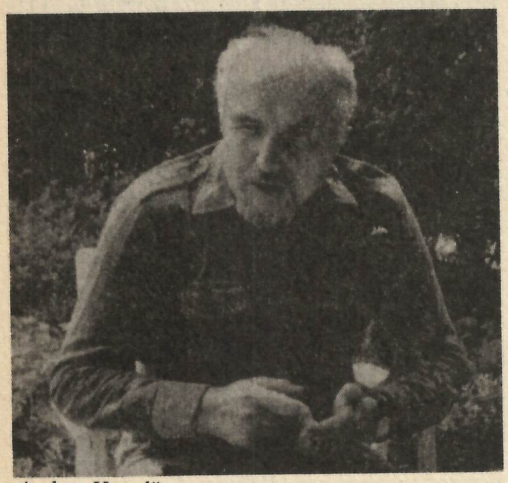
Zu dem Optimismus in Warschau trugen auch wichtige internationale Ereignisse bei:

- Die Rehabilitierung Jugoslawiens wurde vorbereitet; im Mai fand sie ihren feierlichen Ausdruck in der Reise Bulganins, Chruschtschows und Mikoyans nach Belgrad, wo sie die Komintern-Politik gegenüber Jugoslawien feierlich verurteilten. Freilich ließ sich das Groteske dabei nicht ganz entfernen, denn der neue Geist wurde durch Exorzierung des alten Geistes in der entleibten Gestalt des Beria beschworen, der anderthalb Jahre vorher als Schuldiger-für-alles hingerichtet worden war.
- Zum Zeitpunkt der Warschauer Konferenz waren die Verhandlungen über den Status Österreichs erfolgreich abgeschlossen worden;

die Unterzeichnung dieses Vertrags ist bis heute einer der bedeutendsten Beiträge des Friedens in Europa.

Die wechselseitige Intoleranz

Alles schien damals darauf hinzuweisen, daß die UdSSR die Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz auf der Grundlage des Status quo akzeptierte und ihre Energie vorrangig der Lösung der innenpolitischen Probleme zuwenden wollte. Der Warschauer Pakt sollte den institutionellen Rahmen für diese Politik bilden, indem er gewährleistete, daß keiner der Mitgliedsstaaten dem Beispiel Jugoslawiens oder auch Österreichs folgte. Grundsätzlich hätte diese Position in eine Politik der Entspannung und der verlangsamten Aufrüstung ausmünden können, selbst wenn der Warschauer Pakt einen neuen militärischen Block ins Leben rief. Es kam jedoch anders. Um die soziologischen Gründe dieser Entwicklung darzulegen, werde ich mich damit begnügen, die meiner Ansicht nach drei wichtigsten Gründe dafür anzugeben:



Andras Hegedüs

Um zu einer wirklichen Entspannung zu gelangen, hätte man nach dem Tod Stalins zugleich Bedingungen für eine Koexistenz zwischen den beiden "Ideologien" schaffen müssen. Dies scheint das Bestreben Malenkows gewesen zu sein, der diesen Standpunkt sogar im August 1953 vor dem Obersten Sowjet dargelegt hatte (bei dieser Gelegenheit wurde auch bekanntgegeben, daß die Sowjetunion über die Wasserstoffbombe verfügte).

Letzten Endes hat die gegenseitige Intoleranz der beiden Ideologien die Entspannung verhindert. Umso mehr, als die Vertreter des Marxismus-Leninismus überzeugt waren, über das einzige wirklich wissenschaftliche Denken zu verfügen und für den Triumph unabänderlicher Entwicklungsgesetzes zu kämpfen. An der Existenz dieser Gesetze zu zweifeln, bedeutete schon den Sündenfall. Diese Intoleranz hat von vornherein eine Beschwichtigung des ideologischen Kampfes und die Möglichkeit eines Dialogs und einer wirklichen Koexistenz verhindert.

Die herrschende bürgerliche Ideologie ist ihrerseits von einem kurzsichtigen Antimarxismus und Antikommunismus durchdrungen, auch wenn dieser Geisteszustand im Westen nicht dieselbe hervorragende Rolle wie der Marxismus-Leninismus im Osten spielt.

Das Anliegen Malenkows ist in Vergessenheit geraten; heute spricht man immer mehr von der Notwendigkeit, den Kampf zwischen den beiden Ideologien zu verstärken. Logisch entspricht das der Vorbereitung einer militärischen Konfrontation. Im Interesse des Friedens müßten beide herrschenden Ideologien zu ihrer Selbstkritik kommen. Die Neue Linke ging in Europa mehr oder weniger diesen Weg in den 60er Jahren. Der Verlust ihres anfänglichen Elans verringerte die Chancen, den Frieden in Europa aufrecht zu erhalten. Die Tatsache, daß man im Osten wie im Westen oft die "Dämmerung der Ideologie" ankündigt, ist ebenfalls gefährlich, da man sich doch in Wirklichkeit immer beharrlicher in den eigenen Überzeugungen vergräbt, was die Gefahr einer Konfrontation erhöht.

Außerdem, selbst wenn sich die Mentalität leicht geändert hat, so fühlt man sich im Osten nach wie vor bedroht und eingekreist; dieses Gefühl läßt wenig Raum für echte Entspannungspolitik und wirkliche gesellschaftliche Reformen. Der Bruch zwischen China und der UdSSR hat dieses Syndrom verschlimmert und verschlimmert es weiter.

Die Gefahr des Messianismus

Heutzutage hat die Mehrheit der Macht Ausübenden keine persönliche Erinnerung an den Krieg mehr, und es ist vor allem die Isolation, die ein Gefühl des Bedrohtseins aufrechterhält. Man hat feststellen können, daß man sich in den Ländern, die ihre Kontakte mit dem Westen vervielfacht haben, weniger bedroht fühlt und sich dort die Grundlage für eine Politik der Entspannung und der gesellschaftlichen Reformen verbreitert hat.

Die Summe all dieser Tatsachen erklärt, weshalb ich entschieden gegen alle Bestrebungen bin, die auf die Reduktion derartiger Kontakte zielen, selbst wenn die Argumente für eine solche Verringerung nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen sind. Ich denke dabei nicht nur an den Olympiaboykott, sondern auch an gewisse Initiativen von Dissidenten der Länder des Ostens, die einer Bestrafung der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder das Wort reden, weil diese die Menschenrechte ungenügend beachten: die linken Organisationen sollten ihnen zufolge ihre Kontakte zu den Menschen in Osteuropa einstellen. Eine solche "Bestrafung" würde das Gefühl der Isolation verstärken und ungeachtet der lauteren Absichten ihrer Befürworter ein Klima des Kalten Krieges erzeugen.

Hinzu kommt auf beiden Seiten eine Art Messianismus; man erwartet zwar keine Wunder, lebt aber im Bewußtsein einer Mission, die Welt retten zu müssen, was allemal jedes Verbrechen hat legitimieren können. Und das bedingungslose Engagement für eine Ideologie kann dazu führen, bestimmte Völker "retten" zu wollen. Die beiden Ideologien möchten alle Nationen nach ihrem Bild formen. Das könnte in unserer sogenannt "modernen" Zeit mit ihrer vervollkommneten Zerstörungstechnik mittelalterliche Glaubenskriege rechtfertigen.

Von dieser Auffassung her sei daran erinnert, daß der Warschauer Pakt auf dem Status quo beruhte; das damalige politisch-militärische Gleichgewicht beeinflußte die Diskussion. Seitdem hat sich jedoch – abgesehen von einigen Ruhepausen – der Messianismus auf beiden Seiten weiterentwickelt. Wenn irgendwo ein Militärputsch ein dem Osten freundlich gesinntes Regime durch eine prowestliches ersetzt, wird dies im Westen als unvermeidliches und unangenehmes Vorspiel zu einer Rückkehr zum Parlamentarismus gewertet. Umgekehrt gelten dem Osten als progressistische Revolutionen selbst jene Fälle, wo kleine Aktivistengruppen, auf einen Teil der Armee gestützt und ohne Verankerung im ganzen Volk, sich der Macht bemächtigen und sie nur mit Hilfe von blutigem Terror behaupten können, wenn sie nur erklären, ihr System entspreche einer sozialistischen oder Volksmacht.

Derart folgen die internationalen Krisen aufeinander und verschärfen sich; wir wissen nie, welcher Konflikt eine atomare Katastrophe nach sich ziehen könnte. Der Messianismus, gleich welches Wertsystem oder welche Ideologie er reklamiert, stellt heute ein Verbrechen gegen die Menschheit dar.

Die Weltmeinung müßte sich heute gegen jeden Militärputsch gleich welcher Farbe erheben, wenn dieser eine Regierung beseitigt, die eine friedliche und dem jeweiligen Land förderliche Politik betreibt. Es steht außer Frage, daß das iranische Problem nicht mit Khomeini angefangen hat, sondern mit dem Sturz der fortschrittlichen Regierung Mossadeghs. Ähnlich liefert der Putsch vom April 1978, "glorreiche Revolution" genannt, den Schlüssel zum afghanischen Problem; das wenig solide Bündnis gewisser linker Gruppen beseitigte ein Regime, das freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion unterhielt und eine neutrale Außenpolitik verfolgte; vielleicht liegt das eigentliche Schlüsselereignis noch früher, als ein Militärputsch Mohamed Zakir stürzte, der ebenfalls eine Neutralitätspolitik verfolgte und im Innern vorsichtige Reformen versuchte. All dies betrifft natürlich nicht die Volkserhebungen oder die Volksrevolutionen: die Frage, wie sie zu bewerten sind, ist eine ganz andere Frage.

Ich weiß, daß die mit dem Warschauer Pakt zementierte Zweiteilung Europas ein tragisches Ereignis war. Aber ich weiß auch, daß der Wunsch, den Sieg des eines oder des anderen Lagers mittels einer militärischen Konfrontation herbeizuführen, das Ende der europäischen Kultur bedeuten wird. Diese Überzeugung erklärt, weshalb ich in meinen theoretischen Arbeiten alle Konzeptionen zurückweise, die darauf abstellen, entweder dem westlichen Parlamentarismus in Osteuropa oder dem Sozialismus sowjetischen Typs in Westeuropa zum Sieg zu verhelfen. Absichten dieser Art können die Spannung nur erhöhen. Die sozialistischen und fortschrittlichen Denker im Osten wie im Westen müssen, wenn sie die Wiederkehr des Kalten Krieges und das Herannahen eines heißen Krieges vermeiden wollen, die unterschiedlichen Wege zum demokratischen Fortschritt herausarbeiten.

Wenn es auch schwierig ist, die objektive Funktion der internationalen Militärbündnisse nach ihren erklärten Zielen zu bestimmen, lohnt es sich doch, nach einer 25jährigen Erfahrung den ersten Paragraphen des Warschauer Paktes ohne Kommentar zu zitieren:

"Die Vertragschließenden verpflichten sich, entsprechend der Charta der Vereinten Nationen darauf zu verzichten, sich in ihren internationalen Beziehungen auf ihre Stärke zu berufen oder diese anzuwenden, und internationale Differenzen im Interesse der Weltsicherheit und des Weltfriedens mit friedlichen Mitteln zu lösen."

ANDRAS HEGEDÜS

1) Damals ersetzte A. Hegedüs J. Nagy an der Spitze der Regierung, um ihm dann im Oktober 1956 wieder zu weichen (Anm. von 'Le monde').

Ein Jahr Bunte Liste im Bielefelder Rat

Am Abend des 30. September 1979 strömten einige Hundert junge Leute in das Bielefelder Rathaus und sangen: "Die Bürger gehn ins Rathaus rein und mischen sich jetzt selber ein." Soeben war das vorläufige Endergebnis der Bielefelder Kommunalwahl verkündet worden: Mit 5,6% der Stimmen hatte die Bunte Liste den Sprung in den Rat und 6 Bezirksvertretungen geschafft. Mit 4 Sitzen war sie nun genau so stark wie die FDP.
Die letzten 10 Jahre Oberzentrumspolitik der 3 Rathausparteien SPD/CDU/FDP hatten sich ausgewirkt. Prestige-Projekte wie Flughafenbau, Stadtautobahn und Stadtsanierung, über die sich alle 3 Parteien ohne große Diskussionen immer vollkommen einig waren, hatten bei den Bürgern zunehmenden Unmut aufkommen lassen. Zudem waren den Bunten viele linke SPDler zugelaufen – bei der im Bundesgebiet wohl einzigartig rechten Bielefelder SPD-Spitze und den hierorts traditionell im Keller gehaltenen Jusos kein Wunder. Auch die FPD trat eine Menge Wähler an die Bunten ab, nicht zuletzt deshalb, weil sie schulpolitisch auf der Linie der CDU lag und das Wort Ökologie erst nach der Wahl in ihren Wortschatz aufnahm.

Dabei hatten sich die Bunten mit ihrer Gründung in Bielefeld recht schwer getan. Das breite Spektrum – von KPD und KB über Grüne bis zu Sozialdemokraten – war dabei gar nicht so problematisch. Vielmehr dauerte es recht lange, bis sich die Einsicht durchsetzte, daß ein Wahlbündnis, bestehend aus Bürger- und Basisinitiativen nicht machbar und auch gar nicht wünschenswert war. Die vielen verschiedenen Initiativen hatten mit Recht Angst um ihre politische Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit. Vielmehr mußte die Bunte Liste ihr Selbstverständnis als einen Zusammenschluß von Einzelpersonen – die in Initiativen arbeiten oder nicht – definieren, der sich wiederum als Ansprech- und wechselseitiger Bündnispartner, sowie als parlamentarische Interessenvertretung eben der Bürger- und Basisinitiativen versteht.
Als dieses Selbstverständnis gefunden war, begann in Arbeitsgruppen unverzüglich die Arbeit am Programm der Bunten Liste. Die Mitgliederzahl wuchs schnell (heutiger Stand: über 250). Gleichzeitig verstärkte sich die Einsicht, daß man ohne ein Minimum an festen Organisationsstrukturen und funktionierendem Apparat weder einen Wahlkampf führen, noch längerfristig politisch arbeiten kann. Ca. 3 Monate vor der Wahl verfügte die Bunte Liste über ein Büro und 4 unentgeltliche Arbeitskräfte.
Die inhaltliche Seite des Wahlkampfkonzepts ergab sich aus dem Programm. Die Kinderfeindlichkeit der Großstadt Bielefeld, die Abriß-Politik im Sanierungsgebiet, die Beteiligung der Stadt Bielefeld am AKW Grohnde und Flugplatz- und Autobahnprojekte standen im Mittelpunkt. Aus dem einheitlichen Versagen der drei etablierten Parteien in diesen Fragen wurde die Notwendigkeit einer echten parlamentarischen Alternative begründet. Zur Methode setzte sich die Einsicht durch, daß die Bunte Liste vor allem dem Vorurteil begegnen mußte, ein kleiner, chaotischer Klekkerverein zu sein, der sowieso nicht über 5% kommt. Daraus ergab sich für uns die Notwendigkeit, im konventionellen Wahlkampf (Plakate, flächendeckende Materialverteilung) den etablierten Parteien Paroli zu bieten und zusätzlich mit bunten und alternativen Aktionen unsere andere Auffassung von Politik deutlich zu machen. (Schon zu diesem Zeitpunkt setzte die bis heute andauernde Debatte ein, ob sich unsere Politik hauptsächlich an die Szene selber oder auch an aufgeklärte, aktivierbare "Normalbürger" wendet). Vor allem durch einen sehr frühen und massiven Start des themenorientierten Plakatwahlkampfes gelang es der Bunten Liste, Aufmerksamkeit zu erregen. Etablierte Politiker und damit auch die bürgerliche Presse griffen provokative Plakataussagen ("Mit dem Bagger sind'se fix, für die Kinder tun'se nix") auf. Die Bunte Liste war in der öffentlichen Diskussion, die auch auf der Straße an den fast täglichen Info-Ständen in der Innenstadt lebhaft stattfand.
Nachdem die Bunte Liste den Sprung in das Rathaus geschafft hatte, begann die konkrete Auseinandersetzung mit der verrechtlichten, hochformalisierten und abstrakten Variante von Politik – dem Parlamentarismus. Einer Ebene, auf der politische Forderungen, die jeder versteht, zu juristisch-technischen Anträgen gerinnen, aus denen nur noch der Fachmann herauslesen kann, was eigentlich gemeint ist. Außerdem, so für die richtig grundsätzlichen, "korrekten Forderungen" ist der Rat leider meistens gar nicht zuständig. Also galt es, in's Detail zu gehen und für die politische Bewältigung der unzähligen Kleinigkeiten (die aber in ihrer Summe durchaus wesentlich sind) einen roten Faden zu finden.
Außerdem kam der zukünftigen Haltung der Bunten Liste eine besondere Bedeutung zu, denn das Wahlergebnis hatte ihr eine Schlüsselposition beschert. Die SPD als stärkste Fraktion aber ohne absolute Mehrheit ging keine feste Koalition mit FDP oder CDU ein, sondern erklärte, mit wechselnden Mehrheiten regieren zu wollen. Die Bunte Liste stand vor der Entscheidung, entweder die grundsätzliche Alternative hochzuhalten, oder aber mit ihren 4 Sitzen an konkreten Ergebnissen herauszuholen, was herauszuholen ist. Es setzte sich die Erkenntnis durch, daß man es der SPD mit einer kompromißlosen Ablehnungshaltung doch zu leicht machen würde (Der konservative Flügel der SPD hoffte auf eine solche Haltung, um nach und nach eine große Koalition anstreben zu können). Auch wurde klar, daß man die verkrusteten Strukturen im Rathaus kaum würde in Bewegung bringen können, wenn man sich in die Neinsager-Ecke stellen ließ. Außerdem ist es reichlich frustrierend, 5 Jahre lang nichts konkret beeinflussen zu können und wirft beim Wähler die Frage auf, was er mit seiner Stimmabgabe für die Bunte Liste eigentlich bewirkt hat. Wichtigstes Argument dafür, sich auf den glitschigen Pfad der parlamentarischen Kompromißbereitschaft zu begeben war, daß der parlamentarische der eine Teil, der außerparlamentarische der andere, weiterhin wichtigere, Teil des Kampfes ist.
Unter diesem Motto – im Parlament erreichen, was zu erreichen ist, für die weitergehenden Ziele außerparlamentarisch weiterkämpfen, verabschiedete die Bunte Liste dann auch gemeinsam mit der SPD den städtischen Haushalt gegen die Stimmen von CDU und FDP. Den der SPD abgerungenen Zugeständnissen – mehr Geld für Radwege, zusätzliche Planstellen für Jugendzentren, Erhalt einer Reihe von zum Abriß vorgesehenen Häusern im Sanierungsgebiet, Erstellung eines Energiegutachtens und Krabbelstubenbedarfsplans und finanzielle Unterstützung für das Bielefelder autonome Frauenhaus – stand die zwangsläufige Mitverabschiedung von Haushaltsmitteln für ungeliebte Projekte gegenüber, gegen die die Bunte Liste auch weiterhin kämpfen wird. Weitere Felder der Kooperation mit der SPD sind die Schulpolitik und mit Abstrichen die Jugendpolitik. Auf allen anderen Feldern gibt es in der Regel scharfe Auseinandersetzungen mit allen Parteien.
Das Verhältnis der Bunten Liste zu den Bürger- und Basisinitiativen hat sich im Verlauf des letzten Jahres kontinuierlich verbessert. Die Bunte Liste ist für fast alle Initiativen in Bielefeld zum Ansprechpartner geworden, wenn es um Informationsbeschaffung oder parlamentarische Aktionen geht. (Dabei dürfte die Mehrheitsfähigkeit der BL eine wichtige Rolle spielen). Auch die Kooperation mit Falken und Jusos hat sich stark verbessert und hat schon das eine oder andere Aktionsbündnis ergeben. Das Verhältnis zu alternativen Betrieben und zum Stadtblatt ist enger geworden.
Natürlich hat der Sprung ins Parlament auch Schwierigkeiten mit sich gebracht. Und zwar

SCHMETTERLINGE – "Lieder fürs Leben"		LP	DM 14.–
SCHMETTERLINGE – "Proletenpassion"	3-fach –	LP	DM 29.–
SCHMETTERLINGE – "Herbstreise"		LP	DM 16.–
ex 1 AUFLAUF – "Nix verändert si von söba"		LP	DM 16.–
ex 2 "KÜNSTLER GEGEN AKW-ZWENTENDORF"		LP	DM 16.–
ex 3 DRESCHFLEGEL – "Aufsäßige Volkslieder"		LP	DM 16.–
ex 4 LUKAS RESETARITS (Wiener Kabarett)		LP	DM 16.–
ex 5 REINHARD SELLNER – "Halten verboten"		LP	DM 16.–
ex 6 PRASSL&CINQUE – "Zweiklang"(Gitarre)		LP	DM 16.–
ex 8 PRASSL – "Vestapol"(Gitarre)		LP	DM 16.–
ex11 AUFLAUF – "Problemlos!"		LP	DM 16.–
ex12 HELI DEINBOEK – "Krallelujah"		LP	DM 16.–
exs2 AUFLAUF – "Stoppt Strauß"	Single		DM 6.–
WALTER MOSSMANN – "Frühlingsanfang"	Doppel-	LP	DM 25.–
DIE 3 TORNADOS – "Rundschlag am Mittag"		LP	DM 17.–
SCHNAPPSACK – "Schnappschuß"		LP	DM 17.–
SPARIFANKAL – "Huraxdax-Drudnhax"		LP	DM 17.–
"KALTE ZEIT" – "Lieder gegen deutsche Zustände"		LP	DM 17.–
Liederbuch zur "Proletenpassion" (mit Noten)			DM 5.–
Liederbuch zur "Herbstreise" (mit Noten)			DM 5.–

+ 2.80 DM für Porto+Verpackung (nur bei LPs)

Platten von engagierten, deutsch- u. mundartsprachigen Musikern gibts bei

EXIL LAUTE

ZWISCHENTÖNE

Heßstr. 80 , 8 MÜNCHEN 40
Psch. Kto. Mchn. 141117-807

POSTVERSAND : Einfach eine Karte + Scheck in einen Brief, dann liefern wir sofort ! Auch Direktüberweisung ist möglich. Kein Nachnahmeversand !!!!!

LIEDER + MUSIK
in unserer Sprache aus unserem Leben

ganz handfeste innerorganisatorische. Die gesamte Bunte Liste ist gegenwärtig noch viel zu stark auf den Parlamentarismus fixiert. Alles dreht sich um die Fraktion. An der Basis besteht noch nicht genügend Klarheit darüber, daß die Parlamentsarbeit nur ein Teil der Arbeit ist, der auch nur für die Verfolgung eines Teils der BL-Ziele geeignet ist. Aus diesem Grunde kommt es zu häufigen Konflikten zwischen Fraktion und Basis. Die Fraktion glaubt einschätzen zu können, was zu welchem Zeitpunkt auf welche Weise auf der parlamentarischen Ebene machbar ist, und was nicht. Die Basis möchte alle Probleme, die ihr am Herzen liegen, am liebsten umgehend im Parlament behandelt sehen. Eigenständiges politisches Handeln der Bunten Liste als Organisation, das Herstellen von Öffentlichkeit unabhängig von dem Weg über Parlament und bürgerliche Presse findet so gut wie nie statt. Leider verstehen sich die meisten Mitglieder der Bunten Liste hauptsächlich als Kontrollorgan und nicht als handelnde und kreative Kraft. (Deshalb wird auch nur das kritisiert, was einer gemacht hat, nicht etwa das, was nicht gemacht worden ist.) So führt die Basis durch ihre Inaktivität automatisch den Gegensatz zwischen Kontrollierenden und Beauftragenden und sie vertretenden Agierenden herbei. Bei den letzteren verfestigt sich dann die Auffassung, daß sie die Arbeit machen (und auch Ahnung davon haben), während die anderen diese Arbeit nur diskutieren (und keine Ahnung davon haben).

Diese Erscheinung, die immer dann auftritt, wenn auf Grund der verbesserten politischen Möglichkeiten die politische Arbeit zeitaufwendiger wird und sich folglich auf wenige hauptamtliche Schultern zu verteilen beginnt, ist in der Bunten Liste besonders ausgeprägt. Zum einen wurden die "Aktiven" in der Anfangsphase von der für sie neuen Arbeit fast überrollt und hatten Probleme mit der Vermittlung "nach unten". Zum anderen wirkt sich die sich die soziale Zusammensetzung der Bunten Liste negativ aus. Die Auffassung von politischem Engagement bei dem die Bunte Liste beherrschenden intellektuellen Mittelstand, bzw. den entsprechend orientierten Schülern und Studenten, ist von proletarischen oder sozialistischen Kampfauffassungen völlig ungetrübt. Da man als verbeamteter Lehrer existentiellen Druck oder akute politische Verfolgung kaum politisch zu spüren bekommt, hat das politische Engagement andere Ziele und Motivationen. Erstens ist es altruistisch, wobei man aber die Leute, für die man "kämpft" nicht kennt und sie einen folglich auch nicht in den schlappen alternativen Arsch treten können. Zweitens gehört politisches Engagement zum guten Ton und beruhigt das Gewissen. Drittens sind die konkreten Ergebnisse nicht so wichtig (weil man ja für sich selbst schon vieles verwirklicht hat, was man für andere erkämpfen will), sondern entscheidend ist die alternative Machart und die ausführliche Diskussion. Wenn es bei dieser Politik um konkrete Bedürfnisse geht, dann um das, den eigenen Ansprüchen gerecht zu werden. Daß das aufeinander eingespielte Diskussionsplenum der Bunten Liste kaum in der Lage ist, beispielsweise Arbeiter zu integrieren, liegt auf der Hand. Menschen, die die politischen Verhältnisse täglich körperlich zu spüren bekommen, denken politisch eher handlungsorientiert. Sie stehen außen vor. Es gibt nichts zu machen, nichts anzupacken. Sicher, wären auch sie bereit, zu diskutieren, aber über konkrete Ziele und Ergebnisse, und nicht über abstrakte Prinzipien, nach denen die Politik sich organisieren soll. So sind denn die paar Arbeiterjugendlichen, die im Wahlkampf noch begeistert mitgearbeitet haben, inzwischen auch ausgestiegen.

Dennoch steht die Sache nicht so schlecht. Die obengenannten Probleme werden zunehmend offensiv diskutiert. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die entsprechenden strukturellen und organisatorischen Konsequenzen gezogen werden. Die anhaltende Erfolglosigkeit der Grünen hat auch bei den Bunten viele nachdenklich gemacht. Die Verankerung der Bunten Liste im Parlament bietet die Chance zu kontinuierlicher und langfristig angelegter Politik. Sie bietet (u.a. auch auf Grund der verbesserten finanziellen Möglichkeiten) die Chance, in Bielefeld eine festgefügte und aktionsfähige linke Infrastruktur herauszubilden. Da die Bunte Liste als einzige linke Kraft im Parlament vertreten ist, kommt ihr die Rolle des Kristalisationspunktes und Motors der linken Bewegung in Bielefeld zu. Hoffentlich merkt sie das rechtzeitig. **MICHAEL WINTER**

Über die Erfindung des helfenden Zwanges – Drogenrecht und -therapie

2. Teil

Das wirksamste Vehikel der Tendenzwende war in den Jahren darauf natürlich die Terrorismusbekämpfung. Die Verfolgungs- und Überwachungstechniken, das Zusammenspiel der repressiven und der ideologischen Staatsapparate auf neuem Niveau und die Verlagerung der Polizeifunktionen von der Verfolgung zur Vorbeugung konnten hier ebenso erprobt werden, wie es die Terrorismusbekämpfung möglichmachte, die sich entwickelnde Rechtsposition des Angeklagten und seines Verteidigers wieder zu beschneiden. Ausehnung des staatlichen Interventionsbereichs und Intensivierung der Kontrollen durch technologische Innovationen, Abbau von Rechtspositionen und die Vereinigung von sozialpolitischem und kriminalpolitischem Kriseninstrumentarien – das waren die Dimensionen der durch den Terrorismus zu ungeahnten Sprüngen befähigten "Tendenzwende". Die außergewöhnliche Bedrohung, deren Wahrnehmung für derartige Zugewinne der etatistischen politischen Kreise unbedingt erforderlich scheint, läßt sich jedoch nicht völlig ohne terroristisches Substrat ad infinitum aufrecht erhalten.

Diese Funktion einer konsensfähigen Bedrohung scheint nun in der Nach-Mogadischu-Ära das Rauschgift zugewiesen zu bekommen. Auffällig ist die Sprache der Ausgrenzung und der Depersonalisierung, deren sich die offiziellen Instanzen bedienen. Gemeinsames Merkmal der zu diesem Vokabular gehörigen Begriffe ist die Eliminierung der Subjektivität und des individuellen Willens der Betroffenen. Der Alkoholiker beginnt zu trinken und faßt, wenn er aufhören will, den Entschluß, aufzuhören. Der Heroinkonsument hingegen wird in unserer Sprache "angefixt"; wenn er, worauf immerhin die einzig nachprüfbaren Heilungserfolge beruhen, aus eigener Kraft den Drogenkonsum einstellt, dann sprechen die "Fachleute" vom "Ausfixen". So löst sich auch in unserem Bewußtsein die Vorstellung vom Fixer als einem Subjekt mit eigenen Bedürfnissen und Erfahrungen auf. Die Entsubjektivierung erlaubt eine "Sonderbehandlung", die auf das normale Mitgefühl verzichtet. Die Konstruktion einer Sondersprache für den Umgang mit Drogenabhängigen schafft dem Bewußtsein derjenigen, die sich im "normalen Leben" den universellen Werten der Solidarität und Hilfe verpflichtet fühlen, Freiräume für von diesen Werten nicht gedeckte Verhaltensweisen. Wer käme auf die Idee, Zigarettenabhängige als "dem Untergang geweiht" zu bezeichnen, die man nur noch mit Nikotin-Knästen und "helfendem Zwang" vor dem Tod bewahren könnte? Welcher anderen Grupe von Kranken gegenüber würde die Frankfurter Ortskrankenkasse in der Form eines AOK-Pamphlets "Harte Lyrik" so begegnen: " also laßt sich rauchen und schlucken und spritzen. Aber sagt ihnen auch dieses: wenn ihr zum Wrack geworden und kommt gekrochen, die Hilfe der Gesellschaft zu erbetteln, der Gesellschaft, die ihr verachtet: ihr kommt umsonst ... Im übrigen: Fangt ihr eines der Schweine, die mit den Giften handeln, gebt ihnen lebenslänglich, denn sie sind schließlich MÖRDER!"? Auch der AOK dürfte die kriminologische Tatsache bekannt sein, daß so gut wie jeder kleine Konsument zur eigenen Konsumsicherung auch mit Drogen handeln muß. Auch die AOK drückt freilich nur aus, was "Tendenz" ist: nicht ganz zufällig erklärte der Präsident des Bundesgerichtshofes es 1979 – die Nach-Mogadischu-Zeit war angebrochen – zum Gebot der Stunde, alle Mittel einzusetzen, die einem Rechtsstaat für die wirksame Bekämpfung der Rauschgiftdelikte zur Verfügung stünden und erinnerte mit dieser Invozierung des Rechtsstaates an den historischen Kanzlerspruch aus der Vor-Mogadischu-Ära, daß, wer den Rechtsstaat zuverlässig schützen wolle, auch bereit sein müsse, "bis an die Grenzen dessen zu gehen, was vom Rechtsstaat erlaubt und geboten ist". Die Verbindungslinie zwischen den beiden Anrufungen des Rechtsstaats in autoritär-etatistischer Absicht zieht ein internes Innenministeriumspapier vom August 1978, das den Konsens zwischen Bundeskriminalamt und Innenminister über die funktionale Gleichwertigkeit von Terrorismus- und Rauschgiftbekämpfung festhielt und feststellte, es müsse organisatorisch wie personell angestrebt werden, den gegenüber der Terrorismus-Bekämpfung gleichrangigen Stellenwert der Rauschgiftkriminalitätsbekämpfung deutlich zu machen. Schon ist dann auch die Rede vom "Rauschgiftsumpf", der unverzüglich "trokkengelegt" werden müsse, werden die Vertreter einer liberalen Fachöffentlichkeit als

klinische Fälle abgestempelt, setzt sich der hessische Innenminister Gries mit dem Vorschlag auseinander, GSG 9 - Einheiten zur Rauschgiftbekämpfung einzusetzen. Von der international tätigen amerikanischen Rauschgiftbekämpfungsbehörde DEA, die unter ihren über 4.000 Mitarbeitern in aller Welt auf gut zweitausend besonders geschulte Spezialagenten verweisen kann, erfährt Horst Herold, daß wichtigste seien Informationen, Computer, Datenbänke. Wenn man wissen wolle, wer in der X-Straße in Hongkong im dritten Stock wohne, bräuchte man nur in der Pariser Zentrale der DEA anzufragen und erhalten in wenigen Stunden die gewünschte Auskunft. Also plant das BKA ein internationales, an die DEA anschließbares, aber in Wiesbaden zusammenlaufendes Computernetz, das von Schleswig an der dänischen Grenze über Österreich, Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien bis in die Türkei reichen und jeden dort tätigen Zollbeamten in die Lage versetzen soll, sich mit der Rauschgiftfahndungszentrale in Wiesbaden rückzukoppeln.

Dem Terrorismus haben die Drogen ihren apolitischen Charakter voraus, ihre Bekämpfung ist noch konsensfähiger als die der politisch motivierten Gewaltkriminalität. "Gewissermaßen Steinchen auf Steinchen", hofft Herod, wird so letztlich "ein umfassendes Gesamtprogramm der Bundesregierung zur Bekämpfung der Heroin-Seuche zustandekommen" (FR, 17.8.1979, 3).

Die Bekämpfung des "Sympathisantensumpfes" mittels der Einführung von Meinungs- und Literaturdelikten à la 88a verlief nicht erfolglos, aber auch nicht ohne die Mobilisierung von Gegenmacht. Anders im Fall der Rauschgiftbekämpfung. Obwohl hier noch stärker der Vorwand, zeigt die Linke – aus revolutionstheoretischer Abneigung gegenüber dem süchtigen Lumpenproletariat? – sich nobel desinteressiert. Da schreibt die Regierungskoalition in ihren Gesetzentwurf von 1980 einen Straftatbestand der "Verherrlichung" des Drogenkonsums hinein und will die Höchststrafe für Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz von 10 auf 15 Jahre anheben. Der Umgang nicht nur mit Heroin, auch mit Cannabis soll denselben Strafandrohungen unterliegen wie Mord und Totschlag. Wenn sich zwei zusammentun, um im Balkonkasten eine Pflanze zu züchten, soll das nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 des Regierungsentwurfs 1980 für die Vollendung eines schweren Falles mit der Höchststrafe von fünfzehn Jahren gut sein. Während zur gleichen Zeit die Koalitionsparteien diskutieren, ob und wie sie die lebenslange Freiheitsstrafe generell abschaffen können, machte sich unter dem Vorzeichen der Rauschgiftbekämpfung im Rechtsausschuß des Bundestages genau die gegenteilige Tendenz bemerkbar. Der zum linken Flügel der SPD gezählte Abgeordnete Schöfberger setzte dort mit knapper Mehrheit seinen mit zwei Genossen eingebrachten Antrag durch, die Einführung der lebenslangen Freiheitsstrafe "für schwere Kriminalität von Rauschgifthändlern" zu empfehlen. Konsensfähig wie der Terrorismus: die FAZ berichtete, daß die Abstimmungsfronten "quer durch die Fraktionen" verliefen (FAZ, 16.6.1980, 4). Soweit also die Linke. Während sie sich manch anderer Reifikationen der herrschenden Ideologie beharrlich fragend annahm, hat sie die verdinglichte Rede von der "bösen Droge" seit den auf Nüchternheit und Disziplin versessenen Tagen der organisierten Arbeiterbewegung voll mitgetragen.

Umso wichtiger wären heute – im zweiten Jahrzehnt nach der "postmaterialistischen Wende", die uns einigen Erkenntnisfortschritt im Hinblick auf früher abgetane Aspekte von Subjektivität ermöglichte – ein bißchen Engagement und Aufklärung. Zum Beispiel über die Konstruktionen, mittels derer einer allesfressenden Öffentlichkeit "Therapieerfolge" von 25 - 30 % der behandelten Fixer vorgegaukelt werden. Das hierzulande praktizierte System der Drogentherapie, dessen einzige Säule die stationäre Langzeittherapie darstellt, ist von vornherein auf einen elitären Klientenkreis zugeschnitten. Besonders hochmotivierte werden ausgelesen, andere – rund 95 % aller Abhängigen – werden ihrem Schicksal überlassen. Früher lagen die Erfolgsquoten selbst bei den wenigen "hochmotivierten" Klienten bei 1 - 2 % (umgerechnet auf die Summe aller Abhängigen ergab das eine mikroskopische Promillezahl). Doch wenn auch heute von "bis zu einem Drittel" (ebenfalls nur der in die Therapie aufgenommenen, wohlgemerkt) die Rede ist, so spiegelt sich darin nach allem wohl mehr der politische Erfolgsdruck, als ein tatsächliches Ergebnis. In die Erfolgsberechnungen werden Cannabis-, LSD- und andere Drogenkonsumenten hineingeschmuggelt, Mißerfolge einfach nicht in die Rechnung einbezogen und die Erfolgskriterien so weit gedehnt, daß auch gelegentlich Rückfälle noch als "drogenfrei" gelten. Die meisten Therapieeinrichtungen verzichten deshalb schon von vornherein darauf, wissenschaftliche Begleituntersuchungen überhaupt zuzulassen. Da der von den konstanten Mißerfolgen ausgehene Druck auch die Therapeuten betrifft, kommt es zu aggressiven Ritualen, die mehr dem Selbstschutz der Therapeuten als dem Heilungsziel dienen. Diese Therapien sind häufig nicht weniger gefährlich als die psycho-sozialen Folgen des Drogenkonsums in der Illegalität selbst; manche gemahnen mehr an die frühzeitlichen Mythen von Strafe und Sühne als an Heilungsprozesse mit Respekt vor der Integrität des Abhängigen. Die Drogentherapien scheinen die Anführer einer kulturgeschichtlichen Regression ins Mittelalter: da werden die Haare geschoren, die Klienten isoliert und gedemütigt, da wird bei dem Versuch, die "Suchtpersönlichkeit" zu brechen, die ganze Person zerbrochen. Im Alltagsleben verbotene und verdrängte Straphantasien dürfen sich methodisch gewandet und staatlich subventioniert ausleben. Das wohlverstandene Interesse des Klienten wird bemüht, um die Ausschließung und die Einschließung auf "Therapiehöfen", in Drogengefängnissen, die als Hochsicherheitsgefängnisse gebaut werden, um jede unkontrollierte Drogenzufuhr zu verhindern ("mit einem Kuß können bis zu 2 Gramm Heroin transportiert werden" – so ein Experte bei der Bundestags-Anhörung) und die Unschädlichmachung der Drogenabhängigen zu legitimieren.

Deshalb ist es wichtig, nicht die Vermehrung der stationären Therapieplätze zu fordern – das wäre genauso unsinnig wie die Forderung nach einer Verschönerung der Gefängnisse –, sondern deren Ersetzung durch eine freiwillig von den Abhängigen wahrzunehmenden ambulante Therapie. Selbsthilfegruppen, in denen Süchtige sich gegenseitig psychisch und sozial stabilisieren anstatt von selbst- oder staatsernannten Therapeuten entrechtet und zerbrochen zu werden, sind freilich dort möglich, wo der Süchtige für seine Sucht kriminalisiert wird. Zunächst müssen Heroinkonsumenten von Schwarzmarkt und Strafverfolgung unabhängig gemacht werden. Daß dies einer der qualitativen Vorteile der auch in der Linken häufig beargwöhnten Methadonbehandlung sein kann – wenn sie nicht in das System repressiver Drogenpolitik eingespannt und zur Zwangs-Methadontherapie umfunktioniert wird –, das ist eine der Hoffnungen, die angesichts der Mobilmachung gegen die Subkultur verbleiben. Der freiwillig und ambulant behandelte Abhängige kann gegen seine gesellschaftliche Ächtung besser vorgehen als der eingesperrte, in seiner Willenskraft zerstörte Fixer, der zudem mit Mitgliedern der "Normalgesellschaft" kaum noch in Beziehung steht. Außerhalb der rechtlosen Situation der totalen Institutionen kann der Heroinabhängige sich organisieren, stabilisieren und engagieren. Das Transformationsbedürfnis, das dem Griff zur Droge zugrundeliegt und unter den gegenwärtigen sozialen und rechtlichen Bedingungen den Abhängigen zur Selbstzerstörung zwingen soll, kann unter den Bedingungen der ambulanten Methadonbehandlung in außengerichtete Handlungen eingesetzt werden. Methadon, ein Ersatzopiat, das die Entzugserscheinungen verhindert, ohne organische Schäden herbeizuführen oder die Konzentrations- und Reaktionsfähigkeit zu beeinträchtigen, erlaubt den Abhängigen, sich aus ihrer Patientenrolle zu befreien und sich gegen die herrschende Verwahr- und Isolationsideologie zur Wehr zu setzen. Ob wir uns den ausländischen Erfahrungen mit Methadonbehandlungen stellen, sie kritisieren, adaptieren oder ob wir weiter auf das gegenwärtige Modell der Ein- und Ausschließung setzen, wird auch über die Chancen der Linken entscheiden, den vom hegemonialen Block usurpierten Konsens in Fragen der Drogenpolitik infrage zu stellen und für die Betroffenen positiv zu wenden.

SEBASTIAN SCHEERER

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistische Büro, Postfach 591, Ludwigstraße 33, 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/82006 ● Redaktion "links" (ISSN 0024-404 X) zur Zeit: Heide Erd-Küchler, Helmut Burgwinkel (im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich für diese Ausgabe), Dan Diner, Robert Detobel, Detlev Claussen ● Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Ludwigstraße 33, 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/82006, Verlagssekretär: Klaus Vack ● Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 2,--, Jahresabonnement DM 22,-- zuzüglich DM 6,-- Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach 4, Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 61041-604 oder Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach Nr. 17412695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt ● Druck: hbo-druck Einhausen ● Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospektkarte "links" + "express"; Prospektkarte "Jetzt abonnieren!"; Bücherliste Winter 1980/81 – Verlag 2000; Zukunftswerkstatt in Hamburg, Verlagsverzeichnis Verlag 2000.

Krieg zwischen Irak und Iran

Irakischer Soldat mit Bild Khomeinis

Die Gründe für den iranisch-irakischen Krieg sind vielfältig (siehe "links" Nr. 117, Dez. 1979). Am unmittelbarsten ist die irakische Kalukation, daß der Iran durch die islamische Revolution und die mit ihr verbundene Machtübernahme durch die Mullahs völlig gelähmt, zumindest aber erheblich geschwächt sein würde.

Der Zusammenbruch der militärischen Infrastruktur des Iran, die vermutete Unbrauchbarkeit modernen US-amerikanischen Kriegsmaterials, schien für das arabisch-nationalistische Baath-Regime in Bagdad verlockend genug, den ehemals übermächtigen Nachbarn Iran mit einigen militärisch kurzen Schlägen zu treffen und niederzuwerfen. Als Begründung ihres Angriffs auf Iran machte die Bagdader Führung unter Saddam Hussein mehrere Gründe geltend: Das Schah-Regime habe nach dem Rückzug der Briten aus der Region "östlich von Suez" 1971 die ehemals imperialistische Hegemonie am Golf durch die des Iran ersetzt. Der persisch-arabische Golf sei dadurch zu einem rein persischen Wasserweg geworden; und dies vor allem dann, als die arabisch reklamierten Inseln Großer und Kleiner Tumb und Abu Musa an der Straße von Hormuz am Golfausgang von iranischen Streitkräften übernommen worden waren. Darüberhinaus sei der Irak 1975 gezwungen gewesen, die Souveränität über den Schattel-Arab mit Iran zu teilen. Damit war Iran am Golfeingang wie auch am Golfausgang präsent, ein arabisch-persisches Gleichgewicht in der Golfregion strategisch zu Gunsten Irans aufgehoben. Wie immer auch die Rechtsposition der Araber und Perser begründet sein mögen, historisch handelt es sich bei diesem Konflikt vor allem um einen Konflikt, bei dem des um die Hegemonie über die Verkehrs- und Wasserwege des Öltransits geht. Er steht im Zusammenhang mit der gelungenen Nationalisierung der Ölproduktion durch die Förderländer, denen es auch um die Kontrolle des Transports, ihrer Reichtümer bzw. um die Kontrolle der Transitwege gehen muß. Deshalb ist es nicht zufällig, daß dieser Konflikt gegenwärtig von zwei lokalen Mächten ausgefochten wird. Der Westen hat nämlich nach dem Abzug der Briten die direkte Kontrolle über den Golf aufgegeben. Stattdessen hat er sich aber im Arabischen Meer auf die Lauer gelegt; ein militärischer Eingriff soll erst beim Eintritt eines wirklichen Ausnahmezustandes erfolgen. Und bis dahin verläßt man sich auf Androhung mit Gewalt. Iran wie der Irak haben deshalb auch beflissen erklärt, sie seien bereit – jeder für sich – die Freiheit des Schiffverkehrs im Golf zu garantieren. Für diesen Dienst scheinen sie sich auch zu bekämpfen. Der Krieg zwischen Iran und Irak ist also zum einen eine Auseinandersetzung über die Hegemonie hinsichtlich der Verkehrswege des Öls im Golf. Zum anderen bedeutet der Krieg gegen Iran für den Irak zusätzlich einen Versuch, sich als dominierende arabische Macht zu etablieren. Ein Sieg des Irak über Iran wäre ein willkommenes Mittel, die Führungsrolle unter den Arabern zu beanspruchen, zumal Ägypten durch die Verträge von Camp-David im arabischen lager ausfällt und Bagdad die übermächtige Konkurrenz des Nillandes nicht zu fürchten braucht. Eine arabische Hegemonie am Golf würde aufgrund der bestehenden Kräfteverhältnisse eine Hegemonie des Irak bedeuten. Dieser Umstand bestimmt auch das Verhalten der anderen arabischen Staaten der Golfregion, vor allem der Scheichtümer, Saudi-Arabien und neuerdings auch Jordaniens, daß jetzt als neues Finanzzentrum in der Nachfolge des zertrümmerten Beirut mehr zum Golf hin gravitiert. Zwar wünschen diese Staaten, daß der Khomeinismus wie auch Iran in der Golfregion zugunsten der Araber zurückgedrängt werden und unterstützen den Irak im Sinne des "Arabertums". Gleichzeitig hoffen sie aber auch, daß der Irak Saddam Husseins sich in diesem militärischen Abenteuer so verheddert, daß auch ein eventueller Sieg sich politisch für den Irak nicht wird auszahlen lassen.

Aber auch ideologisch findet der Konflikt seitens der Kriegsführenden Gründe genug, um ausgetragen zu werden. Khomeinis Revolution tritt im Gewande des islamischen Universalismus auf, d.h. sie erkennt die besondere Nationalstaatlichkeit anderer muslimischer Länder nicht an und mißt sie am eigenen Maß von Islam. Nun is dieser Universalismus – ähnlich, wenn auch mit den europäischen Folgen der Französischen Revolution nicht unmittelbar vergleichbar – wiederum nur national durchsetzbar. Für die Araber ist die Forderung Khomeinis nach dem Sturz ihrer "heidnischen" Regime Ausdruck eines persischen Nationalismus, auch wenn er sich islamisch legitimiert. Vor allem für den Irak, wo die nationalistisch-säkulare "Partei der arabischen Wiedergeburt", die Baath, herrscht. So stehen sich ideologisch in diesem Konflikt islamischer Universalismus – von Persern vertreten – und ein zumindest behaupteter säkularer arabischer Nationalismus gegenüber. Daß Saddam Hussein diese Konstellation gleich für einen nationalistischen Raubzug gegen den geschwächten Iran nutzt, steht auf einem anderen Blatt.

Die "neutrale" Haltung der Supermächte ist keineswegs freiwillig gewählt, jedoch trotz anderslautender Vermutungen durchaus wirklich. Weder die Sowjetunion, noch die USA können daran interessiert sein, daß Iran auseinanderfällt; und dies wäre bei einer Amputation der Ölprovinz Khusistan durchaus möglich. Die USA befürchten, daß die UdSSR willentlich oder ohne wirkliche Absicht über einen zerfallenden Iran sozusagen in den Golf rutschen würden. Mochte der Beschluß zum Einmarsch nach Afghanistan durch das Politbüro mehrheitlich "defensiv" motiviert gewesen sein – unter den Bedingungen eines zerfallenden Iran würde er sich offensiv wenden. Saddam Hussein hat sich seit Jahren vorsichtig von der Sowjetunion gelöst und eine Annäherung an Westeuropa, vor allem an Frankreich gesucht. Dabei propagiert er mit der "Arabischen Neutralitätscharta" einen unabhängigen arabischen Kurs zwischen den Supermächten, natürlich unter seiner Führung. Die USA haben den Krieg bislang dafür genutzt, daß sie von der Weltöffentlichkeit fast unbemerkt, im Arabischen Meer die größte Armada seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zusammengezogen haben – weniger für den arabisch-persischen Krieg, als für zukünftige Politik im Sinne der "Carter-Doktrin". Auch die Geiseln werden sie vermutlich bald zurückerhalten. Die Khomeinisten haben Demokraten, Linke und islamische Modernisten wie Bani-Sadr mit Hilfe der Geiselfrage Stück für Stück um Macht und politischen Einfluß gebracht. "Wie stehst Du zu den Geiseln?" war die Gretchenfrage islamischer Loyalität. Die Geiseln wurden so zur Peitsche der "Islamisch-Republikanischen" Mullahs, mit der alle anderen Fraktionen der alten anti-Schah-Opposition nicht nur aus der Macht, sondern auch in die Illegalität gejagt wurden. Für die "Islamisch-Republikanische Partei" Ayatollah Beheschti haben sie längst ihren Dienst erfüllt und ihr zur absoluten Führung verholfen.

DAN DINER